

Sechste Sitzung

im Ständehause zu Düsseldorf, Samstag, den 12. April 1930.

(Beginn 10 Uhr.)

Tagesordnung.

1. Eingänge.

2. Antrag des V. Sachausschusses

- a) zu dem Bericht und Antrag des Provinzialausschusses über die Durchführung der landwirtschaftlichen Umschuldungsaktion in der Rheinprovinz;

b) zu dem Abänderungsantrag der KPD.-Fraktion hierzu.

3. Antrag des V. Sachausschusses zu dem Bericht und Antrag des Provinzialausschusses über den derzeitigen Stand der ländlichen Wasserversorgung in der Rheinprovinz und die weitere Förderung von ländlichen Wasserversorgungsanlagen.

4. Antrag des V. Sachausschusses zu dem Antrage der Fraktion Christlicher Volksdienst und Bauernpartei auf weitgehende Förderung der Zusammenlegungen, Wasserleitungsbauten, Bodenverbesserungen und Straßenbauunterstützung in den Höhengebieten bei der in Aussicht stehenden Westhilfe.

5. Antrag des V. Sachausschusses zu dem Bericht und Antrag des Provinzialausschusses, betr. die Übernahme der Ruhegehalts- und Hinterbliebenenversorgung für die Direktoren der selbständigen landwirtschaftlichen Gemüsebauschulen und für den Direktor der Gemüsebaulehranstalt in Straelen durch den Provinzialverband.

6. Antrag des V. Sachausschusses zu dem Bericht und Antrag des Provinzialausschusses, betr. Bewilligung einer Provinzialbeihilfe bis zu 40 000 RM für Erweiterung der Gärtnerschule in Friesdorf bei Godesberg zu einer Volksgartenbauschule.

7. Antrag des V. Sachausschusses zu dem Antrage der KPD.-Fraktion auf Einstellung von 1 Million RM in den Haushaltsplan der landwirtschaftlichen Angelegenheiten zur Zinsverbilligung kleinbäuerlicher Kredite.

8. Antrag des V. Sachausschusses zur Entschließung der KPD.-Fraktion, betr. Aenderung des Wahlrechts zu den Landwirtschaftskammern.

9. Antrag des V. Sachausschusses zu dem Antrage der KPD.-Fraktion, betr. Einsetzung eines Betrages

von 200 000 RM in den Haushaltsplan zur Unterstützung notleidender Kleinwinzer.

10. Antrag des V. Sachausschusses zu dem Antrage der KPD.-Fraktion

a) auf Erhöhung des Betrages für Viehschadenentschädigung um 500 000 RM., aber nur an Kleinbauern in voller Höhe des Schadens,

b) auf Streichung der für die Provinzial-Weinbaulehranstalten und die Landfrauenschulen Oewig und Sobernheim vorgesehenen Beträge bzw. auf Verwendung dieser Beträge zugunsten notleidender Kleinwinzer.

11. Antrag des V. Sachausschusses zu dem Haushaltsplan der Provinzial-Lehranstalten für Weinbau, Obstbau und Landwirtschaft in Trier, Kreuznach und Ahweiler für das Rechnungsjahr 1930.

12. Antrag des V. Sachausschusses zu dem Haushaltsplan der Landfrauenschule Oewig für das Rechnungsjahr 1930.

13. Antrag des V. Sachausschusses zu dem Haushaltsplan der Landfrauenschule Sobernheim für das Rechnungsjahr 1930.

14. Antrag des V. Sachausschusses zu dem Haushaltsplan der landwirtschaftlichen Angelegenheiten für das Rechnungsjahr 1930;

in Verbindung hiermit:

a) Antrag der KPD.-Fraktion auf Erhöhung des im landwirtschaftlichen Etat vorgesehenen Betrages für Meliorationen, Wasserleitungen und Umlegungen um 500 000 RM,

b) Antrag der KPD.-Fraktion auf Erhöhung des Fonds für genossenschaftliche und kommunale Flußregulierungen um 500 000 RM,

c) Antrag der KPD.-Fraktion auf Erhöhung der unter Ausgabe II c des landwirtschaftlichen Haushaltsplans vorgesehenen Summe von 20 000 RM auf 120 000 RM für Zinsverbilligungen für Meliorationsdarlehen,

d) Antrag der KPD.-Fraktion auf Verwendung der im landwirtschaftlichen Haushaltsplan vorgesehenen Ausgaben für Schulwesen und Versuchstationen für die Finanzierung der Melio-

- rationen und Flussregulierungen zugunsten der notleidenden Kleinbauern in den Notstandsgebieten der Eifel usw.,
- c) Antrag der KPD.-Fraktion auf Streichung der Ausgabenpositionen IV 1—2, V 1—5, VI 1—4 und VII 1—2 (a—k) im landwirtschaftlichen Haushaltsplan und Verwendung dieser Beträge zugunsten der Zinsverbilligungs- und Entschuldungsaktion Kleinbäuerlicher Betriebe,
- f) Antrag der Fraktion Christlicher Volksdienst und Bauernpartei auf Erhöhung des für das Tuberkuloseheilungsverfahren vorgesehenen Zuschusses von 10 000 RM um weitere 20 000 RM.
15. Antrag des V. Sachausschusses zu dem Haushaltsplan des Rittergutes Dessdorf für das Rechnungsjahr 1930; in Verbindung hiermit:
Antrag der KPD.-Fraktion auf Erhöhung des Betrages für Bekleidung und Unterbringung der Waisenküaben auf 3000 RM sowie auf Einsetzung von 5000 RM für tarifliche Entlohnung der Waisenküaben in den Etat des Rittergutes Dessdorf.
16. Antrag des V. Sachausschusses
a) zu dem Bericht und Antrag des Provinzialausschusses, betr. Förderung der ländlichen Ansiedlung,
b) zu dem Antrag der KPD.-Fraktion hierzu.
17. Antrag des V. Sachausschusses zu dem Haushaltsplan, betr. Provinzialgut Bylerward für das Rechnungsjahr 1930.
18. Antrag des V. Sachausschusses zu dem Haushaltsplan, betr. Provinzialdomäne Lammerödorf für das Rechnungsjahr 1930.
19. Antrag des V. Sachausschusses zu dem Antrage der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei auf Gewährung von Zuschüssen an die Kadaververwertungsanstalt im Kreise Wipperfürth.
20. Antrag des V. Sachausschusses zu dem Haushaltsplan, betr. Viehseuchenentschädigung für das Rechnungsjahr 1930.
21. Entschliessung der KPD.-Fraktion zur Lage der rheinischen Landwirtschaft.
22. Entschliessung der Fraktionen des Zentrums, der Arbeitsgemeinschaft, der Wirtschaftspartei und der Fraktion Christlicher Volksdienst und Bauernpartei zur Lage der Landwirtschaft.
23. Antrag des I. Sachausschusses zu dem Bericht und Antrag des Provinzialausschusses, betr. den Ablauf der Dienstzeit des Landesoberbaurats Heinekamp.
24. Antrag des I. Sachausschusses zu dem Bericht und Antrag des Provinzialausschusses, betr. den Ablauf der Dienstzeit des Landesmedizinalrats Professor Dr. Molineus.
25. Antrag des I. Sachausschusses zu dem Bericht und Antrag des Provinzialausschusses, betr. die Wiederbesetzung der durch den Tod des Landesrats Dr. Vossen erledigten Stelle.
In Verbindung hiermit:
a) Antrag der Wirtschaftspartei auf Einsparung des laut Beschluß des Provinzialausschusses vom 21. Januar 1930 ausgeschriebenen Postens des Leiters der Abteilung Jugendwohlfahrt und Fürsorgeerziehung;
b) Antrag der KPD.-Fraktion, betr. Abstandnahme von der Besetzung dieser Stelle.
26. Antrag des I. Sachausschusses zu dem Bericht und Antrag des Provinzialausschusses, betr. die Wahl des Landesverwaltungsrats Dr. Trippen zum Landesrat.
27. Antrag des II. Sachausschusses zu dem Bericht und Antrag des Provinzialausschusses, betr. Neuwahl von Mitgliedern des Landesjugendamtes der Rheinprovinz.
28. Antrag des I. Sachausschusses zu dem Antrage der KPD.-Fraktion, betr. jährliche Neuwahl aller vom Provinziallandtag und Provinzialausschuß zu wählenden Ausschüsse, Kommissionen usw.
29. Antrag des IV. Sachausschusses zu dem Antrage der KPD.-Fraktion, den Mitgliedern des Sachausschusses IV und der Provinzialkommission für Straßenbau halbjährlich das Material über den Stand der Straßenbauten sowie über die im Submissionswege vergebenen Arbeiten und Lieferungen zuzustellen.
30. Bericht und Antrag des Provinzialausschusses, betr. die Neuwahlen zu den Provinzialkommissionen.
31. Bericht und Antrag des Provinzialausschusses, betr. Neuwahl des stellvertretenden Vorsitzenden des Provinzialausschusses.
32. Antrag des I. Sachausschusses zu dem Antrage der KPD.-Fraktion auf Streichung sämtlicher für religiöse Zwecke im Etat vorgesehenen Mittel.
33. Antrag des I. Sachausschusses zu dem Antrage der KPD.-Fraktion, betr. Ausstellung einer Ausweiskarte für die Mitglieder des Provinziallandtags zwecks unvorhergesehener Kontrolle aller Provinzialanstalten.
34. Antrag des I. Sachausschusses zur Entschliessung der Zentrumsfraktion, betr. Belegung des Bau-marktes und Beseitigung der Erwerbslosigkeit.
35. Antrag des I. Sachausschusses zu dem Antrage der Wirtschaftspartei, die Vertreter der Rheinprovinz im Aufsichtsrat und in der Generalversammlung des RWG. zu beauftragen, dahin zu wirken, daß das RWG. den Kleinvertrieb von elektrischen Haushaltungsapparaten usw. einstellt.

36. Antrag des I. Sachausschusses zu dem Antrage der KPD.-Fraktion, betr. Beseitigung von Mißständen beim Deichbau in Neuwied.
37. Antrag des I. Sachausschusses zu dem Antrage der Wirtschaftspartei, betr. Ermächtigung des Verwaltungsrats der Landesbank, hinsichtlich der Zinsen für landwirtschaftliche Kredite auch unter die Selbstkosten herunterzugehen.
38. Antrag des I. Sachausschusses zu dem Antrage der KPD.-Fraktion, betr. Unterstützung des Kinderhilfswerkes der Roten Hilfe.
39. Antrag des I. Sachausschusses zu dem Antrage der KPD.-Fraktion, betr. Erhöhung des für Kinder speisung im Haushaltsplan vorgesehenen Betrages von 150 000 RM auf 500 000 RM.
40. Antrag des I., II. und V. Sachausschusses zu dem Haushaltsplan „Verschiedenes“ für das Rechnungsjahr 1930.
41. Antrag des I., III., IV. und V. Sachausschusses zu dem Haushaltsplan „Außerordentlicher Haushalt“ für das Rechnungsjahr 1930.
In Verbindung hiermit:
Antrag des IV. und I. Sachausschusses
- zu dem Antrage der Zentrumsfraktion auf Erhöhung der für Uebernahmestraßen und für Unterstützung des Kreis- und Gemeindegewerbaues vorgesehenen Mittel,
 - zu dem Antrage der Wirtschaftspartei hierzu.
42. Antrag des I. Sachausschusses
- zu dem Bericht und Antrag des Provinzialausschusses, betr. Aufnahme einer Anleihe von 7 448 000 RM;
 - zu dem Antrage der KPD.-Fraktion, betr. Erhöhung der aufzunehmenden Anleihe von 7 448 000 RM auf 15 000 000 RM zur Durchführung umfassender Straßenarbeiten in der Eifel, auf dem Hunsrück usw.;
 - zu dem Antrage der KPD.-Fraktion, von der beantragten 15 000 000 - RM - Anleihe 8 000 000 RM zur Unterstützung des Gemeinde- und Kreisgewerbaues bereitzustellen.
43. Antrag des IV. Sachausschusses zu dem Bericht und Antrag des Provinzialausschusses, betr. Verwendung der im außerordentlichen Haushaltsplan für besondere Zwecke des Straßenbaues vorgesehenen 4 Millionen RM.
44. Antrag des I. Sachausschusses zu dem Haushaltsplan der Vermögens- und Schuldenverwaltung für das Rechnungsjahr 1930.
45. Antrag des I. Sachausschusses zu dem Haushaltsplan über Steuern und Ueberweisungen aus Reichs- und Staatsmitteln für das Rechnungsjahr 1930.
46. Antrag des I. Sachausschusses zur Entschliebung der Fraktionen des Zentrums und der Arbeitsgemeinschaft, betr. Verteilung der Kraftfahrzeugsteuer.
47. Antrag des I. Sachausschusses zu dem Haushaltsplan der Provinzialverwaltung für das Rechnungsjahr 1930 und Vorbericht hierzu.
48. Anträge auf Entlastung von Rechnungen.
Antrag des I. Sachausschusses.
Antrag des II. Sachausschusses.
Antrag des III. Sachausschusses.
Antrag des IV. Sachausschusses.
Antrag des V. Sachausschusses.

Nachtrags-Tagesordnung.

49. Antrag des I. Sachausschusses zu dem Antrage der Wirtschaftspartei, betr. Aufwertung der Sparguthaben.

Vorsitzender Dr. Jarres: Die Sitzung ist eröffnet. Die Niederschrift über die gestrige Vollsitzung liegt auf dem Tische des Hauses zur Einsicht offen. Schriftführer sind in der heutigen Sitzung zunächst die Herren Abgeordneten Dr. Dighaus und Hauf.

Eingänge sind nicht vorzulesen.

Meine Damen und Herren! Sie sehen den Tisch unseres verehrten Kollegen Dr. Lembke mit Blumen geschmückt, die ihm seine Freunde aus der Arbeitsgemeinschaft dort hingefetzt haben. Herr Dr. Lembke feiert heute seinen 70. Geburtstag. Er ist eines der ältesten Mitglieder unseres Hauses: Von 1903 bis 1920 war er Abgeordneter des Provinziallandtages und ist jetzt wieder zu unserer Freude in das Haus eingetreten. Ich halte mich für ermächtigt und spreche sicherlich in Ihrem Sinne, wenn ich Herrn Kollegen Dr. Lembke die herzlichsten Glückwünsche des Hauses zu seinem Ehrentage ausspreche. (Beifall.)

Abgeordneter Dr. Lembke: Ich danke dem Herrn Vorsitzenden recht herzlich.

Vorsitzender Dr. Jarres: Meine Damen und Herren! Der Ältestenrat hat sich eben mit der Geschäftsfrage befaßt. Sie haben die neue Tagesordnung vorliegen. Der Ältestenrat schlägt Ihnen vor, die Punkte 2 bis einschließlich 22 gemeinschaftlich zu beraten und darüber zu befinden. Das sind all die landwirtschaftlichen Sachen, die aus dem V. Sachausschuß gekommen sind. Sie hatten gestern eine Redezeit von 40 Minuten für diese Gegenstände festgesetzt. Der Ältestenrat schlägt Ihnen nach nochmaliger Beratung vor, die Redezeit auf 30 Minuten zu beschränken. Dazu bedarf es eines Beschlusses des Hauses. Ich bitte diejenigen, die für diesen Antrag des Ältestenausschusses sind, sich zu erheben. (Zuruf des Abgeordneten Haake: Die Freunde der Landwirtschaft. Antwort des Abgeordneten Görlinger: Das kann man doch nicht durch Reden machen!) Das ist die Mehrheit.

Der Ältestenrat schlägt Ihnen ferner vor, folgende Punkte zu verbinden: 23 bis 26 (5 Minuten), 27 (5 Minuten), 28 und 30 (5 Minuten), 29 und 33 (5 Minuten), 31 und 32 selbständig (5 Minuten), 34 (5 Minuten), 35 (5 Minuten), 36, 38, 39, 40 und 43 (10 Minuten), 37 (5 Minuten), 48 (5 Minuten), 44 bis 47 (5 Minuten) und 48 (5 Minuten).

Es ist möglich, daß wir aus dem I. Sachausschuß noch mehrere Sachen bekommen. Ich bitte um die Ermächtigung, diese Punkte noch nachträglich auf die Tagesordnung zu setzen. — Dagegen erhebt sich kein Widerspruch, auch gegen die Vorschläge des Ältestenrates nicht. Ich darf daher feststellen, daß Sie mit der Beschränkung der Redezeit und der Verbindung der Sachen einverstanden sind.

Dann habe ich im Auftrage des Ältestenrates darauf hinzuweisen, daß bei den Punkten, zu denen von den Berichterstatter Neues nicht gesagt werden kann, nichts im Wege steht, daß die Herren Berichterstatter auf die Referate verzichten. (Sehr richtig! Lachen bei den Nationalsozialisten.)

Wir treten in die Tagesordnung ein.

Punkt 2 bis einschließlich 22.

Ich rufe die Herren Berichterstatter auf und frage, ob sie das Wort wünschen: Herr von Stedman! (Verzichtet.) Herr Tenhaeff! (Verzichtet.) Herr Körner! (Verzichtet!) Herr Gessinger! (Verzichtet.) Herr Bergweiler! (Verzichtet.) Herr Droß! (Verzichtet.) Herr Albers! (Verzichtet.) Herr Latten! (Verzichtet.)

Wir treten dann in die Besprechung ein. Zunächst hat der Herr Abgeordnete Heuser das Wort.

Abgeordneter Heuser: Meine Damen und Herren! Zu Punkt 22 der heutigen Tagesordnung, der Entschließung über die Lage der Landwirtschaft, habe ich namens der Fraktionen der Arbeitsgemeinschaft, der christlichen Bauern und des christlichen Volksdienstes, der Wirtschaftspartei und des Zentrums folgende Erklärung abzugeben:

Die Notlage des Bauerntums erfordert unverzüglich entschlossenes Handeln. Die von uns vorgeschlagene Entschließung zeigt in unzweideutiger Weise den Weg zu diesem Ziel. Wir lehnen es ab, die Notlage der Landwirtschaft zu parteipolitischer Agitation zu benutzen. Wir haben daher keinen Grund, an diese Entschließung eine Besprechung anzuschließen. Nicht Worte, sondern unverzügliche und beschleunigte Durchführung der vorgeschlagenen Maßnahmen entsprechen allein der Verantwortung, die wir in dieser Frage vor der Landwirtschaft und vor der Gesamtheit des deutschen Volkes in uns fühlen. (Beifall.)

Vorsitzender Dr. Jarres: Das Wort hat Herr Abgeordneter Mohl. (Zuruf des Abgeordneten Mohl: Es ist noch ein anderer da, der vor mir spricht; ich verzichte nicht!) Dann Herr Abgeordneter Droß.

Abgeordneter Droß: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Meine Freunde von der Bauernpartei haben zu dem Haushaltsplan, Seite 67 (Viehseuchenentschädigung) allerlei Wünsche an die Verwaltung vorzubringen. Unser entsprechender Antrag konnte im V. Sachausschuß zwar in diesem Jahr eine entsprechende Berücksichtigung nicht finden.

Ich bitte Sie, mir an Hand des Haushaltsplanes zu folgen. Sie finden unter Ziffer 1 der Einnahme, daß für Pferde ein Betrag von 75 000 RM und für Rindvieh ein solcher von 715 000 RM, zusammen 790 000 RM, verbucht sind. Sie finden dann unter der Ausgabe, Ziffer 1, 2 und 3 zusammengerechnet, einen Unkostenbetrag von 14 050 RM bei Pferden und 112 610 RM beim Rindvieh. Dazu kommen die Unkosten, die noch unter Ziffer 4 aufgeführt sind, die man allerdings aus dem Bericht des Jahres 1929 entnehmen muß, weil sie für 1930 nicht feststehen, die bei den Pferden noch einen Betrag von 4125 RM und beim Rindvieh einen solchen von 4454 RM ausmachen. Es ist also festzustellen, daß wir bei einer Einnahme von 75 000 RM bei den Pferden einen Unkostenbetrag von 18 000 RM und bei einer Einnahme von 715 000 RM beim Rindvieh einen Unkostenbetrag von 117 000 RM insgesamt haben. Mit meinen Freunden von der Bauernpartei bin ich der Meinung, daß dieser Unkostenbetrag in keinem Verhältnis zum Umsatz steht. Wir sind deshalb der Ansicht, daß, zumal ein Reservefonds hier nicht besteht, unbedingt dahin gearbeitet werden muß, ohne Erhöhung der Beiträge allmählich zu einem Reservefonds zu kommen, der durch Verminderung der Unkosten herbeizuführen ist. Wenn wir unter Ziffer 1 sehen: 10 Prozent Veranlagungs- und Hebegebühren bei Pferden 7500 RM und beim Rindvieh 71 500 RM, so sind wir der Meinung, daß diese Unkosten überhaupt nicht zu entstehen brauchen, sondern, daß dieser Betrag ganz dem Reservefonds zugeführt und damit eine Beitragserhöhung vermieden werden kann. Die Veranlagungsarbeiten werden draußen durch unsere Behörden geleistet, die durch unser Realsteueraufkommen bezahlt werden. Wir sehen als Landwirte nicht ein, daß wir dazu noch einmal besonders beitragen müssen.

Zum zweiten fordert die Verwaltung 6 Prozent der Einnahmen. Meine Damen und Herren! Sechs Prozent an Verwaltungskosten steht in keinem Verhältnis zur heutigen Bodenrente. Wir müssen unbedingt fordern, daß die Verwaltungskosten entsprechend reduziert werden. Es ist uns gesagt worden, die Beamten bei der Provinzialverwaltung würden ja gar nicht so sehr hoch bezahlt. Wir haben daher kein Verständnis dafür, daß so hohe Kosten entstehen. Unsere Bitte an die Verwaltung geht dahin, im nächsten Jahre — solange wollen wir uns gedulden — bei der Viehseuchenentschädigung nachzuweisen, daß die Unkosten entsprechend gemindert werden und ein

Reservefonds gebildet wird, ohne eine Beitrags-
erhöhung herauszubeschwören.

Unser Antrag, den Beitrag zum Tuberkulose-
tilgungsverfahren von 10 000 auf 30 000 RM zu er-
höhen, gibt Veranlassung, eine Statistik, die uns vor-
liegt, bekanntzugeben. Danach sind im Bezirk Aachen
im verfloßenen Jahre 888 Tiere mit einem Gesamt-
betrag von 165 067 RM entschädigt worden, im Bezirk
Koblenz 586 Tiere mit 68 767 RM, im Bezirk Köln
284 Tiere mit 36 000 RM, im Bezirk Düsseldorf
433 Tiere mit 59 900 RM und im Bezirk Trier 2843
Tiere mit 443 233 RM. Wir haben den Wunsch, daß
die Verwaltung diese 20 000 RM mehr, die wahr-
scheinlich im Einvernehmen mit der Landwirtschaftskammer
zur Bekämpfung dieser fürchterlichen Seuche bewilligt
werden, in erster Linie in unseren Höhegebieten ver-
wendet, damit durch die direkte Bekämpfung der Seuche
beim Vieh die Uebertragung auf die Menschen ver-
hindert wird, und bitten deshalb, daß die Verwaltung
möglichst schnell im Interesse der Landwirtschaft all-
gemein die Verhältnisse im Bezirk Trier zu bekämpfen
sucht, um so die ungeheuren Entschädigungen im Laufe
der Zeit zu vermeiden. (Beifall bei der Christlichen
Bauernpartei.)

Vorsitzender Dr. Jarres: Das Wort hat Herr
Abgeordneter Gerlach.

Abgeordneter Gerlach: Meine Damen und
Herren! Ich habe im Auftrage der sozialdemokra-
tischen Fraktion lediglich die Absicht, mich mit der Ent-
schließung zu beschäftigen, die zur Lage der Landwirt-
schaft eingebracht worden ist.

Ich bedaure sehr, Herrn Heuser hier nicht ganz
folgen zu können in dem Wunsche, über die Dinge
nicht zu debattieren. Ich bedaure auch, ihm nicht
folgen zu können in der Auffassung, daß die Antrag-
steller nicht auch gewisse parteipolitische Auffassungen
mit der Entschließung verbunden haben. (Abgeordneter
Hoffmann: Sehr richtig! Zursch rechts: Sie haben
ausnahmsweise mal recht!)

Meine Damen und Herren! In früheren Jahren
gehörte ein Mann zu den Mitgliedern des Rheinischen
Provinziallandtages, den wir alle wohl immer als so
ein Stück Mittelalter empfunden haben, das noch in
die heutige Zeit als letztes Ueberbleibsel hineinragte.
Dieser Mann ist auch seiner Fraktion manchmal etwas
unangenehm gewesen, und die Fraktionsführer ließen
gelegentlich seiner Reden hier mitunter händeringend
durch den Saal. Er gehört seit den Neuwahlen nicht
mehr unserem Hause an. Aber sein Geist, meine
Herren vom Zentrum, hat in Ihrer Entschließung fröh-
liche Urständ gefeiert: Es ist der Geist des Freiherrn
von Loë, der Geist der Rheinischen Landwirtschafts-
kammer und der Geist des östlich orientierten Land-
bundes (Zursch des Abgeordneten Heuser: Der Geist
der sachlichen Beurteilung der Dinge!), der aus der
Entschließung zur Lage der Landwirtschaft spricht. Es

ist eine Parallellaktion zum Agrarprogramm des Herrn
Schiele (Hört, hört! bei der Arbeitsgemeinschaft), zu
dem ich sagen möchte, daß wir Sozialdemokraten dieses
Programm nicht mitmachen können, weil es weite
Kreise der notleidenden Bevölkerung, auch des Rhein-
landes, belastet, ohne der Landwirtschaft dafür den
nötigen Schutz angedeihen zu lassen (Abgeordneter
Hoffmann: Sehr richtig!), ohne der Landwirtschaft
wirklich zu helfen.

Meine Damen und Herren, insbesondere meine
Herren Landwirte, ich glaube, Sie müssen sich frei
machen von Auffassungen, die durch die wirtschaftlichen
Verhältnisse überholt sind, wie auch wir uns haben
frei machen müssen von Vorurteilen (Aha! rechts), die
durch den Gang der wirtschaftlichen Verhältnisse eben
nicht mehr aufrecht zu erhalten waren. (Zursch links:
Aufgabe des Sozialismus!) Meine Damen und
Herren! Es ist nie eine Schande, mit der Zeit zu gehen
und einzusehen, daß man nicht nach Dogmen, sondern
nach der Gestaltung des Lebens sich zu orientieren hat.
(Zursch des Abgeordneten Renner: Verrat des Sozia-
lismus! Weiterer Zursch eines kommunistischen Ab-
geordneten: Eine Realpartei!) Die Sozialdemokratie
hat anerkannt, daß eine Notlage auch in weiten Kreisen
des Landvolkes vorhanden ist (Zursch rechts: Und sie
wird nichts tun!), und die Sozialdemokratie ist bereit,
zu helfen. (Bravo! Zursch Dr. Schüler: Sie tun
aber nichts!) Herr Dr. Schüler, Sie wissen aus der
Vergangenheit, daß diese Bereitwilligkeit keine einfache
Deklamation ist, sondern daß sie praktische Wirkungen
gezeigt hat. (Zursch des Abgeordneten Hoffmann:
Ganz enorme sogar!) Allerdings, das möchte ich be-
tonen: diese Hilfe für die Landwirtschaft kann nicht
auf Kosten anderer Volksteile erfolgen, die in noch
größerer Not leben. (Zursch des Abgeordneten Haake:
Herr Landesrat, Sie haben die soziale Frage für sich
allerdings gelöst!) Meine Herren von den National-
sozialisten, Sie bemühen sich vergeblich mit Zwischen-
rufen; solange Sie sich in diesem Hause nicht zu der
allgemeinen Tradition gesitteter Menschen bekennen,
auch den Gegner ruhig anzuhören, werde ich auf Ihre
Zwischenrufe nicht eingehen.

Meine Damen und Herren! Die Sozialdemokratie
hat auch durch ihr Verhalten im Reichstag gezeigt,
daß sie bereit ist (Zursch des Abgeordneten Mohl: Zum
Ministerstuhl zu kommen!), wirksam zu helfen, wo
wirklich eine Bedrängung des Landvolkes vorhanden
ist. Ich habe eben schon Herrn Heuser gesagt, eine
gewisse Anerkennung auch für unsere Tätigkeit liegt
ja wohl im ersten Absatz der Entschließung, denn es
wird da auf die Maßnahmen des früheren Reichs-
kabinetts Bezug genommen als einem ersten Schritt
in Ihrem Sinne. (Zursch des Abgeordneten Heuser:
Wir bedauern nur, daß Ihr auf halbem Wege halt
gemacht habt!) — Kommt noch —. Aber, meine Damen
und Herren, jede Agrarreform muß zur Voraus-

setzung die Planmäßigkeit haben. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Worauf es ankommt, ist nicht, uferlos die Preise heraufzutreiben, sondern das ist die ruhige Entwicklung in der Landwirtschaft, die Stabilisierung der Preise. (Abgeordneter Heuser: Sehr richtig!) Das ist auch das Bestreben der Sozialdemokratie bei der letzten Agrarreform gewesen. Die Landwirtschaft muß sich daran gewöhnen, auf Konjunkturgewinne zu verzichten, die aus der Lage des Weltmarktes entstehen und die sie mit hohen Schutzzollmauern erreichen möchte. Sie muß darauf verzichten, in Zeiten schlechter Ernte besonders hohe Preise erzielen zu wollen. Die Anarchie der kapitalistischen Preisbildung hat die Landwirtschaft in den Sumpf geführt. Die Anarchie der kapitalistischen Preisbildung überbürdet dem Landwirt das Risiko und gibt ihm mehr Verluste als Gewinne.

Es kommt dann im wesentlichen darauf hinaus, daß wir die Verbindungslinie zwischen den Verbrauchern und den Erzeugern ziehen. Diese Verbindungslinie ist bei der letzten Agrarreform, die auch die Sozialdemokratie mitgemacht hat, gefunden worden in den gleitenden Zöllen und im Verbraucherschutz. Die Herren Kommunisten, die der Sozialdemokratie Vorwürfe machen wollen, sollen einmal nachweisen, daß die Lebensmittelpreise infolge der seinerzeit von uns mitgemachten Agrarreform gestiegen sind. Den Nachweis sind Sie uns bisher schuldig geblieben. (Widerspruch bei den Kommunisten.) Sie haben eine einzige Agrarreform in Rußland durchgeführt, und die hat zur Brotkarte geführt, die wir, Gott sei Dank, in Deutschland seit vielen Jahren abgeschafft haben. (Abgeordneter Renner: Herr Gerlach, Herr Gerlach!) Herr Renner, reden Sie nicht über Dinge, von denen Sie nichts verstehen. Meine Damen und Herren! Der Verbraucherschutz und der Schutz des Produzenten, in eine richtige Relation gebracht und verbunden, das ist es, worauf es ankommt; das ist der richtige Weg, das ist die Entwicklung, die wir wünschen müssen, nicht aber die uferlose Schutzzollpolitik, wie sie leider wieder ihren Niederschlag in der Resolution findet, jene uferlose Schutzzollpolitik, die jetzt in der Aera Brüning das A und O der deutschen Reichsgesetzgebung geworden ist. (Zuruf des Abgeordneten Dunder: Das ist doch nur eine Fortsetzung der Aera Müller!) Meine Damen und Herren! Ich weise nach den vorgestrigen Verhandlungen des Reichstages darauf hin, daß auch die christlichen Gewerkschaften schon bedenklich geworden sind. (Abgeordneter Hoffmann: Hört, hört!) Die offiziellen Zentrumskreise sind zwar von Herrn Schlack, der ja schon öfters von den offiziellen Zentrumskreisen desavouiert worden ist, abgerückt. Aber seine Ausführungen sind ein Stimmungsbarometer, auch für die Auffassung der christlichen Gewerkschaften hinsichtlich eines uferlosen Schutzzolles. (Zuruf des Abgeordneten Dr. Schüler: Uferlos?)

Meine Damen und Herren! Es ist interessant, daß selbst die Industrie schon ein Haar in der Suppe gefunden hat, die Herr Schiele ihr serviert hat. Ich möchte gerade die Herren um Dr. Silberberg bitten, sich noch einmal eingehend die Entschliebung zur Lage der Landwirtschaft, die die Arbeitsgemeinschaft mitunterzeichnet hat, anzusehen und zu prüfen, ob diese Resolution wirklich in Einklang zu bringen ist mit den Bedenken, die der Reichsverband der deutschen Industrie zu den Plänen des Herrn Schiele geäußert hat. Sie haben alle in der „Kölnischen Zeitung“, der „Kölnischen Volkszeitung“ und überall diese Einwände gelesen, und es hieße, die Zeit des Hauses über Gebühr in Anspruch nehmen, wenn ich sie hier noch einmal vortrüge. (Sehr richtig! bei der Wirtschaftspartei.) Auch die Industrie hat die lebhaftesten Bedenken gegen die Politik, die von Herrn Schiele verfolgt wird und die durch die Entschliebung zur Lage der Landwirtschaft gewissermaßen unterfüßt werden soll. (Zuruf des Abgeordneten Renner: Warum hat sie denn diese Bedenken?) Herr Renner, gehen Sie einmal zu Herrn Silberberg und fragen Sie ihn; ich habe von ihm keine Interpretation der Auffassung der Industriellen bekommen. (Zuruf des Abgeordneten Renner: Aber er hat sie selbst interpretiert und gesagt, es käme hinterher bloß zu einer Lohnerhöhung!) Sagen Sie das Herrn Kohl, er kann es ja nachher ausführen.

Ich muß einmal an die landwirtschaftlichen Vertreter dieses Hauses die Frage richten: Warum orientieren Sie sich eigentlich nach den Interessen des östlichen Großgrundbesitzes? Unsere Landwirtschaft in der Rheinprovinz ist doch ganz anders geartet. Warum versuchen Sie nicht den anderen Weg, den Ihnen auch die Sozialdemokratie gewiesen hat, den Weg der Stabilisierung der Preise, den Weg der Einigung mit den Verbrauchern? (Zuruf des Abgeordneten Dr. Schüler: Beides!) Schüchtern, wohl unter dem Einfluß der christlichen Gewerkschaften, ist ja in der Entschliebung zur Lage der Landwirtschaft dieser direkte Weg vom Erzeuger zum Verbraucher angedeutet. Aber, meine Damen und Herren, es ist doch nur eine platonische Liebeserklärung (Abgeordneter Haas: Sehr richtig!), um die christlichen Arbeiter auch auf diese Entschliebung zu bringen, eine Liebeserklärung, für die — nehmen Sie es mir nicht übel, Herr Heuser — in diesem Falle sehr wenig zu geben ist. Richtig ist, daß eine große Schwierigkeit einer preiswürdigen Lebensmittelversorgung im Zwischenhandel liegt, in dem viel zu langen Weg vom Verbraucher zum Erzeuger. (Zuruf des Abgeordneten Heuser: Sehr richtig! Das ist auch unsere Ansicht!) Die Korrespondenz des Bayerischen Bauernbundes, doch sicher ein unverfängliches Organ, hat kürzlich darauf hingewiesen, daß allein bei der Versorgung des deutschen Volkes mit Lebensmitteln ein Zwischengewinn auf dem Wege vom Erzeuger zum Verbraucher in

Höhe von 6 Milliarden jährlich entsteht. (Abgeordneter Hoffmann: Sehr richtig! Zuruf des Abgeordneten Heuser: Der Bayerische Bauernbund würde aber die Resolution mitgemacht haben!) Ich weiß es nicht, dann würde er allerdings seinen Worten nicht die entsprechenden Taten folgen lassen.

Meine Damen und Herren! Ich darf deshalb auch wohl von einer platonischen Liebeserklärung sprechen, weil Sie nicht die Absicht haben, diesem Zwischenhandel wirksam entgegenzutreten. Sonst müßten Sie ja da anfangen, wo Sie zuerst die Macht haben. Statt dessen versuchen Sie, noch neue Zwischenhandelsstellen bei der Rheinischen Landwirtschaftskammer selbst zu schaffen. Ich will nicht noch einmal die alte Geschichte von den schlechten Saatkartoffeln aufrihren, die die Landwirtschaftskammer vermittelt hat. Die Dinge haben ja hier schon eine Rolle in der Debatte gespielt. Ich will Sie nur noch einmal daran erinnern, um Sie darauf aufmerksam zu machen, daß, wenn Sie schon den Weg verkürzen wollen, Sie dann nicht noch besondere Stellen zur Beschaffung von Saatgut dazwischenschieben dürfen. Das ist bestimmt der falsche Weg. Der richtige Weg ist nach unserer Auffassung die Verbindung starker Konsumgenossenschaften der Verbraucher mit den Organisationen der Erzeuger. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Diesen Weg werden wir immer mit Ihnen gehen. Darin sehen wir die einzige Möglichkeit, der Landwirtschaft wirksam zu helfen, ohne den Verbraucher, dessen Interessen wir mit aller Entschiedenheit vertreten, irgendwie zu schädigen. Meine Damen und Herren, gehen Sie mit uns diesen Weg; dann wird die rheinische Landwirtschaft gefunden. Wir sind zur Hilfe bereit, weil wir wissen, daß die kleinen und auch ein Teil der mittleren Bauern bedrängt sind. Unser Kampf gilt dem unrationellen Großgrundbesitz, unser Kampf gilt dem unrationellen Herrneigentum, ganz allgemein gesprochen. Die Sozialdemokratie hat darin eine Linie, die festgelegt ist in ihrem Kieler Agrarprogramm, in dem es heißt: „Weit entfernt davon, den Bauern von seiner Scholle zu verdrängen oder sein Eigentum angreifen zu wollen, sichert die sozialistische Gesellschaft den bäuerlichen Massen ihr Eigentum und ihre Arbeitsstätte. Ihr Kampf gilt dem Herrneigentum des Großgrundbesitzes, nicht dem Arbeitseigentum der Bauern, und Landarbeiter.“ (Beifall bei den Sozialdemokraten. Zuruf des Abgeordneten Wihler: Die Botschaft höre ich wohl, allein mir fehlt der Glaube!)

Vorsitzender Dr. Jarres: Das Wort hat Herr Abgeordneter Dr. Ley.

Abgeordneter Dr. Ley: Meine Damen und Herren! Vorhin sagte der Redner der Sozialdemokratischen Partei, daß seine Partei auch den deutschen Bauern helfen wolle. Ich erinnere an das Wort Bebels, der vor dem Kriege einmal im Reichstag sagte (Zuruf der Abg.

Frau Becker: Wie können Sie Bebel zitieren?): „Wir Sozialdemokraten warten auf den Augenblick, wo der deutsche Bauer enteignet ist, damit er zum Proletariat werde.“ (Zuruf des Abg. Hoffmann: Unwahr!) Dieses Wort Bebels ist im Jahre 1904 im Deutschen Reichstag gesprochen worden. (Widerspruch bei den Sozialdemokraten.) Meine Damen und Herren! Dieser Standpunkt der Sozialdemokratischen Partei ist bis heute auf keinem Parteitage revidiert worden, er ist bis heute genau derselbe geblieben. Steht vielleicht die Sozialdemokratische Partei nicht auch heute noch auf dem Standpunkt, daß die Produktionsmittel versozialisiert werden müssen? Ist das nicht Ihr Programm, daß Sie die gesamte Produktion in die Hände der Allgemeinheit des Volkes, in Gemeinwirtschaft überführen wollen? (Zuruf eines nationalsozialistischen Abgeordneten: à la Rußland!) Daß dies Ihr Programm ist, steht fest. Herr Ministerpräsident Braun soll neulich einmal, als er in einer Landgesellschaft gefragt wurde: „Wie stehen denn Sie zum Bolschewismus, zu Moskau?“ geantwortet haben: „Der Bolschewismus ist mir an sich nicht unsympathisch (Abgeordneter Dunder: Hört, hört!), nur das Tempo ist für Deutschland zu scharf.“ (Hört, hört! bei den Nationalsozialisten.) Das ist der einzige Unterschied. Aber wenn er die Verhältnisse von Rußland auf Deutschland übertragen und die Bauern in Massen in Kollektivwirtschaften überführen wollte, so würde sich dagegen das gesamte Volk aufbäumen; dann würde mit einem Schlage dem Spuk des Marxismus ein Ende gemacht, das steht fest. Tatsache ist, daß der Marxismus, ob er in der rosaroten Verbrämung der Sozialdemokratie auftritt oder in der knallroten der Kommunistischen Partei, an sich völlig das gleiche Ziel verfolgt (Sehr richtig! rechts.): Die Enteignung des schaffenden Menschen, ob Mittelstand, Gewerbetreibende, Bauern oder Arbeiter. (Zuruf des Abgeordneten Kemmer: Sie nennen sich ja auch Sozialisten. Warum denn das?) Meine Damen und Herren! Unser Sozialismus verhält sich zu Ihrem Marxismus wie Feuer und Wasser. Wir wissen, daß, wenn Deutschland zu einem wahren deutschen Sozialismus kommen will, dann erst der Marxismus vernichtet sein muß. (Zuruf des Abgeordneten Kemmer: Sie nehmen Ihr Feuer aus dem Kirchwasser. Zuruf des Abgeordneten Dunder: Was ist denn Sozialismus?)

Meine Damen und Herren! Wir wissen, daß die Sozialdemokratische Partei ununterbrochen den kleinen Bauern helfen will. Wir wissen, daß auch die Kommunistische Partei im Preussischen Landtag einen Antrag nach dem andern für das Wohlergehen der Kleinbauern einbringt. Wir möchten darum hier einmal ganz klar Ihre demagogische Haltung kennzeichnen. Stalin hat kürzlich in einer seiner Reden gesagt: „Nicht der Großgrundbesitz ist das größte Hemmnis für unsere Kollektivwirtschaft; das größte Hindernis für die gemeinwirtschaftliche Bearbeitung von Grund und Boden ist

der kleine Bauer, der sich seinen Grund und Boden mit viel Schweiß erarbeitet hat.“ Stalin sagt weiter: „Daher kommt es, daß dieser kleine Bauer mit viel größerer Liebe an seinem Grund und Boden hängt, als der Großgrundbesitzer. Deshalb müssen wir unser Hauptaugenmerk darauf richten, daß wir die Ideologie des Kleinbauern brechen, daß wir ihn loslösen von seinem Grund und Boden, weil er das Haupthindernis ist.“ (Hört, hört! bei den Nationalsozialisten.) Meine Damen und Herren! Was nützt es denn, wenn Sie hier Anträge einbringen? Stalin ist Ihr Papst, Stalin ist für Sie unfehlbar. (Zuruf des Abg. Dunder: Wie der Papst in Rom für Sie!) Und russische Zustände sollen in Deutschland Trumpf sein. Wir sehen weiter, daß alle Maßnahmen in diesem Staate seit 10 Jahren dem Bauern allmählich sein Eigentum genommen haben. Es ist doch heute so, daß kein Bauer mehr ein Eigentum hat, daß er nicht mehr Herr auf seinem Grund und Boden ist. Es ist doch tatsächlich so, daß heute schon der Bauer nur noch Pächter oder meist nur Knecht auf seinem Grund und Boden ist. Er ist Gefangener des wahnsinnigen Zinses, der wahnsinnigen Steuerlasten. Das Finanzamt ist ihm heute jenes Symbol, das für den Bauer im Mittelalter die Raubritterburgen waren. Da schaute er hinauf zu den Raubritterburgen; der Raubritter aber nahm nur den Zehnten. Heute nehmen Sie 50 und 60 Prozent. Die modernen Raubritter sind viel unerbittlicher, als die alten es jemals waren. (Zustimmung bei den Nationalsozialisten.) Alles ist darauf angelegt, den Bauer allmählich von seinem Besitztum zu entwöhnen. In der Begründung des Umlegungsgesetzes, das im Jahre 1920 herauskam, ist gesagt, man müsse dieses Gesetz haben, um den bäuerlichen Betrieb rentabler zu machen. Unterzeichnet ist dieses Gesetz von 4 Sozialdemokraten, 2 Demokraten und 1 Zentrumsmann (Hört, hört! bei den Nationalsozialisten), also tatsächlich in der überwiegenden Mehrheit von den eigentumsfeindlichen Marxiisten. Jetzt las ich zufällig in dem Blatt „Die Gemeinde“, das die Sozialdemokratische Partei herausgibt, um ihre Funktionäre in den Gemeindevertretungen zu unterrichten, daß dort ein Sozialdemokrat schrieb: Es muß weit mehr als bisher versucht werden, draußen auf dem Lande Gesellschaften für Umlegungszwecke, Meliorationen usw. zu machen, damit der Bauer allmählich an die Enteignung gewöhnt werde. (Lachen bei den Sozialdemokraten. Zuruf des Abgeordneten Dunder: Das hat aber kein Sozialdemokrat geschrieben; damit tun Sie denen ja viel zu viel Ehre an!) Die Umlegung ist an sich hier im Besten vom technischen Standpunkte aus außerordentlich zu begrüßen, das ist gar keine Frage. Aber wir Nationalsozialisten sagen dem Bauern heute draußen immer und immer wieder: Du kannst in deinem Eigentumsbegriff nicht konservativ genug sein! (Sehr gut! bei den Nationalsozialisten.) Halte fest, laß ja nicht rütteln an irgendeinem

Quadratmeter Land, denn wenn es einmal ins Rutschen kommt, geht es dir genau wie dem Mittelstand, wie den Rentnern und Sparern; dann rutscht dir allmählich dein Grund und Boden auf Rollschuhen unter den Füßen weg. (Heiterkeit.) Als vor einigen Jahren die schwarzen Fahnen in Holstein waren, als überall in Deutschland die Bauern sich zu großen Kundgebungen zusammantaten, als in Koblenz, in Stuttgart, in Oldenburg, in Breslau 50 000 Menschen zusammenkamen, das war auf einmal etwas anderes, als wenn in Berlin sich 50 000 Menschen sammeln; da kam der schwere Schritt der Bauern auf das Pflaster. Die Bauern waren weit hergereist. Wenn der Bauer einmal von Hause geht und sich auf die Eisenbahn setzt, dann muß etwas Besonderes im Spiel sein. Da kam er an, das war zum erstenmal eine Revolutionierung der Bauern seit fast 400 Jahren. Der Bauer hat seit dem 15. Jahrhundert fest an seinem Boden gehangen. Der Bauer ist kein Revolutionär von Geburt aus; er hält fest, was er ererbt hat. Wenn er sich einmal bewegt und hinausgeht aus seinem Hof, dann muß Gefahr vorhanden sein. Das tat er vor einigen Jahren, da ging er hinaus. Da bekamen auf einmal die Hüter des Staates Angst, die Demokraten. Da schrieben das „Berliner Tageblatt“, die „Frankfurter Zeitung“ und die „Bosnische Zeitung“: Man muß den Bauern helfen, es geht nicht mehr, die Republik ist in Gefahr. Die Republik wackelte wieder einmal. Da sagten sie: Man muß den Bauern helfen. Da schrieb die „Frankfurter Zeitung“: Man muß die kleinbäuerlichen Betriebe zu Aktiengesellschaften zusammenlegen, damit sie besser ausgenutzt werden können. (Hört, hört! bei den Nationalsozialisten.) Herr Bankier und Kollege Louis Hagen (Zuruf eines kommunistischen Abgeordneten: Der jüdische Kollege!), da ist Ihnen das Herz leichter geworden, da haben Sie sich sicherlich sehr gefreut. Da haben Sie sicher gesagt: Das ist noch ein Wirtschaftspolitiker dort an der „Frankfurter Zeitung“, den kann ich engagieren, das ist ein Kerl. Jawohl, Sie wollten die bäuerlichen Betriebe in Aktiengesellschaften umwandeln. Hat man es mit der Industrie nicht genau so gemacht? Hat man nicht allmählich den deutschen Unternehmer auf diesem Wege enteignet? Ist er nicht heute nur noch Profurist oder Angestellter seines Werkes? (Sehr richtig! bei den Nationalsozialisten.) Und wer ist der Herr? Das sind die Banken und Börsen, das ist das Finanzkapital. (Zustimmung bei den Nationalsozialisten. Zuruf des Abgeordneten Heuser: Wir sind beim landwirtschaftlichen Etat!) Und die Arbeiter sind nur noch Ware, die man auf dem Sklavenmarkt, genannt Aktienbörse, kaufen kann. Das selbe hat man heute mit dem Bauern vor: Man will ihn auf kaltem Wege enteignen. Nicht auf dem heißen, wie in Rußland, das wäre etwas gefährlich. Hier geht es auf dem kaltem Wege über das Aktiensystem, sagt die „Frankfurter Zeitung“, damit der Grund und

Boden besser ausgenutzt werden kann. Wie wird es denn sein, wenn jetzt das Finanzamt immer weitere Steuern erheben muß? Wir lesen ja nichts mehr von Steuererleichterung, sondern nur von Steuererhöhungen. Das wird sich mit jedem Jahr steigern, und immer größere Steuern und Abgaben werden auf unserem deutschen Volke lasten. Dann geht allmählich dem Bauer die Luft aus, dann hat er allmählich keinen Atem mehr, dann zieht man ihm die Schlinge zu, dann kommen der Herr Bürgermeister und der Herr Landrat mit einem Bankier aus Frankfurt, und der Herr Bürgermeister wird eine Rede halten und sagen: Bauer, du siehst, was der Staat alles macht, wie er sich bemüht, wie er dir als Notprogramm sogar 30 Millionen RM gibt für eine Schuldenlast von fast 16 Milliarden, die heute auf dem deutschen Bauernstande ruht, bei einer Zinslast von weit über 1 Milliarde. Da meint man etwas getan zu haben, wenn man den Bauern da einmal 30 Millionen RM hinwirft. Das ist weiter nichts als eine Heuchelei, als eine Verböhnung. Ich sage: Dann wird der Herr Bürgermeister oder der Herr Landrat sagen: Wir wollen dir helfen, es geht so nicht mehr weiter. Du mußt zur Selbsthilfe schreiten. Die berühmte Selbsthilfe kommt dann heran, und man wird den Bauern klarmachen, wie eine Aktiengesellschaft doch viel rentabler ist, wie man da den Boden besser ausnützen kann. Man wird eine moderne kapitalistische Kollektivwirtschaft machen, die sich in gar nichts von der sogenannten sozialistischen unterscheidet. (Sehr wahr! bei den Nationalsozialisten.) Kollektivwirtschaft bleibt Kollektivwirtschaft. Der Bauer wird Knecht sein, wird Sklave sein, weiter nichts. Dann rollt ihm sein Vermögen, sein Grund und Boden unter den Füßen weg. Dann bekommen Grund und Boden Röllschuhe, wie ich vorhin sagte. (Zuruf des Abgeordneten Renner: Das möchte ich gerne einmal sehen!) So sagt die Sozialdemokratie: Genossenschaften, Umlegung und Meliorationen müssen wir machen; wir müssen allmählich den Bauer an die Enteignung gewöhnen. Dann sagt der Bankier: Jetzt will ich euch helfen, und dann sagt die Behörde: Bauer, du mußt, und der Bauer schlittert in sein Elend hinein und sieht nicht die klaren Hintergründe, daß hier das Finanzkapital und der Marxismus wieder einmal Hand in Hand gehen und nichts anderes vorhaben, als das Eigentum des deutschen Volkes in die Hände des Finanzkapitals überzuführen. (Zuruf des Abgeordneten Dunder: Hört, hört! Sie sind ja die beste Stütze des Finanzapparates!)

Meine Damen und Herren! Unter diesen Gesichtspunkten betrachten wir auch die Entschließung, die hier von der bürgerlichen Arbeitsgemeinschaft und dem Zentrum vorgeschlagen wird. Man redet da von höheren Zöllen usw. Solange Sie dem Bauern die Zins- und Abgabenlasten infolge der Erfüllungspolitik nicht abnehmen, solange hat alles andere Reden gar keinen Wert. (Zustimmung bei den Nationalsozialisten.)

Vorhin sagte im Ältestenrat ein Mitglied der Arbeitsgemeinschaft, man triebe jetzt im Parlament hohe Politik. Verzeihen Sie, Herr Kollege Wesenfeld, wie soll ich denn dieses Problem behandeln, ohne diese Lasten zu erwähnen, die auf dem Bauern liegen? Glauben Sie, wir seien gewöhnt, dem Bauern Schlafpulver zu geben, ihn in eine Karose einzuwiegen und einzulullen, damit er nach der Methode Coués sagt: Es geht mir besser und besser. Der Gerichtsvollzieher ist nicht mehr wöchentlich, sondern täglich bei den Bauern zu Gast. Nein, das machen wir nicht mit. Wir zeigen dem Bauern die wahren Gründe seiner Verelendung. Wir zeigen ihm, wo wirklich die Ursachen seiner Not liegen. Wir sagen ihm, daß er fest an Eigentumsbegriff halten muß. Die Scholle wird uns heilig sein. Der Bauer ist der Jungbrunnen, der Bauer ist das große Becken, aus dem das Volk immer wieder seine Erneuerung holt, aus dem die Rasse, aus dem Kraft und aus dem vor allen Dingen auch der Glaube unseres Volkes kommt. Meine Herren vom Zentrum, wenn Ihr weiter diese Erfüllungspolitik, diesen Finanzbolschewismus mitmachen wollt, dann nennt Euch keine christliche Partei mehr. Das laßt dann bitte bleiben, das hat dann keinen Wert mehr, das ist dann weiter nichts als eine Heuchelei. (Zuruf des Abgeordneten Haake: Sehr wahr!) Vom Marxismus wissen wir, daß er der geschworene Feind des deutschen Bauern ist. (Zuruf des Abgeordneten Dunder: Hört, hört!) Aber Ihr vom Zentrum solltet wenigstens Einkehr halten und erkennen, wo die Kraft unseres Volkes und wo auch die Kraft Eurer katholischen Kirche liegt.

Meine Damen und Herren! Es ist ganz klar, daß wir die bolschewistischen Anträge ablehnen. Sie haben die Anträge aufgebaut auf dem Gedanken: Kleinbauer und Großbauer. Sie wollen den Klassenkampf auch in das Land hineintragen. Der Bauer ist dazu, Gott sei Dank, noch nicht reif; das läßt der Bauer nicht mit sich machen. (Zuruf des Abgeordneten Dr. Schüler: Richtig!) Klassenkampf kennt der Bauer nicht. Er kennt bloß eins: die Heiligkeit seiner Scholle und die Heiligkeit seiner Familie. Er fühlt instinktiv, daß der Marxismus daran rütteln will. Er hat Verständnis dafür, daß der Marxismus sein Todfeind ist. Deshalb wird der Bauer immer in der Front gegen den Marxismus stehen, nicht gegen den deutschen Arbeiter. (Zuruf des Abgeordneten Dr. Schüler: Sehr gut!) Gott sei Dank hat der Marxismus heute nicht mehr das Recht, sich die einzige Arbeiterpartei zu nennen. Gott sei Dank ist heute schwer eingebrochen in die Arbeiterkreise. Ich erinnere Sie daran, daß die „Rote Fahne“ anlässlich der sächsischen Wahlen schrieb: Man müßte die Augen zumachen, wenn man nicht erkennen wollte, daß es den Nationalsozialisten gelungen sei, in die ehemaligen roten Hochburgen einzubrechen. (Unruhe bei den Kommunisten.) Schaut nach Zwickau, nach

Thüringen usw. Deshalb brüllt Ihr, deshalb verfolgt Ihr uns mit fanatischem Hass. Deshalb kommt Ihr mit Kinderlitzchen an, die keinen Wert haben. Deshalb glaubt Ihr mit ein paar lächerlichen Witzeln die Sache abtun zu können. (Zuruf links.) Herr Renner, wenn man als Proletarierführer tagtäglich im Wartesaal I. und II. Klasse sitzt, dann sollte man seinen Mund halten. (Zuruf des Abgeordneten Renner: Ich erkläre mich erschossen! Heiterkeit. Weiterer Zuruf eines kommunistischen Abgeordneten: Rächelsgasse!)

Meine Damen und Herren! Wir Nationalsozialisten geben deshalb folgende Erklärung ab:

Das deutsche Landvolk in seiner Ganzheit ist die Grundlage des deutschen Volkes, sein Jungbrunnen und sein Fundament. Zu seiner Erhaltung muß alles, aber auch alles getan werden, um das deutsche Volk zu erhalten. Der deutsche Staat und seine Regierungen sollten alles tun, um mit dem Bauern auch das deutsche Volk gesund zu machen. (Zuruf des Abgeordneten Haake: Sehr gut!) Das können dieser Staat und das herrschende System niemals tun, weil die Banken und das Leihkapital die Arbeit und die Wirtschaft völlig beherrschen (Sehr richtig! bei den Nationalsozialisten.) und weil der Staat nichts unternimmt, auch nach der inneren Einstellung der herrschenden Parteien nichts unternehmen kann, um den unheilvollen Einfluß der verhängnisvollen Zinswirtschaft zu brechen.

Deshalb verlangen und fordern wir: Der landwirtschaftliche Boden und die Scholle des deutschen Bauern sind unpfändbar. (Bravo! bei den Nationalsozialisten.) Die Rückforderungen von Krediten an die deutsche Landwirtschaft werden gestrichen. (Sehr gut! bei den Nationalsozialisten.) Dem Bauern werden Kredite in Zukunft zinslos gegeben. Dünger und Maschinen werden den Landwirten zu erträglichen Preisen zur Verfügung gestellt. Weiter wird das landwirtschaftliche Berufsschulwesen besser auszubauen sein. Für Landarbeiterwohnungen muß weit mehr als bisher getan werden. Ausländische Arbeiter dürfen in der Landwirtschaft nicht mehr verwandt werden. (Zuruf des Abgeordneten Renner: Hat das schon Herr Hugenberg genehmigt?) Ziel jeder Agrarpolitik muß die völlige Unabhängigkeit der Ernährung unseres Volkes vom Auslande sein. Der Boden und die Rasse sind uns Nationalsozialisten heilig. Deshalb wird allein ein völliges Revolutionieren unseres Gesamtvolkes die Erneuerung Deutschlands bringen. (Sehr richtig! bei den Nationalsozialisten.) Der Bauer, der Arbeiter, der Mittelstand, der Handwerker und der Gewerbetreibende müssen Schulter an Schulter stehen um den Bauer, sich selbst und damit das Gesamtvolk zu retten. (Lauter Beifall und Händeklatschen bei den Nationalsozialisten. Zuruf des Abgeordneten Renner: Revolution ohne Revolution! Antwort des Abgeordneten Dr. Ley: Sie Revolutionär in der Westentasche! Sie Revolutionär im Wartesaal II. Klasse!)

Vorsitzender Dr. Jarres: Das Wort hat Herr Abgeordneter Krüger.

Abgeordneter Krüger: Sehr geehrte Damen und Herren! Ich bekenne mich zu dem Antrage Nr. 22 und kann daher zu demselben das Wort nicht nehmen. Was ich nunmehr hier zu sagen habe, betrifft die Notstände an der westlichen Grenze unserer Provinz. Sowohl der Herr Oberpräsident in seiner Eröffnungsrede, wie auch der Herr Landeshauptmann in seiner Staatsrede und auch Herr Abgeordneter Tenhaeff haben bereits darauf hingewiesen. Ich möchte mich darauf beschränken, auf einige Uebelstände hinzuweisen, die dringend der Abhilfe bedürfen. Diese Uebelstände bestehen in der Ueberschwemmung des Grenzmarktes mit ausländischen Agrarprodukten. Es sind unhaltbare Zustände, die sich an der Westgrenze unserer Provinz, namentlich im Regierungsbezirk Aachen, entwickelt haben, zum Unheil und zum Fluche der Landwirtschaft und der Gemüsebauer. Der Aachener Landwirt und der Aachener Gemüsebauer waren Leute, die vor dem Kriege auf der Höhe standen. Blühend war die Landwirtschaft, und der Gemüsebauer lieferte seine Produkte weit hinaus über die Grenzen des Regierungsbezirks Aachen. Heute ist er verarmt, und er kann der heillosen Konkurrenz, die ihm das nahe Ausland, das an seinen Toren liegt, bietet, nicht begegnen. Wollen Sie einmal die folgenden Zahlen mit anhören: Der Import von Eiern in einem Jahre beträgt für den Stadt- und Landkreis Aachen allein 2 Millionen RM. (Hört, hört! rechts.) Nimmt man den Aachener Industriebezirk hinzu, so beziffert sich diese Summe auf 3½ Millionen RM. (Erneutes Hört, hört! rechts.) Die Einfuhr an Obst beträgt 1½ Millionen RM, an Butter 2 Millionen RM, an Käse ¼ Million RM und an Gemüse 1¼ Millionen RM. Hierbei sind die Summen für die Einfuhr von Fleisch und Kartoffeln noch gar nicht berücksichtigt. Nimmt man die Gesamtsumme des Imports für diese beiden Kreise, so beziffert sie sich auf 10 Millionen RM. Diese Summe geht der Kaufkraft der Aachener Bevölkerung verloren. (Zuruf des Abgeordneten von Detten: Hört, hört!) Im Aachener Kontrollbezirk wohnen 10 000 Einzelparzellenbesitzer. Das sind Arbeiter, Kriegsinvaliden, Leute, die schwer um das Dasein kämpfen. Es ist ihnen aber nicht möglich, ihre Agrarprodukte an den Aachener Markt heranzubringen, eben wegen dieser Invasion von Agrarprodukten seitens des Auslandes. Der notleidende Kreis Monschau, der nicht weit von Aachen gelegen ist, ist infolge dieser Invasion gezwungen, seine Eier nach Köln und Mainz und seine Butter in das Ruhrgebiet zu liefern. Die Folge davon ist, daß die Preise auf dem Aachener Markt weit mehr gedrückt sind als in irgendeinem Teile der Rheinprovinz. Welches sind die Ursachen dieser Ueberschwemmung? Die Einfuhr von Belgien wird gefördert durch die günstigen Salutaverhältnisse, der

Import von Holland dadurch, daß der holländische Erzeuger nicht von den Lasten und den Steuern so gedrückt wird wie der rheinische Produzent. (Hört, hört! bei der Bauernpartei.) Dazu kommt folgendes: Wer Holland vor dem Kriege gesehen und gekannt hat und es heute wieder sieht, kommt aus dem Staunen nicht heraus ob der Riesenfortschritte, die dieses Land auf allen Gebieten gemacht hat. Auf dem Gebiete der Industrie hat es sich ganz gewaltig vom Auslande emanzipiert, ebenso hat es auf dem Gebiete der Landwirtschaft Fortschritte und Erfolge zu verzeichnen, die geradezu staunenswert sind. Wer die 11 Provinzen Hollands von Zeeland im Südwesten bis Friesland und Groningen im Norden durchwandert, kommt aus der Verwunderung nicht heraus über all die großen unzähligen Gewächshäuser, die errichtet sind, und in denen ein Gemüsebau sich vollzieht, der das Ausland überschwemmt. Der Kölner und namentlich der Aachener Markt wissen davon ein sehr unangenehmes Lied zu singen. Gerade Aachen, das an den Toren Hollands liegt, wird am schlimmsten davon betroffen. (Hört, hört! bei der Wirtschaftspartei.) Wer sich von der Schaffenskraft, dem Schaffenssinn und der Tüchtigkeit der Niederländer überzeugen will, gehe nach Vostkoop und Alksmeer, im früheren Haarlemer Meer gelegen. Wer die schwimmenden Gärten von Alksmeer mit ihren reichhaltigen Erzeugnissen sieht, der steht als Gartenbauer am Ziele seiner Wünsche. Dazu besitzt die niederländische Landwirtschaft eine Organisation, die geradezu einzigartig ist, und die in Amsterdam ihre Zentrale hat, die von Staats wegen gefördert wird, wie selten in irgendeinem anderen Lande. Wie steht gegenüber all diesem der Aachener Gemüsebauer und Landwirt da? Aachen war während des Krieges Aufmarschgebiet. Die Heereszügen zogen unausgesetzt hin und her durch das Aachener Gebiet. Alles, was der Aachener Bürger aufbringen konnte, hat er gern und freudig den hin- und herziehenden Truppen gegeben. (Zuruf des Abgeordneten Dr. Schüler: Bravo!) Dann kam eine zehnjährige Besatzungszeit mit all ihren Drangsalierungen und Schikanen, ihren Sorgen und Nöten. Darauf folgte die Separatistengeschichte, die gerade in Aachen wüste Orgien feierte. Und als der Aachener Gemüsebauer und Landwirt ganz geschwächt war, kam die Inflation und nahm ihm das Letzte. Jetzt hat er nicht die Mittel, sich irgendwie die Einrichtungen zu schaffen, wie es dem Niederländer und dem Belgier möglich ist.

Dann wollte ich noch auf ein weiteres aufmerksam machen, was die Aachener Landwirte und Gemüsebauern schwer bedrückt. Es ist folgendes: Den auswärtigen Gemüsebauern ist zwar der Markt insofern verschlossen, als ihnen kein Gewerbeschein ausgestellt wird; aber auf Bestellung hin kann er liefern. Dann ist es, wie mir von autoritativer Stelle mitgeteilt worden ist — ich habe es schriftlich bei mir — dem

Ausländer möglich, auf dem Aachener Markt einen Stand zu erwerben. (Hört, hört! bei den Nationalsozialisten.) Kühleier werden, wie mir ebenfalls von hoch angesehener Stelle geschrieben wurde, den ganzen Winter hindurch als Frischeier sehr teuer verkauft, und die Aachener Bevölkerung läßt sich nicht davon abhalten, sie zu kaufen. Die Unkenntnis des Volkes über die Qualität der Ware wird ausgenutzt bis zum äußersten. Durch Sachverständigengutachten ist wiederholt festgestellt worden, daß die ausländische Ware keineswegs besser und auch keinen Deut billiger ist als die einheimische. Sie kennen alle — die Geschichte bestätigt es auf jedem Blatt — die Vorliebe des Deutschen für das Ausland. So ist es auch mit den ausländischen Waren.

Was kann hier geschehen? Zunächst muß dafür gesorgt werden, daß technische Einrichtungen geschaffen werden. Der Landwirt muß auf dem Gebiete des Gemüsebaues die Einrichtungen treffen können, wie der Holländer und der Belgier sie in seinen Gewächshäusern hat. Auf dem Gebiete der Geflügelzucht muß es ihm möglich gemacht werden, dafür zu sorgen, daß er gesunde und der Zeit entsprechende Geflügelfarmen anlegen kann. Ferner bedarf es einer gründlichen Verbesserung der Butter- und der Käseproduktion und einer Organisierung des Frischmilchabfahes. Sodann muß die Bevölkerung aufgeklärt werden, besonders die Frauen, durch deren Hand 80 Prozent der gesamten Produktion gehen.

Was kann der Staat, was kann die Provinz hier tun? Der Herr Landeshauptmann hat uns in seiner Statsrede gesagt, daß 4 Millionen für Geflügelhaltung zur Verfügung stehen. Ferner hat er uns mitgeteilt, daß 20 Millionen aus dem Westfonds für die Rheinprovinz zur Verfügung gestellt werden, und zwar 10 Millionen zur Förderung und Organisierung des Abfahes. Hier möchte ich die Bitte an die Provinz richten, dafür Sorge zu tragen, daß die Grenzgebiete, und zumal das notleidende Aachener Gebiet, in erster Linie berücksichtigt werden. (Zuruf des Abgeordneten Dr. Stein: Sehr gut!)

Verehrte Damen und Herren! Der Weise von Weimar hat in allgemeinem und höherem Sinne gesagt: „Wir alle leiden am Leben!“ Dieser Ausspruch, rein materiell gefaßt, paßt heute auf das ganze deutsche Volk, namentlich aber auf die Grenzbewohner des Aachener Bezirks. Eile tut Not! Möchte daher die Provinzialverwaltung und durch sie der Staat und das Reich Mittel und Wege suchen, um diesen bedrückenden Zuständen ein baldiges Ende zu bereiten. (Beifall bei der Wirtschaftspartei und rechts.)

Vorsitzender Dr. J a r r e s: Das Wort hat Herr Abgeordneter N o h l.

Abgeordneter N o h l: Der Nationalsozialist Ley hat einleitend ein Zitat von August Bebel gebraucht, daß Religion und Sozialismus sich vertragen wie

Feuer und Wasser. Er scheint aber die Werke Bebel's nicht genug studiert zu haben. Seinerzeit, als Herr Ley noch nicht die große Sendung in sich verspürte, den marxistischen Drachen zu töten, hat August Bebel auch schon etwas über seine Vorfahren geschrieben. Da schrieb er nämlich, daß der Antisemitismus der Sozialismus der dummen Kerle ist. Das hat allerdings Herr Ley nicht gewußt.

Wenn er sich hier aufspielt als Schützer der Kleinbauern und dabei die Kollektivisierung in Sowjetrußland anführt, um zu beweisen, daß sie der Tod der Bauernschaft ist, dann empfehlen wir ihm, sich ebenfalls etwas in das Studium der Werke von Stalin zu vertiefen. Vielleicht begreift er dann, warum die ganze europäische Öffentlichkeit, soweit die Kapitalisten und Großagrarien in Frage kommen, so außerordentlich aufgeregt ist über die Kollektivisierung in Sowjetrußland. (Zuruf der Abgeordneten Frau Esser: Sehr gut!) Man könnte das Zitat aus dem kommunistischen Manifest heute variieren: „Ein Gespenst geht um in Europa, das Gespenst der Kollektivisierung!“ (Bravo! bei den Kommunisten.) Dieses Gespenst der Kollektivisierung hat alle Großagrarien, alle Profitjäger, alle jene, die von dem Schweiß und dem Blut des werttätigen Volkes leben, aus ihrer Ruhe aufgeschreckt, und mit Krummstab und Rutte, mit Panzerkreuzern und Maschinengewehren möchte man das Gespenst der Kollektivisierung der Landwirtschaft in Sowjetrußland beschwören. Das ist wohl auch der Hauptgrund, warum besonders die Herren von der schwarzen Couleur so betriebsam geworden sind, so außerordentlich aktiv im Kampf gegen die Kommunisten und die „bolschewistische Gefahr“ mit Bibel und Kreuzifix beschwören wollen. Das haben schon andere Leute mit wirksameren Mitteln versucht, zur Zeit der Interventionskriege, als die Frage welt-historisch entschieden wurde, ob die Revolution marschieren wird, oder ob man sie aufhalten kann. Die Geschichte hat ihr Urteil gesprochen. Auf einem Sechstel des Erdballes herrscht heute der Sozialismus, herrscht die Kollektivarbeit, herrscht die siegreiche arbeitende Klasse! (Zuruf des Abgeordneten Dunder: Bravo!) Und in der Vorahnung der Niederlage in Westeuropa schreien heute die Großagrarien über Stalins Kollektivisierung. Wir haben die feste Ueberzeugung, daß auch in Westeuropa die Kollektivisierung der Landwirtschaft, wie sie in Sowjetrußland besteht, Schule machen wird, wie das Beispiel der russischen Proletarier im Oktober 1917 in Westeuropa Schule gemacht hat und sich heute Millionen trotz der Verfolgung, trotz Kerker, Zuchthaus und Massenmord an unseren Führern zur Fahne Lenins, zur Fahne der russischen Revolution bekennen. (Zuruf eines Nationalsozialisten: Zur Fahne des Hungers!) Da nutzt auch das Geschrei der kleinen Geister aus dem national-

sozialistischen Lager nichts. Es haben schon andere Leute versucht, dagegen etwas zu machen.

Wenn Sie, meine Herren, über die „Not der russischen Bauern“ sprechen, dann sagen wir Ihnen: Kehren Sie erst einmal vor der eigenen Tür. Sorgen Sie erst einmal dafür, daß die deutschen Kleinbauern eine Lebensexistenz finden. Ihre Presse schreibt hier auf der ersten Seite in großen Schlagzeilen: „Die Russen wollen die Bauern ausrotten!“ Sie erdreisten sich, unter Assistenz der abgeschobenen sozialdemokratischen Regierung, 6 Millionen für die ausgewiesenen Kulaken, für die Auswanderer zu bewilligen. Sie selbst müssen aber eingestehen, daß auf den deutschen Märkten die Landflucht der armen Bauern in größtem Maße zunimmt. In einer Notiz aus dem „Düsseldorfer Stadtanzeiger“ vom vorigen Sonntag, vom 6. April, aus Insterburg heißt es:

„In der letzten Zeit haben mehrere kleine Landwirte aus dem Kreise Insterburg Haus und Hof verlassen, weil sie keinen Ausweg mehr aus ihrer verzweifelten Lage finden konnten! (Zuruf des Abgeordneten Dunder: Hört, hört!) Es handelte sich u. a. um einen Siedler und einige kleine Besitzer.“

Wir streiten aber den Großagrariern, den Vertretern der hundertprozentigen landwirtschaftlichen Ausbeutung, das Recht ab, im Namen dieser kleinen Siedler zu sprechen. Sie sind es doch gewesen, die die russischen Seltenprediger, die Mennoniten, im Lager Hammerstein verkommen ließen, welche auswanderten, nicht, weil ihnen das Beten verboten, sondern, weil sie als Kulaken nicht mehr die Arbeitskräfte anderer Proletarier ausbeuten konnten, weil die Sowjetregierung es nicht duldete, daß es Kulaken gab, die Hunderte und aber Hunderte Landarbeiter ausbeuteten (Zuruf des Abgeordneten Dunder: Sehr richtig!) und sich selbst einen guten Tag machten. (Zuruf des Abgeordneten Haake: Ihr schmeißt alles durcheinander!) Sie sind aus diesem Grunde, und nicht wegen Religionsverfolgung, ausgewandert. Was habt Ihr, nachdem Ihr von dieser Sowjetheke den Profit geschöpft habt, mit diesen Bauern getan? Ihr habt im Lager Hammerstein 100 Kinder dieser Kulaken einfach umkommen lassen. (Zuruf der Abgeordneten Fräulein Otto: Sehr richtig!) Ihr habt nichts getan. Die 6 Millionen sind in die Taschen der Großagrarien und der Bürokraten gewandert, und Ihr habt diese Kulaken, die Ihr als Propagandamittel gegen die Sowjetunion benutzt habt, im Elend verkommen lassen. Das ist das „Christentum der Tat“, so sieht es aus. Wenn solche Leute dann davon reden, daß sie etwas für die Landwirtschaft tun wollen, dann denkt man immer, daß sie nur ihre eigene Tasche, ihren eigenen Geldsack im Auge haben. (Zuruf des Abgeordneten Haake: Warum habt Ihr denn die Kollektivierung abgebremst?) Die Kollektivierung ist abgebremst worden, weil hier ein Kampf auf weite Sicht geführt wird, weil die russischen

Arbeiter wissen, daß, wenn sie ein großes Gebiet erobert haben, sie die Stellung halten und erst ausbauen müssen. (Zuruf des Abgeordneten Dunder: Sehr richtig!) Das entspricht der revolutionären Strategie einer siegreichen Klasse. Daß den Nationalsozialisten, die von Militärstrategie keine Ahnung haben, sondern sich während des Krieges in der Etappe als Steigbügelhalter des „Ritters von Charleville“ betätigten, dafür der Verstand abgeht, daß sich die Arbeiter Sowjetrußlands im Kampfe um die Wirtschaft auch mit militärischen Fragen befassen, das können wir begreifen. Das hängt natürlich von der Gehirns-Substanz ab.

Noch ein Wort zu der Sowjetheze bezüglich der Verfolgung der Religion. Die Zentrums- und Arbeiterpresse hat ja auch die Annahme, die Frechheit besessen, den Fall in Ver- und mit den Kommunisten in Verbindung zu bringen und den Kommunisten gegenüber die schamlose Unterstellung auszusprechen, daß sie die Schamlosen sein könnten. Dieselbe Presse erdreistet sich auch zu schreiben, daß der Bischof von Perm wegen seiner Einstellung gegen das Sowjetregime erschossen worden sei. Dabei paßte diesen Pressekulaken — anders kann man diese Leute nicht nennen — das Malheur, daß derselbe Bischof von Perm einige Tage darauf höchstselbst, in eigener Person, ein Dementi an die westeuropäische Kanalpresse schickte, daß er sich noch wohl fühle unter dem Sowjetregime und nicht daran denke, ins „Jenseits“ zu gehen, daß er von den westeuropäischen Kanalpresseredakteuren schon dreimal erschossen wurde, aber immer noch ganz gut dabei weggekommen ist.

Vorsitzender Dr. Fares: Herr Abgeordneter, ich muß Sie zur Sache rufen. Ich habe aus Ihren bisherigen Ausführungen noch kein Wort zur Landwirtschaft gehört, die zur Erörterung steht.

Abgeordneter Wohl (fortfahrend): Ich stelle fest, daß diese Engherzigkeit gestern, als die Nationalsozialisten sprachen, nicht in dem Maße zutage trat. Wir sind aber bereit, auch auf die rheinische Landwirtschaft einzugehen, um gegenüber den Ritters von Ar und Palm in der Landwirtschaft der Rheinprovinz zu beweisen, daß sie nicht die Interessen der werktätigen Bauern vertreten.

Die kommunistische Fraktion hat eine Anzahl Anträge zum Landwirtschaftsetat gestellt. (Zuruf des Abgeordneten Dunder: Die mußten Sie doch jedes Jahr ab!) Sie hat beantragt, daß eine Summe von 1 Million zur Zinsverbilligung eingesetzt werden soll, um Zinsen für die Kredite der Kleinbauern etwas zu senken und ihre Lage zu erleichtern. Die Fraktion hat dabei in allen ihren Anträgen festgelegt, daß diese Beträge nur an Kleinbauern gegeben werden sollen, die den Ertrag einer Ackerabteilung im Jahre haben, die nicht mehr als 2 bis 3 Hektar Land besitzen, um diejenigen Leute auszuschalten, die darauf aus sind, von der Landwirt-

schaftskammer Subventionen zu bekommen, während sie selbst überhaupt keine Not leiden. Diese Anträge sind in trauriger Einheitsfront von der Sozialdemokratie bis zu den Nationalfaschisten abgelehnt worden. Das ist die eine Seite der „Bauernfreundlichkeit“ dieser Parteien.

Aber wir haben noch einige Feststellungen zu treffen, die sich speziell mit der Entschließung der Zentrumsfraktion und der Arbeitsgemeinschaft befassen. Die Zentrumsfraktion besitzt die Dreifügigkeit, in einer Entschließung zur Lage der Landwirtschaft zu fordern, daß die Schweinefleischpreise durch Schutzzölle soweit erhöht werden müssen, daß es sich lohnt, Brotgetreide als Schweinefutter zu verwenden. Das fordert eine Fraktion, deren Wähler zum größten Teil unter dem Einfluß der Kirche noch Zentrum wählen und sich aus Arbeitern und Kleinbauern rekrutieren, aus jenen 300 000 Arbeitern, die im Rheinland erwerbslos sind und zum größten Teil nicht einmal das trockene Brot haben. Und die Leute, die angeblich „Arbeitervertreter“ sein wollen, die den christlichen Arbeitern vorschwindeln, sie wollten ihre Interessen im Parlament vertreten, verlangen, daß das Brotgetreide an die Schweine verfüttert wird, damit die Arbeiter, vom Hunger gepeitscht, in die Betriebe gehen, sich dort zu Hungerlöhnen anbieten und zu Lohndrückern werden. Das ist die wahre Politik der Zentrumsfraktion, wie sie hier zum Ausdruck kommt.

Nun ein Wort zu der Schutzollpolitik, die die Sozialdemokratie hier angeführt hat. Herr Gerlach hat behauptet, die Sozialdemokraten hätten nur einmal die Todssünde begangen, gleitende Zölle und ein Agrarprogramm mitzuschaffen. Er sagte dann weiter, wir sollten den Beweis dafür erbringen, daß durch diese Agrarpolitik der Sozialdemokratie die Reallohne gesenkt worden seien. Der Beweis kann erbracht werden durch die Statistik des Reichsamtes über Löhne und Gehälter. Darin wird ausgeführt, daß seit dem Oktober 1929 infolge der Schutzollpolitik, infolge der hohen Zölle der Reallohn um 13 Prozent gesenkt wurde. Wo sind aber die Gewerkschaftsführer geblieben, die dafür eintreten mußten, daß diese 13 Prozent auf die Löhne draufgeschlagen wurden? Wir stellen fest, daß die Sozialdemokratie und die Gewerkschaftsbürokratie alles getan haben, um eine Lohnerhöhung zu verhindern, um die Kapitalbildung der Trustherren zu stärken, um sich durch diese arbeiterverräterische Politik die Ministerfessel zu sichern. Das ist die praktische Politik der Sozialdemokratie gewesen. Wenn jene Leute heute eine Scheinattade gegen Hugenberg und Brüning reiten, dann sagen wir ihnen: Die Sozialdemokratie ist es gewesen, die dieses Programm erst aufgestellt hat, die dieses Bett, in dem jetzt Hugenberg und Brüning Hochzeit feiern, erst gemacht hat. Das ist in Wirklichkeit die Politik der Sozialdemokratie in der Regierung der großen Koalition gewesen. Und wenn die Sozialdemokratie nicht aus den Ministerfesseln herausgeflogen

wäre, dann würde sie auch die Schutzollpolitik von Hugenberg, Brüning und Schiele mitgemacht haben. Ich stelle objektiv fest, daß die sozialdemokratischen Minister bereit waren, das Steuerdeckungsprogramm von Hugenberg und Schiele durchzuführen, daß die Sozialdemokratie bereit war, die Arbeitslosenversicherung weiter abzubauen, daß Severing und Hermann Müller in der entscheidenden Kabinettsitzung gesagt haben: Wir sind bereit, auch das noch zu tun, um die große Koalition im Interesse der Gesamtheit des Volkes nicht hochfliegen zu lassen. (Zuruf des Abgeordneten Hoffmann: Unfinn!). Es waren die Deutsche Volkspartei und das Zentrum, die erklärt haben: „Wir brauchen euch nicht mehr!“ Sie haben der Sozialdemokratie den Fußtritt gegeben für die Rentendienstleistungen, die sie an der Arbeiterschaft begangen hat.

Wenn die Herren vom Zentrum hier davon sprechen, daß die Not der Kleinbauern groß ist, dann unterschreiben wir das, obgleich wir dabei gleichzeitig anmerken müssen, daß die Not der Arbeiterschaft im Rheinlande und bei den 300 000 Erwerbslosen zum mindesten gerade so groß, wenn nicht noch größer ist. Wir beschränken uns dabei aber ausdrücklich auf die Feststellung, daß hier nur die Kleinbauern in Frage kommen. Aber die Herren vom Zentrum, die die Anträge für die Landwirtschaft hier stellen, denken dabei nicht an die Kleinbauern, sondern sie denken dabei an die paar Großbauern, die in der Rheinprovinz noch über die Kleinbauern herrschen. Die Verschuldung unter den Kleinbauern ist so weit fortgeschritten, daß 89 Prozent aller Kleinbauern vollständig verschuldet sind, daß die Schuldenlast pro Hektar 280 bis 300 RM in der gesamten Rheinprovinz beträgt. Die 2½ Milliarden Zinsen kennzeichnen am besten die Zinsknechtschaft, unter der die Kleinbauern der Rheinprovinz seufzen. Es ist schon so, daß die Kleinbauern, wenn sie 10 und 12 Stunden pro Tag auf ihrem Acker arbeiten müssen, kaum 20 Pfennig Stundenlohn verdienen; so schlecht werden sie bezahlt für ihre Produkte. Aber daran ist nicht die Arbeiterschaft schuld, sondern daran ist schuld die Großindustrie, das Großkapital, das den Arbeitern solche Hungerlöhne zahlt, daß sie nicht imstande sind, die Produkte der kleinen Landwirte: Eier, Brot, Fleisch, Gemüse und Kartoffeln in dem Maße zu konsumieren, wie es zur Erhaltung der Familie notwendig ist. Die Schuld liegt also nicht an den Arbeitern, sondern an den Großagrariern. Hier muß man feststellen, daß gerade das Zentrum durch die Wucherpolitik, durch die Schutzollpolitik die Grundlage für die Erhöhung der Lebensmittelpreise legt. Selbst der „Stadtanzeiger“ muß in der heutigen Nummer schreiben, daß durch diese Schutzollpolitik der Regierung Schiele-Brüning die Lebensmittelpreise in den Städten gewaltig in die Höhe schnellen werden. Er schreibt dann weiter: „Das wäre schließlich alles noch zu extragen, wenn man nur wüßte,

daß die geplanten Maßnahmen auch sorgfältig darauf zugeschnitten werden, den bäuerlichen Besitz, den Mittel- und den Kleinbauern zu schützen.“

Sowohl, die Anträge der Kommunisten sind darauf zugeschnitten, die Interessen der Klein- und Mittelbauern zu wahren. Aber die Anträge der Zentrumsfraktion, der bürgerlichen Arbeitsgemeinschaft und der übrigen Fraktionen, außer den Kommunisten sind darauf zugeschnitten, den Mittel- und Kleinbauer zu betrügen und den Großagrariern die Taschen zu spicken. So sieht ihre Politik in der Praxis aus.

Die Zentrumspartei hat bereits im Jahre 1927 durch die Hochschutzollpolitik allein an Schweinefleischzöllen 100 Millionen in die Taschen der deutschen Großagrariere gespielt. Wir wollen dabei nicht vergessen, daß die Sozialdemokratie es gewesen ist, die vor dem Abgang der Bürgerblockregierung im August 1927 durch die Zustimmung zu dem 300-Millionen-Notprogramm der Landwirtschaft erst die Basis für den ungeheuren Zollwucher schuf, und daß es die Sozialdemokratie gewesen ist, die, bis sie den Fußtritt bekam, für alle Schutzollforderungen der Zentrumspartei und der Deutschnationalen eingetreten ist. (Zuruf des Abgeordneten Verlach: Dabei haben die Deutschnationalen unsere Anträge abgelehnt!) Das möchte jetzt die Sozialdemokratie durch einen Scheinradikalismus vor den Wählern verbergen. Sie hat Angst, sich vor den Wählern verantworten zu müssen. Aber wir Kommunisten stellen im Interesse der Objektivität und der geschichtlichen Wahrheit fest, daß es die Sozialdemokratie war, die immer zum Henter des arbeitenden Volkes geworden ist und die alles getan hat, um die Diktatur des Trust-Kapitals und der Bürgerblockregierung vorzubereiten. Das ist die historische Mission der Sozialdemokratie, und das wird die historische Mission der Sozialdemokratie bleiben bis zu dem Augenblick, wo die Klassengegensätze sich so zuspitzen, daß die Bourgeoisie ohne die Agenten des Kapitals nicht mehr auskommen kann und sie wieder in die Regierung hineinnimmt. (Zuruf des Abgeordneten Kurth: Sie schwätzen sich was zusammen!)

Die jetzige Politik, die auch hier in den Anträgen der Zentrumspartei vertreten wird, bewirkte, daß die Roggenpreise, die in kurzer Zeit an der Berliner Börse um 55 Prozent gestiegen sind, nach der neueren Schutzollvorlage der Regierung, die heute entschieden werden soll, um 30 RM pro Tonne gesteigert werden, daß die Futtermittelpreise ebenfalls durch die neuen Zölle steigen. Diese Futtermittelzölle sind es gerade, die den Kleinbauer ruinieren. Es ist kein Zufall, daß nach einer Notiz der „Welt am Montag“, also einer ganz unverdächtigen Quelle, der Oldenburgische Landtag unter Zustimmung der Zentrumsfraktion am 1. April eine Entschließung gefaßt hat, in der die sofortige Aufhebung der Futtermittelzölle gefordert wird, weil sie die kleinen Landwirte ruinieren. Das zeigt die Deman-

gogie der Zentrums politik: Im Oldenburgischen Landtag verlangen Sie im „Interesse“ der rebellierenden Kleinbauern Aufhebung der Futtermittelzölle, und im Rheinischen Provinziallandtag verlangen Sie im Interesse der Herren Lünings und von Loë eine Verschärfung der Schutzollpolitik. Dieses Doppelspiel muß vor den christlichen Arbeitern gebührend aufgezeigt werden.

Wenn wir aber erkennen wollen, wie die „notleidenden Landwirte“, die hier im Provinziallandtag auftreten, aussehen, dann müssen wir uns einmal das Einkommen des „hungernden Landwirts“ von Lünings betrachten, des Leiters der Landwirtschaftskammer. Dieser Mann hat nach den Statistiken der Landwirtschaftskammer in den letzten Jahren 10 000 RM pro Jahr als Aufwandsentschädigung bekommen (Zuruf des Abgeordneten Dunder: Hört, hört!), 8000 RM Vergütung von der Saatkartoffelstelle der Landwirtschaftskammer, 10 000 RM Wohnungsgeldzuschuß und 12 000 RM Tagelöhner und Speisen. Also insgesamt 40 000 RM bekommt dieser „notleidende Landwirt“, in dessen Schlepptau die Zentrumsfraktion läuft. (Zuruf des Abgeordneten Dunder: Alles Nebenverdienst, ohne das, was er sonst noch hat!) Natürlich, das sind nur die Taschengelder; dazu kommen noch die ungeheuren Einkünfte vom Rittergut und die sonstigen Nebeneinnahmen, die dieser Ritter von Ur und Halm jedes Jahr bekommt. (Zuruf des Abgeordneten Dunder: Das sind die Nachfolger Christi, der nicht wußte, wo er sein Haupt hinlegen sollte!)

Aber es gibt auch sonst noch einige Kulaken, die es ebenfalls sehr gut verstehen, auf Kosten der hungernden Bauern der Rheinprovinz sich Gelder hereinzuschaffen, so der Pastor vom Embken. (Zuruf des Abgeordneten Dunder: Der Vertreter Gottes auf Erden!) Er wird dem Zentrum wohl gut bekannt sein. Er hat nicht weniger als 42 Morgen Ackerland, die er an 28 Pächter untervermietet. Er hat den Pachtpreis von 1200 Mark pro Morgen im Jahre 1914 auf 5200 RM insgesamt gesteigert (Zuruf links: Unerbört!), also das Vier- bis Fünffache. Solche Wucherpachten bringen allerdings der Kirche allerhand ein, und man kann es verstehen, daß die Kirche gegen Sowjetrußland heßt; sie hat Angst, daß sie diese materialistischen Unterlagen ihrer „religiösen“ Auffassung sehr vermissen wird, wenn die Bolschewisten auch in Deutschland einmal dazu übergehen werden, das Land, das man in Jahrhunderten den Arbeitern und Kleinbauern geraubt hat, der Allgemeinheit wieder zuzuführen (Zuruf des Abgeordneten Dunder: Sehr richtig!), und diese Wucherpachten verschwinden. Es muß doch im Interesse der objektiven Wahrheit festgestellt werden, daß es die Kirche gewesen ist, die die Kezerverbrennung und die Hegenwerfaltung nicht allein im Interesse ihrer religiösen Auffassung durchgeführt, sondern sie systematisch dazu benutzt hat, um Länder zusammenzuräubern, um sich das Fundament für ihre Weltherrschaft zu schaffen. Aber dieses

Kapitel der Religionsgeschichte möchten die Herren vom Zentrum nicht gerne aufgeschlagen haben, denn das würde bedeuten, daß ihre ganze Demagogie in der Rußlandbege offen zum Ausdruck käme und allen Gläubigen sichtbar würde. Deswegen schimpfen sie, deswegen lassen sich sogar die Stellvertreter Christi im Provinziallandtag dazu hinreißen, zu erklären: wenn unsere Kirche, d. h. unser Grundbesitz, unsere Profitwirtschaft, angegriffen wird, dann sind wir bereit, sie sogar mit dem Revolver gegen die Bolschewisten zu verteidigen, um wortwörtlich die Aeußerungen des Herrn Pfarrers von Itter in der gestrigen Sitzung des Provinziallandtages noch einmal zu wiederholen. Jawohl, die streitbare Kirche hat es seit jeher verstanden, ihren Profit zu verteidigen. Sie hat es auch in der russischen Revolution verstanden, und die russischen Arbeiter haben darauf die Antwort gegeben, daß, wenn die Geistlichen sich in Dinge mischen, die mit Religion nichts zu tun haben, sondern im vitalsten Interesse der Millionen der Ausgebeuteten liegen, sie unter den Begriff der „Konterrevolutionäre“ fallen (Zuruf des Abgeordneten Dunder: Sehr gut!) und dann in die Kategorie eingereiht werden, in die auch die deutschen Militaristen 1914 die belgischen Franktireur-Geistlichen eingereiht haben.

Wir haben vorgeschlagen, die Summen, die für die Zinsverbilligungsaktion, für die Meliorationen und Flußregulierungen im Interesse der Kleinbauern notwendig sind, durch Streichungen an verschiedenen Etatspositionen zusammenzubringen. Das ist abgelehnt worden. Wir wollen im Interesse der kleinen Landwirte die Summen für Meliorationen, Flußregulierungen usw. so verteilt haben, daß sie nicht den Großbauern in die Tasche gesteckt werden. Wir wissen z. B. aus der Praxis der Niersregulierung, daß dort die Anlieger, die das versumpfte Land am Flußlauf den Kleinbauern verpachtet haben, die Zuschüsse in die Tasche gesteckt haben, während die Leute, die das versumpfte Pachtland am Flußlauf haben, die gesamten Anliegerkosten bezahlen mußten. So werden die Kleinbauern um das Geld betrogen, das man hier im Provinziallandtag mit einer Geste für die „notleidende Landwirtschaft“ bewilligt. Auch das muß hier einmal festgestellt werden.

Unser Standpunkt ist der — das sagen wir ganz offen —, daß die Kleinbauern niemals aus ihrer Notlage herauskommen können, wenn sie sich weiter von den Großagrariern, den Großausbeutern ins Schlepptau nehmen lassen. Eine Besserung kann für sie nur eintreten, wenn sie sich verbünden mit dem Proletariat, mit den Millionen Massen der Ausgebeuteten, die weder Ur noch Halm, weder Haus noch Hof besitzen, die nicht einmal eine Manjarde haben, sondern als überflüssiges Menschenmaterial in Baracken und Eisenbahnwaggons gesteckt werden. Wir sagen den Kleinbauern: Nicht eher wird eure Lage gebessert werden, als bis wir durch den proletarischen Machtkampf zur Konfiskation des Groß-

grundbesitzes übergehen. Wenn sie dafür sorgen, daß die gesamte landwirtschaftliche Großindustrie vergesellschaftet und sozialisiert wird, und die Grundrente, die Pachtrente wegfällt, dann können auch die Kleinbauern auf ihrem Lande wirtschaften. Wir sagen natürlich den Bauern, daß sie sich noch besser stehen werden, wenn sie zur Kollektivierung übergehen, wenn sie ihre kleinen Parzellen zu einer gemeinsamen Bewirtschaftung zusammenschließen, um die Kosten für die Inbetriebhaltung der Wirtschaft herabzusetzen. Wenn die Großindustrie den Kommunisten deshalb zum Vorwurf macht, daß sie das Individual Eigentum aufheben wollen und den Kleinbauern darum die Kollektivierung predigen, dann fragen wir die Herren Silverberg & Co., die hier sitzen, einmal:

Haben Sie danach gefragt, ob die Kleinindustriellen, die Kleinfabrikanten damit einverstanden waren, wenn Sie ihre Aktien aufgetauft, wenn Sie durch einen Monopolkampf die ganzen Fabriken stillgelegt und diese kleinen Fabrikanten ins Proletariat geschleudert haben? Da haben Sie nicht geschrien über die Sozialisierung, über die „Verbrechen der Kollektivierung“. Da haben Sie geschrien: „Rationalisierung ist notwendig im Interesse der Weltgeltung der deutschen Volkswirtschaft“ — jawohl, der internalen Profitjäger. Wir aber sagen: Kollektivierung ist notwendig im Interesse der proletarischen Weltrevolution, im Interesse der Formierung der Millionenarmee der Arbeiter und Bauern. Kollektivierung ist notwendig zur Abwehr der imperialistischen Kriegsbeher. Kollektivierung ist notwendig, um die Proletarier zusammenschweißen zum Kampf gegen die Ausbeuter. Darum geht unser Ruf an die Proletarier und die Kleinbauern aller Länder, besonders an die Kleinbauern der Rheinprovinz, über die Köpfe dieses Parlaments, das ja nur einen historischen Geschichtsschnitt in der Versumpfung des deutschen Parlamentarismus widerspiegelt, hinweg, sich zusammenzuschweißen mit den Proletariern und die Finanzbeamten des Großkapitals aus den Ausbeutungsstätten hinauszujagen. Wir wollen die Proletarier und die Kleinbauern unter der roten Fahne sammeln zum Kampf gegen alle Ausbeuter, ob sie in der schwarzen Mäntel stecken oder den Hahnenschwanz am Hute tragen. (Lauter Beifall bei den Kommunisten.)

Vorsitzender Dr. Jarres: Es ist ein Antrag auf Schluß der Besprechung eingegangen. (Bravo!) Der Antrag bedarf der Unterstützung von 10 anwesenden Abgeordneten. Ich frage, ob die Unterstützung vorhanden ist. — Das ist der Fall. Es sind noch zum Wort gemeldet die Herren Albert, Dr. Schüler und Tenhaeff. Die Fraktionen, denen diese Herren Abgeordneten angehören, sind bereits in der Besprechung zum Wort gekommen. Der Antrag auf Schluß der Besprechung ist also zulässig. Ich bitte diejenigen, die für den Antrag auf Schluß der Besprechung sind, sich zu erheben. — Das ist die Mehrheit. Die Besprechung ist geschlossen.

Das Wort zu einer persönlichen Bemerkung hat Herr Abgeordneter Renner.

Abgeordneter Renner: Herr Dr. Ley hat aus der Tatsache, daß ich nicht in der Mächelsgasse verkehre, sondern im Wartesaal I. und II. Klasse, Essen, Hauptbahnhof meine Mahlzeiten einzunehmen pflege, den Schluß gezogen, daß ich ein schlechter Kommunist sein müsse. (Zuruf des Abgeordneten Haake: Die sind alle schlecht! Antwort des Abgeordneten Dunder: Ihr wißt ja selber nicht, was Ihr wollt!) Daß ich dort verkehre, weiß er von seinem Fraktionsgenossen Terboven, der dort auch Stammgast ist. (Heiterkeit.)

Uebrigens bin ich in puncto Alkohol fast völlig abstinenz, nicht aus besonderer Tugendhaftigkeit, sondern weil ich den Alkohol nicht vertrage. Herr Ley verträgt den Alkohol auch nicht, trotzdem liebt er ihn glühend. (Heiterkeit.)

Der Wartesaal I. und II. Klasse in Essen ist kein Luxusrestaurant. (Sehr richtig! im Zentrum.) Herr Ley sollte mit derartigen Andeutungen vorsichtig sein. Er selbst weiß den Wert eines luxuriösen Lebens sehr zu schätzen. Beweis: Öffentliche Versammlung in Saarbrücken im Gustav-Adolf-Haus.

Vorsitzender Dr. Jarres: Herr Abgeordneter, ich muß Sie unterbrechen. Das ist keine persönliche Bemerkung. Sie greifen an und weisen keine Angriffe zurück.

Abgeordneter Renner: Nun ja, ich weiß den Wert eines luxuriösen Lebens nicht so sehr zu schätzen wie Herr Dr. Ley, der in einer Versammlung in Saarbrücken ausdrücklich gesagt hat: Es ist doch herrlich, als Reichstagsabgeordneter von Nord nach Süd, von Ost nach West durch ganz Deutschland, in ein weiches Polster gelehnt, auf der Eisenbahn fahren zu können.

Vorsitzender Dr. Jarres: Zu einer persönlichen Bemerkung Herr Abgeordneter Dr. Ley.

Abgeordneter Dr. Ley: Meine Damen und Herren! Herr Renner hat in den Tagen seines Hierseins seinen politischen Kampf gegen mich immer mit derartigen Geistesblitzen, und zwar stets mit denselben, mit dem Zuruf: „Kirschwasser“ oder sonst was geführt. (Zuruf des Abgeordneten Steinbüchel: Ober Mächelsgasse!) Herr Renner hat dann das Märchen vorgetragen, weshalb seinerzeit die „Sozialistische Republik“ schon verurteilt worden ist, und zwar hat damals die „Sozialistische Republik“ öffentlich erklären müssen, daß an diesem Märchen von der Mächels- und Weißbüttengasse kein wahres Wort sei. (Zuruf des Abg. Dunder: Es war also nicht die Mächelsgasse, sondern eine andere Gasse!)

Meine Damen und Herren! Herr Renner hat dann eben gesagt, daß er fast abstinenz wäre. Ich hoffe, daß er nur an dieser einen Kinderkrankheit leidet, daß er nicht noch eine weitere hat. Ich fürchte aber, daß er den Rat Fr. Ottos annehmen und sich ein neues Ge-

Hirn einbauen lassen muß. (Zuruf des Abgeordneten Dunder: Das war sehr schwach!)

Vorsitzender Dr. Jarres: Wir kommen zur Abstimmung. Zur Abstimmung Herr Abgeordneter Dunder.

Abgeordneter Dunder: Bei der Schnelligkeit, mit der gestern hier geritten wurde, waren wir leider nicht in der Lage, bei einem Punkte das vorzubringen, was ich jetzt sagen will. Ich beantrage, daß von Punkt 2 bis einschl. 22 getrennte Abstimmung vorgenommen wird.

Vorsitzender Dr. Jarres: Es ist getrennte Abstimmung beantragt. Ich lasse zunächst über die laufende Nr. 2 abstimmen. Ich bitte diejenigen, die für den Antrag des V. Sachausschusses sind, sich zu erheben. Das ist die Mehrheit. Es ist so beschlossen.

Ebenso zu Nr. 3. Wer für diesen Antrag des V. Sachausschusses ist, den bitte ich, sich zu erheben. Das ist die Mehrheit.

Ich rufe die einzelnen Nummern auf: Nr. 4. — Das ist die Mehrheit. Nr. 5. — Auch das ist die Mehrheit. Nr. 6. — Dieselbe Mehrheit. Nr. 7. — Desgleichen Nr. 8. — Desgleichen. Nr. 9. — Desgleichen. Nr. 10. (Zuruf des Abgeordneten Dunder: So kann das doch nicht gehen!) Selbstverständlich kann das so gehen, es wird auch weiter so gehen. Nr. 10. — Dieselbe Mehrheit. Nr. 11. — Dieselbe Mehrheit. Nr. 12. — Dieselbe Mehrheit. Nr. 13. — Dieselbe Mehrheit. Nr. 14. — Dieselbe Mehrheit. Nr. 15. — Das gleiche. Nr. 16. — Desgleichen. Nr. 17. — Desgleichen. Nr. 18. — Desgleichen. Nr. 19. — Desgleichen. (Zuruf des Abg. Simon: Nr. 19 nicht desgleichen!) Nicht genau das Gleiche, aber die Mehrheit des Hauses ist auch bei Nr. 19, wie ich ausdrücklich feststelle, für die Annahme des Antrages des V. Sachausschusses. Nr. 20. — Hier gilt daselbe.

Nun lasse ich über den Antrag der kommunistischen Fraktion nach der positiven Seite hin abstimmen, damit etwas mehr Bewegung ins Haus kommt. (Heiterkeit.) Ich bitte diejenigen, die für den Antrag der kommunistischen Fraktion unter Nr. 21 sind, sich zu erheben. — Das ist die Minderheit. Der Antrag ist abgelehnt.

Ich bitte dann diejenigen, die für die Entschliebung der Fraktion des Zentrums, der Arbeitsgemeinschaft, der Wirtschaftspartei und der Fraktion Christlicher Volksdienst und Bauernpartei zur Lage der Landwirtschaft (Drucksache 152) sind, sich zu erheben. Das ist die Mehrheit. Die Entschliebung ist angenommen.

Damit sind die Punkte 2 bis 22 erledigt.

Zur Geschäftsordnung Herr Abgeordneter Dr. Schüller.

Abgeordneter Dr. Schüller: Ich bedauere, daß über die einzelnen Punkte und nicht über die einzelnen Abschnitte abgestimmt worden ist. Unter Nr. 14 sind eine ganze Reihe von verschiedenen Punkten, über die meiner Ansicht nach einzeln abgestimmt werden mußte, ebenso unter Nr. 2.

Vorsitzender Dr. Jarres: Es stand nichts im Wege, einen solchen Antrag zu stellen. Er ist jedoch während der Abstimmung nicht gestellt worden. Infolgedessen war ich berechtigt, über die einzelnen Nummern abstimmen zu lassen.

Meine Damen und Herren! In der Tagesordnung ist ausdrücklich auf den § 16, Abs. 3 der Geschäftsordnung aufmerksam gemacht worden, wonach der Vorsitzende Gegenstände der Tagesordnung, zu denen nach Ablauf einer Stunde nach Beginn der Sitzung keine Wortmeldung mehr vorliegt, außer der Reihe zur Beschlüßfassung stellen kann. Diese Voraussetzung trifft zu auf die laufenden Nummern 32 und 37. Ich stelle diese Anträge zur Besprechung. Ich frage die Herren Berichterstatter, ob sie das Wort wünschen, zunächst zu Nr. 32. (Abgeordneter Vielhaber: Ich verzichte!) Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich bitte dann diejenigen, die für den Antrag des I. Sachausschusses auf Ablehnung sind, sich zu erheben. Das ist die Mehrheit. Es ist so beschlossen.

Zu Nr. 37 frage ich, ob der Herr Berichterstatter das Wort wünscht. (Abgeordneter Dr. Hartmann: Ich verzichte!) Das ist nicht der Fall. Auch sonst liegen Wortmeldungen nicht vor. Ich bitte dann diejenigen, die für den Antrag des I. Sachausschusses gemäß Drucksache 160 sind, sich zu erheben. Das ist die Mehrheit. Diese Vorlage ist ebenfalls angenommen.

Ich habe dann davon Mitteilung zu machen, daß der Ältestenrat in seiner heutigen Sitzung beschlossen hat, den Antrag der Fraktion Christlicher Volksdienst und Bauernpartei, betr. Heilighaltung des Karfreitags und Fronleichnamstags in Orten mit gemischt-konfessioneller Bevölkerung, den damit verbundenen Antrag der Fraktion Christlicher Volksdienst und Bauernpartei, betreffend religiöse Veranstaltungen im Rundfunk, sowie den damit verbundenen Antrag der Zentrumsfraktion nicht auf die Tagesordnung zu setzen, weil er in Uebereinstimmung mit dem I. Sachausschuß der Auffassung ist, daß diese Angelegenheiten nicht zur Zuständigkeit des Landtages gehören. Nach § 12 Abs. 2 der Geschäftsordnung kann entsprechend diesem Beschlusse des Ältestenrates der Antrag gestellt werden, die Punkte doch auf die Tagesordnung zu setzen. Der Antrag muß von 10 Abgeordneten unterstützt werden. Ein solcher Antrag ist hier eben eingelaufen. Er geht dahin, das Haus möge seine Zuständigkeit aussprechen und den Punkt — so darf ich den Antrag wohl auffassen —, noch nachträglich auf die Tagesordnung setzen. Ueber diesen Antrag hat das Plenum zu entscheiden. Die Punkte werden auf die Tagesordnung gesetzt, wenn die Mehrheit des Hauses sich dafür ausspricht. Ich bitte, nunmehr abzustimmen. Ich bitte diejenigen, die der Auffassung der Antragsteller sind und diese Punkte auf die Tagesordnung gesetzt haben wollen, sich zu erheben. (Zuruf: Das ist die Minderheit! Zuruf des Abgeordneten Haake: Das Zentrum stimmt gegen seinen eigenen Antrag!)

Ich bitte die Herren Abgeordneten, Platz zu nehmen, und diejenigen, die nicht stimmberechtigt sind, sich aus dem Saale zu entfernen. Ich bitte nochmals diejenigen, die für den Antrag sind, diese Punkte auf die Tagesordnung zu setzen, sich zu erheben. — Das Büro ist darüber einig, daß jetzt die Minderheit steht. Wird Gegenprobe verlangt? (Zustimmung.) Dann bitte ich diejenigen, die gegen diesen Antrag sind, sich zu erheben. (Zuruf des Abgeordneten Haake: Ein großer Miß im Zentrumsturm!) Das Büro ist darüber einig, daß jetzt die Mehrheit steht. Der Antrag, diese Punkte noch auf die Tagesordnung zu setzen, ist damit abgelehnt.

Im Sinne der mir zu Beginn der Sitzung erteilten Ermächtigung bitte ich, den Antrag des I. Sachausschusses zu dem Antrage der Wirtschaftspartei, betreffend Aufwertung der Sparguthaben (Drucksache 150) noch als Nachtrag auf die heutige Tagesordnung setzen zu dürfen. Dagegen erhebt sich kein Widerspruch. Es ist so beschlossen.

Ich mache darauf aufmerksam, daß um 12 Uhr die Besprechung unterbrochen wird, um die Wahlen vorzunehmen.

Wir kommen zu den verbundenen Punkten 23 bis 26.

Berichterstatter ist Herr Abgeordneter Dr. Lehr. (Zuruf: Verzichtet!) Es steht nichts im Wege, diese Punkte schon zu erledigen, die Wahl wird nachher vorgenommen.

Wird zu Punkt 23 das Wort gewünscht? — Das Wort hat Herr Abgeordneter Haake.

Abgeordneter Haake: Zu der laufenden Nr. 25, bei der es sich um die Neubesetzung der Stelle des Leiters der Jugendwohlfahrt in der Rheinprovinz handelt, hat die Wirtschaftspartei einen Antrag eingebracht, diesen Posten zu sparen.

Wir Nationalsozialisten stehen auf dem Standpunkt, daß ganz besonders an den höheren Beamtenposten im Reich und im Staate gespart werden kann. Wir Nationalsozialisten haben diese Sparpolitik vor allen Dingen in Thüringen durchgeführt, wo der nationalsozialistische Staatsminister Dr. Frick (Zuruf des Abgeordneten Gerlach: sich seine Pension gesichert hat!) dafür gesorgt hat, daß dort mit dem Abbau der höheren Ministerialbeamten, die nicht auf Grund ihrer Sach- und Fachkenntnis, nicht auf Grund ihrer Leistungen und ihrer Tüchtigkeit, sondern lediglich auf Grund ihres Parteibuches seit 1918 in diese Stellen hineingekommen sind, ein Anfang gemacht wird.

Wir Nationalsozialisten sind allerdings in diesem Falle der Meinung, daß der Posten des Leiters der Abteilung Jugendwohlfahrt im Rheinland außerordentlich bedeutungsvoll ist, und zwar darum, weil eine gesunde und starke Jugend, ein gesundes und starkes heranwachsendes Geschlecht das wertvollste Gut eines Volkes und einer Nation ist.

Die Ausführungen des Landeshauptmanns Horion im Sachausschuß, besonders die Bekanntgabe der von ihm eingeholten Referenzen, haben uns davon überzeugt, daß es sich in diesem Falle um einen Herrn handelt, der bestimmt die notwendige Sach- und Fachkenntnis zur Bekleidung dieses Postens hat. Wir Nationalsozialisten legen Wert darauf, daß auch diese Stelle nicht nach dem Parteibuch, sondern nach den Fähigkeiten und Kenntnissen des betreffenden Herrn besetzt wird. (Zuruf des Abgeordneten Dr. Ley: Sehr gut!) Des weiteren wissen wir, daß der vorgeschlagene Herr bisher politisch recht wenig in die Erscheinung getreten ist. Wenn allerdings der Herr Landeshauptmann im Sachausschuß erklärte, daß der vorgeschlagene Herr dem linksgerichteten Zentrumsklügel angehöre, so war uns das, wie mein Freund Dr. Ley bereits ausführte, darum außerordentlich interessant, weil wir da einmal aus autoritativem Munde die Bestätigung dessen erhielten, was wir bei der kürzlich vorgenommenen Wahl gesehen haben, daß in der Tat im Zentrum ein Miß entstanden ist, daß wir einen linken und einen rechten Zentrumsklügel haben. (Zuruf des Abgeordneten Dr. Ley: Sehr gut!) Aber in diesem besonderen Falle sind wir der Meinung, daß die Tatsache, die der Herr Landeshauptmann vorgebracht hat, mehr eine Courtoisie, mehr eine liebenswürdige, beschwichtigende Geste für die Sozialdemokratische Partei sein sollte, mit der stillen Spekulation auf die Dankbarkeit. Diese Spekulation des Herrn Landeshauptmanns hat allerdings praktisch keinen Erfolg gehabt, wie wir feststellen konnten. Wir Nationalsozialisten verstehen die Haltung der Sozialdemokratischen Partei darum, weil es sich in diesem Falle um die Besetzung eines höheren Postens der Rheinprovinz handelt, der eben einmal ausnahmsweise nicht mit einem Sozialdemokraten besetzt werden soll. Daß Herr Landeshauptmann Horion innerlich noch glauben konnte, mit der Dankbarkeit der Sozialdemokratischen Partei rechnen zu dürfen, ist verständlich, denn wir wissen, daß im vergangenen Jahre Herr Haas und Herr Gerlach zum Landeshauptmann Horion hingingen und die Neuerrichtung zweier Landesratsstellen verlangten, trotzdem sie nicht notwendig waren, um diese Landesratsposten mit zwei sozialdemokratischen Leuten zu besetzen. (Zuruf des Abgeordneten Gerlach: Das ist absolut unwahr!) Darüber können Sie sich mit dem Herrn Landeshauptmann unterhalten, Herr Gerlach. Der Herr Landeshauptmann hat im Sachausschuß erklärt, daß Herr Haas mit Ihnen hingegangen sei. Daran läßt sich nichts ändern. Dafür ist der ganze Sachausschuß Zeuge. Darüber kann sich die Sozialdemokratie mit dem Zentrum unterhalten.

Vorsitzender Dr. Farres: Herr Abgeordneter, ich muß Sie unterbrechen. Ihre Redezeit ist abgelaufen. Ich habe Ihnen schon etwas Spielraum gelassen.

Abgeordneter Haake: Wir Nationalsozialisten stimmen dafür

Vorsitzender Dr. Jarres: Ich rufe Sie zur Ordnung.

Abgeordneter Haake: Weil es sich . . . — Der Redner versucht, weiter zu sprechen, wird aber vom Vorsitzenden nochmals unterbrochen. —

Vorsitzender Dr. Jarres: Ich rufe Sie zum zweiten Male zur Ordnung. (Bravo! Zuruf: Auszuschmeißen!) Das Wort hat der Herr Landeshauptmann.

Landeshauptmann Dr. Horion: Meine Damen und Herren! Ich habe nur zwei Dinge zu erklären: Erstens, ich habe mit keinem Wort erklärt, daß der zu wählende Regierungsrat Heder dem linken Zentrum angehört. Zweitens, ich habe mit keinem Wort erklärt, daß seitens der Sozialdemokratischen Partei oder deren Vertreter verlangt worden ist, zwei weitere sozialdemokratische Landesräte anzustellen. (Zuruf des Abgeordneten Gerlach: Hört, hört!)

Vorsitzender Dr. Jarres: Das Wort zur Geschäftsordnung hat Herr Abgeordneter Dr. Ley.

Abgeordneter Dr. Ley: Es ist in allen Parlamenten üblich, daß, wenn ein Redner gerade zu Ende kommt, er den Satz, den er begonnen hat, noch ausführen kann. Im Landtag ist der sozialdemokratische Präsident Bartels so großzügig, daß er sogar einige Minuten Zeit läßt. Ich möchte doch feststellen, daß eine solche Kleinliche Handhabung der Geschäftsordnung nicht etwa den Wert einer Geschäftsordnung erhöht, sondern eine Schikanierung ist. (Sehr richtig! bei den Nationalsozialisten.)

Vorsitzender Dr. Jarres: Herr Abgeordneter Dr. Ley, ich rufe Sie wegen dieses beleidigenden Ausdrucks zur Ordnung.

Zur Sache habe ich folgendes zu bemerken: Ich glaube, jeder hat hier die Beobachtung gemacht, daß sowohl mein Vertreter wie ich mit großer Geduld hingenommen haben, was uns von einzelnen Mitgliedern der Nationalsozialistischen Partei dauernd zugemutet wird. Auch hier habe ich nicht etwa sofort nach Ablauf der fünf Minuten unterbrochen, sondern noch eine kleine Frist gelassen. Ich habe den Herrn Abgeordneten Haake auch seinen Satz beenden lassen. Nachdem aber dieser Satz beendet war, hat er trotz meiner Mahnung nicht nur einen, sondern noch zwei Sätze begonnen und fortgesetzt. Ich lasse mir diese Sachen nicht gefallen. Ich mache darauf aufmerksam, daß, wenn jetzt am letzten Tage noch weiter derartige Ungehörigkeiten grober Art von der nationalsozialistischen Fraktion sich ereignen sollten, ich von meinem Ausschließungsrecht auch noch in letzter Stunde Gebrauch machen werde. (Sehr richtig! Bravo!)

Zur Geschäftsordnung Herr Abgeordneter Haake.

Abgeordneter Haake: Soeben hat der Präsident dieses Hauses die Tatsache, daß ich versucht habe, einen Schlusssatz zu sagen, und zwar im Abgehen, als eine grobe Ungehörigkeit bezeichnet, die er, wenn sie

nochmals vorkommen sollte, mit dem Ausschluß bestrafen will.

Meine Damen und Herren! Wir Nationalsozialisten müssen nach dieser unglaublichen Tatsache der kurz hintereinander folgenden zwei Ordnungsrufe zu der Ueberzeugung kommen, daß man es wieder darauf abgesehen hat, uns jetzt noch für einige Tage auszuschließen (Zuruf des Abgeordneten Haas: Ungehört!), um die Mitarbeit der nationalsozialistischen Bewegung in diesem Hause für die nächste Session zu unterbinden. (Zuruf des Abgeordneten Gerlach: Mitarbeit nennen Sie das? Das ist Sabotage!) Meine Damen und Herren! Wir Nationalsozialisten haben hier sechs Tage lang das Feld beherrscht. (Bravo! und Heiterkeit.) Wir beugen uns jetzt gezwungenermaßen unter die Maßnahme des Präsidenten (Zuruf des Abgeordneten Kohl: Hört, hört!) und geben unseren Kampf auf, damit wir im nächsten Jahre wieder im Interesse des schaffenden rheinischen Volkes hier gegen Sie kämpfen können. (Bravo! bei den Nationalsozialisten.)

Vorsitzender Dr. Jarres: Ich stelle richtig: Ich habe nicht gesagt, daß es eine grobe Ungehörigkeit sei, daß Herr Abgeordneter Haake hier weitergesprochen habe. Ich habe aber gesagt, daß ich, wenn weitere grobe Ungehörigkeiten vorkommen (Zuruf des Abgeordneten Dr. Ley: Es ist ja noch keine passiert! Rufe: Na, na! bei den Sozialdemokraten.), wie wir sie in diesen Tagen erlebt haben, zum Ausschluß schreiten werde.

Wir fahren in der Besprechung fort. Das Wort hat Herr Abgeordneter Dr. Stein.

Abgeordneter Dr. Stein: Meine Damen und Herren! Die Wirtschaftspartei hat unter Nr. 44 der Drucksachen den Antrag gestellt, die durch das Ableben des Herrn Landesrats Dr. Boffen frei gewordene Stelle einzuspüren. Wir sind auch durch die Drucksache 35 des Provinzialausschusses und durch die Ausführungen, die dazu gemacht worden sind, nicht überzeugt worden, daß es unmöglich ist, diese Stelle einzuspüren. Wir verkennen durchaus nicht die Bedeutung, die die Stelle eines Vorstehers des Landesjugendamtes hat. Wir sind ebenfalls der Auffassung, daß sie durch einen Beamten im Hauptamt besetzt werden muß. Wir sind aber der Auffassung, daß ausreichend höhere Beamte bei der Provinz vorhanden sind und daß es durch eine andere Verteilung der Arbeit möglich sein muß, die Stelle einzuspüren.

Meine Damen und Herren! Unser Antrag deckt sich in der Tendenz mit dem gleichfalls vorliegenden Antrage der Kommunistischen Partei unter Drucksache 92. Wir können uns aber diesen Antrag nicht zu eigen machen wegen seiner Begründung. Es steht nämlich in der Begründung, die Erfahrung habe gelehrt, daß die obere Bürokratie doch nur die Gehälter einstecke, während die unteren Beamten die Arbeit machten. Meine Damen und Herren! Das ist einfach

unwahr, es sei denn, daß die Kommunistische Partei damit diejenigen höheren Beamten meint, die durch Parteibuch und Parteibeziehungen in höhere Stellungen hineingekommen sind; da mag die Ansicht zutreffen. (Sehr gut! rechts. Zuruf des Abgeordneten Dunder: Seien Sie unbesorgt, wir werden ja nicht bestätigt!)

Meine Damen und Herren! Wie sehr unsere Befürchtungen, daß der wahre Gedanke des Sparens sich bei der Landesverwaltung noch nicht durchgesetzt habe, berechtigt sind, beweist der vorliegende Antrag unter Nr. 148, Punkt 26 der Tagesordnung, wo abermals ein neuer Landesrat ernannt werden soll. Wir sind nicht in der Lage, diesem Antrage zuzustimmen.

Vorsitzender Dr. Farres: Das Wort hat Herr Abgeordneter Dunder.

Abgeordneter Dunder: Zunächst ein paar Bemerkungen zu den Ausführungen von Herrn Dr. Stein.

Ich kann — und das ist Ihnen bekannt — zur Beruhigung aller Bürgerlichen einschließlich der Sozialdemokraten sagen, daß der demokratische Staat bereits dafür gesorgt hat, daß Kommunisten nicht bestätigt werden, ganz gleich, ob es sich um besoldete oder unbesoldete Beamtenstellen handelt. Wir legen auch gar keinen Wert darauf. Sie haben ja gesehen, wie es in Solingen war, wo zweimal der Kommunist Weber zum Oberbürgermeister gewählt wurde. Wenn der Kommunist Weber so wäre wie Sie, so hätte er mitgeteilt, daß er schon im Auftrage der Bourgeoisie die Geschäfte ausführen werde; dann hätte er heute vielleicht auch ein Gehalt von 40 000 RM einstecken können. (Sehr richtig! bei den Kommunisten.)

Wenn wir die Einsparung der Stelle des verstorbenen Landesrats Boffen beantragt haben, so nicht aus Ersparnisgründen, sondern aus grundsätzlichen Erwägungen.

Wir lehnen auch aus grundsätzlichen Erwägungen die Zustimmung zu den vier Wahlen ab. Einmal sind wir der Auffassung, daß mit der Wahl irgendeiner Person zum Landesrat eine politische Funktion verbunden ist; wenn wir unsere Zustimmung dazu geben, so bedeutet das gleichzeitig, daß wir mit der Politik, die von dem betreffenden Herrn getrieben wird, einverstanden sind. Zum anderen vertreten wir aber auch die Auffassung, daß der Beamtenkörper nach oben hin stark überfakt ist, daß wir viel zu viel Oberbeamte haben. Ich möchte deshalb in Erwiderung auf den Antrag der Wirtschaftspartei erklären, daß die Wirtschaftspartei das Verlangen gestellt hat, daß die Unterbeamten noch mehr zur Arbeit herangezogen werden müssen, um die Oberbeamten zu entlasten. Wir vertreten die gegenteilige Auffassung, daß die Oberbeamten mehr zur Arbeit herangezogen werden müssen, um die unteren Beamten zu entlasten, denn die unteren Beamten sind diejenigen, die die Hauptarbeit leisten müssen. (Lachen rechts.) Ich bringe Ihnen nur

ein praktisches Beispiel: Der Oberbürgermeister von Düsseldorf lacht eben aus Herzenslust darüber. Die ganzen Oberbürgermeister von Düsseldorf, Trier, Essen usw. sitzen eine geschlagene Woche hier im Parlament. Die Arbeit auf dem Rathause kommt aber deswegen nicht um einen Millimeter ins Stocken, sondern der Verwaltungsapparat läuft weiter. Die Bürokratie auf dem Rathause arbeitet, und wenn 10 oder 20 Jahre kein Oberbürgermeister da ist. (Zuruf des Abgeordneten Kohl: Sehr richtig! Lachen rechts.) Genau so geht es auch bei der Provinzialverwaltung. (Zuruf aus der Wirtschaftspartei: In Moskau geht's gerade so!) Ob der Mann nun Oberbürgermeister heißt und 40 000, 42 000 oder 50 000 RM einstecken muß oder ob er bescheiden Dr. Soundsso heißt und mit 10 000 RM arbeitet, der Laden läuft egal, darüber wollen wir uns nichts weismachen.

Aber wenn hier so viel vom Sparen gesprochen wird, so möchte ich den Nazis noch einmal etwas über die Auswirkungen ihrer Sparpolitik ins Stammbuch schreiben und ihnen zeigen, wie sich die Sozialpolitik des nationalsozialistischen Innenministers Fricke, über den wir auch schon in den letzten Tagen gesprochen haben, auswirkt. (Zuruf des Abgeordneten Dr. Ley: Das ist ein feiner Mann!) Fricke hat der Stadt Gotha einen Zwangsetat aufoktroiiert (Zuruf des Abgeordneten Dr. Ley: Ihr müßt an die Kalandre genommen werden!), und die Stadt Gotha reagiert auf das Diktat Fricke mit dem Abbau der Leistungen an die Wohlfahrtsunterstützungsempfänger. (Laute Rufe: Hört, hört! bei den Kommunisten.) Die Stadt Gotha hat sogar die Unterstützungen für alle Ledigen gestrichen. Das ist die Auswirkung der nationalsozialistischen Sparpolitik unter dem bekannten Fricke.

Vorsitzender Dr. Farres: Herr Abgeordneter Dunder, Ihre Zeit ist abgelaufen.

Abgeordneter Dunder: Ich bin jetzt fertig; ich will nur den Satz noch beenden. So sieht die Sozialpolitik der Nationalfaschisten dort aus, wo sie das Feld beherrschen. (Zuruf des Abgeordneten Dr. Ley: Der hat von Moskau gelernt!)

Vorsitzender Dr. Farres: Es ist Schluß der Besprechung beantragt worden. Dieser Antrag bedarf der Unterstützung von 10 Mitgliedern. Ist die Unterstützung vorhanden? Das ist der Fall. Zum Wort gemeldet sind noch die Herren Abgeordneten Dr. Stein und Dr. Ley. Beide Fraktionen sind bereits zum Wort gekommen. Andere Fraktionen, die nicht zum Wort gekommen sind, wünschen nicht noch das Wort zu erhalten. Ich stelle das ausdrücklich fest. Ich bitte diejenigen, die für Schluß der Besprechung sind, sich zu erheben. — Das ist die Mehrheit.

Zur Geschäftsordnung Herr Dr. Ley.

Abgeordneter Dr. Ley: Ich möchte feststellen, daß der Kommunist Dunder jetzt hat weiterreden dürfen,

ohne zur Ordnung gerufen zu werden, während Haake zur Ordnung gerufen wurde.

Vorsitzender Dr. Jarres: Herr Abgeordneter Dunder hat einen ganz kleinen Satz noch zu Ende gesprochen. (Zuruf des Abgeordneten Dr. Ley: Also, bitte!) Im übrigen verbitte ich mir diese Kritik.

Zur persönlichen Bemerkung Herr Dr. Stein.

Abgeordneter Dr. Stein: Herr Dunder hat behauptet, ich und meine Freunde bezweckten mit unserem Antrage — gemeint ist der Antrag 45 —, die unteren Beamten mehr arbeiten zu lassen. (Zuruf des Abgeordneten Dunder: Das steht doch drin!) Ich stelle fest, daß unser Antrag wörtlich besagt, daß geeignete mittlere Beamte zu den Arbeiten höherer Beamten herangezogen werden sollen. (Zuruf des Abgeordneten Gerlach: Ist das eine persönliche Bemerkung?)

Vorsitzender Dr. Jarres: Herr Abgeordneter, das ist keine persönliche Bemerkung im Sinne der Geschäftsordnung.

Abgeordneter Dr. Stein: Das macht nichts!

Vorsitzender Dr. Jarres: Zur Abstimmung Herr Abgeordneter Dunder.

Abgeordneter Dunder: Ich beantrage, über die Punkte 23, 24 und 25 getrennt abzustimmen, ebenfalls über 25a und b.

Vorsitzender Dr. Jarres: Sie haben den Antrag gehört. Diesem Antrage wird entsprochen werden.

Nach den maßgebenden Bestimmungen kann die Wahl durch Zuruf erfolgen, wenn nicht widersprochen wird. (Zuruf des Abgeordneten Dr. Ley: Dagegen!) Sie beantragen also Wahl durch Stimmzettel.

Dann lasse ich zunächst abstimmen zu der Vorlage 23: Antrag des I. Sachausschusses zu dem Bericht im Antrag des Provinzialausschusses, betr. den Ablauf der Dienstzeit des Landesoberbaurats Heinekamp.

Ich bitte, die Stimmzettel bereit zu machen und auf Anruf hier zu erscheinen und die Stimmzettel in der rechten Urne hier niederzulegen. (Zuruf des Abgeordneten Dr. Wesenfeld: Mit Ja oder Nein?) Ich bitte, den Namen des zu Wählenden aufzuschreiben. Der Vorschlag des I. Sachausschusses geht auf Wiederwahl des Oberbaurats Heinekamp.

Ich bitte Herrn Abgeordneten Andres, den Namensaufruf zu vollziehen. (Geschicht.)

— Die Abgeordneten geben ihre Stimmzettel ab. —

Der Namensaufruf ist erfolgt. Sind noch Stimmzettel abzugeben? Das ist nicht der Fall. Dann schließe ich die Wahlhandlung. Ich bitte, sich damit einverstanden zu erklären, daß die Auszählung des Ergebnisses der Abstimmung nachher erfolgt und wir zwischenzeitlich mit den Wahlen zu Nr. 24, 25 und 26 fortfahren. — Damit sind Sie einverstanden.

Wir kommen zu Punkt 24. Da handelt es sich um die Wiederwahl des Landesmedizinalrats Professor Dr. Molinens.

Zur Geschäftsordnung Herr Beck.

Abgeordneter Beck: Der Vorsitzende hat soeben die Wahlhandlung geschlossen. Ich habe festgestellt, daß nach geschlossener Wahlhandlung noch ein Stimmzettel hier hineingeworfen wurde. Ich protestiere gegen die Wahl. (Zuruf des Abgeordneten Dr. Ley: Ja, wir sind genau hier!)

Vorsitzender Dr. Jarres: Die Sache liegt so: Der eine Herr Beißler hat vorhin hier erklärt, er habe seinen Stimmzettel noch nicht abgegeben. Er ist dann hinübergangen und hat ihn in die Urne gelegt. Ich glaube, es kann kein Zweifel sein, daß diese verspätete Abgabe dadurch verursacht wurde, daß der Beißler eben durch die Wahlhandlung in Anspruch genommen war.

Ich bitte um Abgabe der Stimmzettel und bitte, den Namensaufruf vorzunehmen. — Schriftführer Abgeordneter Hauck vollzieht den Namensaufruf. — Die Abgeordneten geben ihre Stimmzettel ab. —

Sind noch Stimmzettel abzugeben? — Ich schließe die Wahlhandlung.

Wir kommen zur Wahl zu Nr. 25. Hier schlägt der I. Sachausschuß die Wahl des Regierungsrats Hecker vor. Ich bitte, die Stimmzettel vorzubereiten. (Zuruf des Abgeordneten Haas: Herr Vorsitzender, es muß zuerst über die Anträge abgestimmt werden.) Es muß erst über den Antrag der kommunistischen Fraktion, betreffend Abstandnahme von der Besetzung dieser Stelle, Punkt b, abgestimmt werden. (Zuruf des Landeshauptmanns Dr. Horion: Zuerst über a! Zuruf des Abgeordneten Haas: Ueber den Antrag a ist zuerst abzustimmen!) Es ist gleichgültig ob a oder b. Ich lasse zunächst über den Antrag der Wirtschaftspartei auf Einsparung des laut Beschluß ausgeschriebenen Postens des Leiters der Abteilung Jugendwohlfahrt (Drucksache 44) abstimmen. Ich bitte diejenigen, die für diesen Antrag sind, sich zu erheben. (Zuruf des Abgeordneten Dr. Ley: Die Sozialdemokraten! Ach, Ihr Scheinheiligen! Auf einmal wollt Ihr sparen?) Ich bitte, stehen zu bleiben. (Zuruf: Das Bild ist doch klar!) Das ist die Minderheit. Der Antrag ist abgelehnt.

Ich lasse dann abstimmen über den Antrag der SPD, betreffend Abstandnahme von der Besetzung der Stelle (Drucksache 92). Ich bitte diejenigen, die für diesen Antrag sind, sich zu erheben. Das ist die Minderheit. Der Antrag ist abgelehnt.

Ich bitte nunmehr, über den Antrag des I. Sachausschusses, diese Stelle mit der Person des Regierungsrats Hecker zu besetzen, durch Stimmzettel abzustimmen. Ich mache noch einmal darauf aufmerksam, daß die Stimmzettel einen Namen enthalten müssen. Es geht nicht, mit Ja oder Nein abzustimmen.

Ich bitte Herrn Hauck, den Namensaufruf zu vollziehen. (Geschicht. Die Abgeordneten geben ihre Stimmzettel ab.)

Ich frage, ob noch Stimmzettel abzugeben sind. Das ist nicht der Fall. Dann schließe ich die Wahlhandlung.

Wir kommen zu Punkt 26: Antrag des I. Sachausschusses, betreffend die Wahl des Landesverwaltungsrats Dr. Trippen zum Landesrat. Die Wahl ist durch Zuzufuß zulässig, wenn nicht widersprochen wird. (Zuzufuß des Abgeordneten Dr. Ley: Widersprochen!) Wir wählen also weiter durch Stimmzettel, denn wir haben sehr viel Zeit. Ich bitte um den Namensauzruf. (Schriftführer Hauck vollzieht den Namensauzruf. Die Abgeordneten geben ihre Stimmzettel ab.)

Ich frage, ob noch jemand seinen Stimmzettel abzugeben hat. Das ist nicht der Fall. Dann schließe ich die Wahlhandlung. Das Ergebnis der Wahl wird nachher mitgeteilt werden.

Wir kommen jetzt zu Punkt 27: Antrag des II. Sachausschusses zu dem Bericht und Antrag des Provinzialausschusses, betreffend Neuwahl von Mitgliedern des Landesjugendamts der Rheinprovinz.

Ich darf Herrn Kollegen Eberle bitten, den Wahlgang zu leiten, weil ich zwischenzeitlich das Ergebnis der vorigen Wahlen mit feststellen will. Es ist noch ein besonderer Wahlvorstand zu bilden.

Stellvertretender Vorsitzender Eberle: Ich berufe zu Beisitzern die Herren Abgeordneten GÖrlinger und Elses.

Wir werden zunächst die Wahl des Lehrers vornehmen. Ich weiß nicht, ob Sie die Wahlvorschläge vor sich liegen haben. (Zuzufuß: Nein!)

Zur Geschäftsordnung Herr Gerlach.

Abgeordneter Gerlach: Ich darf darauf aufmerksam machen, daß doch Uebereinstimmung dahin besteht, daß alle Wahlen, die jetzt das Plenum zum Landesjugendamt vorzunehmen hat, nach dem Proporz vorgenommen werden, daß auch von allen Fraktionen die entsprechenden Wahlvorschläge vorliegen, daß wir also lediglich den Wahlvorschlag zu wählen haben. Für diesen Zweck liegt auch der Stimmzettel vor.

Vorsitzender Dr. Jarres: Nein, Herr Kollege Gerlach, das ist ein Irrtum. Sie müssen unterscheiden zwischen den Wahlen. Der Lehrer und ein Stellvertreter, die Lehrerin und eine Stellvertreterin müssen nach den Bestimmungen nach dem Mehrheitsverfahren gewählt werden. (Zuzufuß des Abgeordneten Gerlach: Nein, das ist nach dem Gesetz nicht nötig!) Dann kommt im Wege des Verhältniswahlverfahrens die Wahl der Mitglieder des Landesjugendamtes. (Zuzufuß des Abgeordneten Gerlach: Nein, das stimmt nicht!)

Abgeordneter Heuser zur Geschäftsordnung.

Abgeordneter Heuser: Meine Damen und Herren! Da die meisten Mitglieder dieses Hauses, auch die großen Fraktionen, über den Wahlmodus nicht informiert sind, stelle ich den Antrag, die anderen Wahlen jetzt vorzunehmen, dann eine Pause von 10 Minuten einzulegen und dann diese letzte Wahl zu erledigen.

Stellvertretender Vorsitzender Eberle: Zur Geschäftsordnung Herr Abgeordneter Dunder.

Abgeordneter Dunder: In der Vorlage, die uns gemacht wurde, heißt es, daß die beiden Lehrpersonen durch Mehrheitswahl gewählt werden, daß aber die Wahlen zum Landesjugendamt auf Grund der Fraktionsvorschläge erfolgen. Ich möchte zunächst die Frage stellen, ob die Wahlen so erfolgen sollen, daß der betreffende Wahlvorschlag, der gewählt werden soll, auf dem Stimmzettel kenntlich gemacht wird, oder aber ob die anderen Wahlvorschläge durchgestrichen werden müssen und der Wahlvorschlag, den man wählen will, offen gelassen wird. (Zuzufuß des Abgeordneten Gerlach: Kreuz!) Ich frage ja gerade, ob es durch Ankreuzen oder Offenlassen geschehen soll. Ich glaube, dann braucht eine Vertagung nicht einzutreten, dann ist die Angelegenheit geklärt. Die Wahl der Lehrpersonen erfolgt durch Mehrheitsbeschluß.

Stellvertretender Vorsitzender Eberle: Zur Geschäftsordnung Herr Abgeordneter Wesenfeld.

Abgeordneter Dr. Wesenfeld: Ich schließe mich für die Arbeitsgemeinschaft dem Antrage des Herrn Heuser an, zunächst die Listenwahl vorzunehmen und dann zu vertagen. Ich bin überzeugt, daß die meisten Mitglieder des Hauses über die Namen nicht genügend unterrichtet sind. Wir wollen eine Verwirrung vermeiden.

Stellvertretender Vorsitzender Eberle: Ich nehme an, daß die Mehrheit des Hauses so verfahren will, daß zunächst der Wahlgang vorgenommen wird, bei dem nach der Verhältniswahl zu wählen ist, und daß die Wahl der Lehrpersonen zurückgestellt wird. (Zuzufuß des Abgeordneten Gerlach: Einverstanden!) Ich mache darauf aufmerksam, daß ich jetzt von dem zuständigen Herrn Landesrat darauf aufmerksam gemacht worden bin, daß nach den gesetzlichen Bestimmungen nicht anders verfahren werden könne, als es Ihnen vorhin hier vorgeschlagen worden ist. Aber wir setzen die Wahl der Lehrpersonen zurück. Ich bitte, nun die Wahlen vorzunehmen, soweit sie nach der Verhältniswahl getätigt werden. Die Stimmzettel befinden sich auf Ihren Plätzen. (Zuzufuß des Abgeordneten Hoffmann: Sollen denn alle Wahlen in einem Wahlgang erfolgen?) Nein, das ist unmöglich. In einem Wahlgang können jetzt nur diejenigen Personen gewählt werden, die nach der Verhältniswahl zu wählen sind, also Landesjugendamt.

Ich bitte, den Stimmzettel kenntlich zu machen, indem Sie ein Kreuz vor die Bezeichnung des Wahlvorschlages setzen. (Schriftführer Elses vollzieht den Namensauzruf. Die Abgeordneten geben ihre Stimmzettel ab.)

Ich frage, ob noch jemand anwesend ist, der seinen Stimmzettel nicht abgegeben hat. Das ist nicht der Fall. Ich erkläre die Wahlhandlung für geschlossen.

Wir kommen zur Wahl der Mitglieder der Provinzialkommissionen.

Dazu sind 5 Wahlvorschläge gemacht, weil auch 5 Provinzialkommissionen bestehen. Meine Damen und Herren! Es sind Zweifel aufgetaucht, ob diese Wahlen in einem Wahlgange getätigt werden können. (Zuruf des Abgeordneten Dr. Wesenfeld: Jawohl!) Da die 5 Stimmzettel am Kopf die Bezeichnung des Ausschusses tragen, für den die Wahl vorgenommen werden soll, ist meiner Auffassung nach ein Irrtum bei der Wahl ausgeschlossen. Die 5 Stimmzettel sind zu kennzeichnen, in einen Umschlag zu legen und hier nach dem Namensaufruf abzugeben. Sind Sie damit einverstanden, daß wir in dieser Weise die Wahlhandlung vornehmen? Ich stelle Ihr Einverständnis fest. (Zuruf des Abgeordneten Gerlach: Wir können doch das Couvert benutzen, das wir hier haben!) Es ist möglich, daß der eine oder andere das Couvert nicht mehr hat. Aber die bisherigen Umschläge können auch verwandt werden.

Ich bitte, die Stimmzettel auszufüllen. (Zuruf des Abgeordneten Dr. Hagen: Die 5 zusammen?) Ja, jeder einzelne Stimmzettel soll das bestimmte Zeichen tragen.

(Schriftführer Elses vollzieht den Namensaufruf. Die Abgeordneten geben ihre Stimmzettel ab.)

Wenn noch jemand im Saale ist, der seine Stimmzettel nicht abgegeben hat, so hat er Gelegenheit, es jetzt noch zu tun. Ich erkläre nunmehr die Abstimmung für geschlossen.

Zur Geschäftsordnung hat das Wort Herr Abgeordneter Heuser.

Abgeordneter Heuser: Meine Damen und Herren! Ich beantrage, die Wahl der 4 Lehrpersonen für das Landesjugendamt, die wir entsprechend den Bestimmungen hier vornehmen wollten, ebenso wie wir das auch das vorige Mal getan haben, dem Provinzialausschuß zur Erledigung zu übergeben. — Wenn dieser Antrag Annahme findet, ziehe ich meinen eben gestellten Vertagungsantrag zurück. (Rufe: Einverstanden!)

Stellvertretender Vorsitzender Gerlach: Dann ist der Vertagungsantrag hinfällig. Sie haben den Antrag gehört, daß die Wahl der Lehrpersonen zum Landesjugendamt dem Provinzialausschuß zur Erledigung überwiesen werden soll. Ich lasse darüber abstimmen. Ich bitte diejenigen, die so beschließen wollen, sich zu erheben. Es ist so beschlossen.

(Die Schriftführer Göltinger und Elses nehmen wieder ihre Abgeordnetenplätze ein. An ihre Stelle treten als Schriftführer die Abgeordneten Haack und Andres.)

Vorsitzender Dr. Jarres: Ich teile das Ergebnis der Wahlen zu Nr. 23, 24, 25 und 26 mit.

Zu Nr. 23 sind 127 Stimmzettel abgegeben worden. Davon entfielen 121 auf den Namen Heinekamp, 6 auf

den Namen Haake. (Lachen bei den Kommunisten.) Herr Landesoberbaurat Heinekamp ist mit Stimmenmehrheit gewählt.

Zu Nr. 24 sind 112 Zettel abgegeben worden. Davon waren 22 leer und unbeschrieben, 90 lauteten auf den Namen Molineus; Herr Landesmedizinalrat Prof. Dr. Molineus ist damit gewählt.

Zu Nr. 25 sind 123 Zettel abgegeben worden, von denen 9 ungültig waren. Die übrigen 114 Stimmzettel lauteten auf den Namen Hecker. Herr Regierungsrat Dr. Hecker ist damit zum Landesrat gewählt.

Zu Nr. 26 sind 105 Zettel abgegeben worden, von denen 9 unbeschrieben und deshalb ungültig waren. Die sämtlichen 96 gültigen Zettel sind für Dr. Trippen abgegeben worden. Herr Landesverwaltungsrat Dr. Trippen ist damit zum Landesrat gewählt.

Die letzte Wahl, die noch vorzunehmen ist, ist die Wahl des stellvertretenden Vorsitzenden des Provinzialausschusses.

Das Wort hat Herr Abgeordneter Gerlach.

Abgeordneter Gerlach: An Stelle des jetzt ausscheidenden stellvertretenden Vorsitzenden des Provinzialausschusses, Herrn Haas, schlage ich das Mitglied des Ausschusses, Herrn Steinbüchel, vor. (Zuruf des Abgeordneten Dr. Ley: Widerspruch!)

Vorsitzender Dr. Jarres: Es ist Widerspruch erhoben. Die Wahl kann nicht durch Zuruf erfolgen. Sie muß durch Stimmzettel geschehen. Ich bitte, die Zettel mit dem Namen des zu Wählenden auszufüllen.

(Schriftführer Andres vollzieht den Namensaufruf. Die Abgeordneten geben ihre Stimmzettel ab.)

Der Namensaufruf ist beendet. Sind noch Stimmzettel abzugeben? Das ist nicht der Fall. Dann schließe ich die Wahlhandlung. Das Ergebnis wird nachher mitgeteilt werden.

Wir gehen jetzt zu Punkt 28 der Tagesordnung über, der mit Nr. 30 verbunden ist.

Wünscht der Herr Berichterstatter das Wort? (Abgeordneter Vielhaber: Nein!) Das ist nicht der Fall. Wortmeldungen zu Nr. 28 liegen nicht vor. Ich schließe die Besprechung und bitte diejenigen, die für den Antrag des I. Sachausschusses zu Nr. 28 sind, sich zu erheben. — Das ist die Mehrheit. Es ist so beschlossen.

Wir kommen dann zu Nr. 29, verbunden mit Nr. 33. Wünscht der Herr Berichterstatter das Wort? (Abgeordneter Junglas: Ich verzichte!) Das ist nicht der Fall.

Das Wort hat der Herr Abgeordnete Saur.

Abgeordneter Saur: Die kommunistische Fraktion hat in Drucksache 143 den Antrag gestellt, die Mitglieder des Sachausschusses und der betreffenden Provinzialkommissionen laufend über den Stand der Arbeiten beim Straßenbau zu informieren, ebenso über die Vergabung von Arbeiten und Materiallieferungs-aufträgen im Submissionswesen. Wir haben deshalb den Antrag gestellt, weil wir der Auffassung sind, daß

eine bessere und schärfere Kontrolle über alle Arbeiten, die von der Provinz ausgeführt werden, ausgeübt werden muß. Wir sind der Auffassung, daß das in der Zukunft mehr der Fall sein muß als in der Vergangenheit. Ich erinnere an die großen Prozesse der letzten Zeit, an die skandalösen Vorgänge in Berlin, an die Vorgänge bei der Reichsbahn in Koblenz, an Stettin, wo durch nicht genügende Kontrolle Unternehmensfirmen das gesamte Monopol der Materiallieferungsaufträge in den Fingern hatten. Auf Grund der Erfahrungen, die wir da gesammelt haben, sind wir der Auffassung, daß wir eine schärfere Kontrolle in dieser Beziehung ausüben müssen. Aber da der Antrag im Sachausschuß bereits zur Ablehnung gelangt ist und die Ablehnung auch hier beantragt ist, müssen wir annehmen, daß sich die bürgerlichen Parteien wahrscheinlich mit diesen Sachen decken. Sonst würden sie bestimmt auch der Auffassung sein, daß man auf Grund dieser Vorkommnisse eine schärfere Kontrolle ausüben muß.

Wir haben weiter in Drucksache 116 beantragt, sämtlichen Abgeordneten eine Ausweiskarte zu geben, damit sie jederzeit eine unverhoffte Kontrolle nicht nur aller Provinzialinstitutionen und Anstalten, sondern auch aller Baustellen und der damit zusammenhängenden Lieferungen und dergleichen ausüben können. Dies hängt mit dem zusammen, was ich bereits ausgeführt habe.

Die Nazis haben hierzu einen Antrag gestellt, der nichts Konkretes enthält und ebenso nichts sagend ist wie alle ihre Anträge. Wir Kommunisten sind der Auffassung, daß wir nicht hier sind, um Diäten zu empfangen, sondern um im Auftrage der revolutionären Arbeiterschaft über alles, was von der Provinzialverwaltung vorgenommen wird, eine Kontrolle auszuüben. Wir haben darin eine andere Auffassung als die Nationalsozialisten. (Zuruf des Abgeordneten Haake: Ihre Auffassung ist falsch!) Es hat sich während der Tagung des Plenums herausgestellt, daß meine Fraktionsgenossen wiederholt Dinge aufzeigen mußten, die bestimmt einer schärferen Kontrolle bedürfen. Ich erinnere an den Fall Haleshof, den unser Genosse Nohl aufgezeigt hat. Genosse Beck hat die Schiebung in der Rechnung der Anstalt Fichtenhain aufgedeckt, wo man unter dem Posten „Bekleidung“ 250 RM für Gebetbücher eingeseht hatte. Wir wollen hier eine schärfere Kontrolle ausüben. Wenn Sie diese Anträge ablehnen, dann beweisen Sie damit, daß Sie diese Schweinereien decken. (Zuruf des Abgeordneten Haake: Schweinerei? Ihr dürft das alles sagen! Sind wir denn hier in einem Stall? Antwort des Abgeordneten Menner: Ihr Auftreten erinnert stark an einen Stall!) Wir wissen aus Erfahrung, daß wir diese Dinge viel schärfer kontrollieren müssen. Wir werden auch, wenn Sie die Anträge ablehnen, nichts unversucht lassen, trotzdem eine scharfe Kontrolle auszuüben.

Weiter möchte ich darauf hinweisen, daß mit dem Antrag 143 das Interesse verbunden ist, bei den kommenden Etatsberatungen noch manche Dinge besser aufklären zu können, als es bisher möglich war.

Vorsitzender Dr. Jarres: Herr Abgeordneter, Ihre Zeit ist abgelaufen.

Abgeordneter Saur (fortfahrend): Wir stellen fest, daß die Etats bisher für uns nur trockene Zahlen bedeuten und uns keine Kontrolle ermöglichen.

Vorsitzender Dr. Jarres: Ihre Zeit ist abgelaufen, Herr Abgeordneter! (Zuruf des Abgeordneten Haake: Wo bleibt da der Ordnungsruf?)

Zur Geschäftsordnung Herr Dr. Ley.

Abgeordneter Dr. Ley: Ich möchte feststellen, daß auch in diesem Falle der Kommunist einen unparlamentarischen Ausdruck gebraucht hat und nicht zur Ordnung gerufen worden ist.

Vorsitzender Dr. Jarres: Herr Abgeordneter Dr. Ley, ich entziehe Ihnen das Wort. Das ist nicht zur Geschäftsordnung. Ich verbitte mir von Ihnen die Kritik meiner Amtsführung.

Die Besprechung ist geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung. Es wird getrennte Abstimmung verlangt. Ich bitte diejenigen, die für den Antrag des IV. Sachausschusses zu Nr. 29 sind, sich zu erheben. Das ist die Mehrheit. Der Antrag des Sachausschusses ist angenommen.

Dann zu Nr. 33. Ich bitte diejenigen, die für den Antrag des I. Sachausschusses auf Ablehnung des KPD-Antrages sind, sich zu erheben. — Das ist die Mehrheit.

Wir fahren in der Tagesordnung fort. Nr. 34. Wünscht der Herr Berichterstatter das Wort? Das ist nicht der Fall.

Das Wort hat Herr Abgeordneter Terboven.

Abgeordneter Terboven: Meine Damen und Herren! Die Entschließung der Zentrumsfraktion, die durch eine Belebung des Baugewerbes eine Verminderung der Arbeitslosenzahl erreichen will, spricht insofern eine Binsenwahrheit aus, als selbstverständlich das Baugewerbe als Schlüsselgewerbe bei einer Belebung zur Abstellung der Arbeitslosigkeit führen könnte. Diese Entschließung selbst aber ist u. E. nichts als ein parlamentarisches Mäzchen (Sehr wahr! bei den Nationalsozialisten.), das keinerlei Erfolg versprechen kann, denn die Arbeitslosigkeit, die wir als Wirkung heute sehen, hat eine Ursache, und es hat keinen Sinn, an der Wirkung herumzudoktern, solange man nicht der Ursache selbst zu Leibe gehen will. Die Ursache ist die Tributpolitik. (Sehr richtig! bei den Nationalsozialisten.) Die Zentrumspartei aber ist die eifrigste Verfechterin dieser Tributpolitik. Solange Sie also weiter Erfüllungspolitik treiben, ist es zum mindesten eine eigentümliche Einstellung, auf der anderen Seite an der Wirkung dieser Erfüllungspolitik mit lächerlichen

Entschließungen herumdoktern zu wollen. Selbst wenn man sich auf Ihren Standpunkt stellte, daß die Erfüllungspolitik notwendig sei, ist immer noch in der Behandlung der Wirkung der Erfüllungspolitik diese Entschließung lächerlich. Mit derartigen Phrasen wird, weiß Gott, das Baugewerbe nicht belebt. Die meisten Großstädte im Rheinlande unterstehen doch der Diktatur des Zentrums. In allen diesen Großstädten sind in den letzten Wochen die Stats angenommen worden, und in diesen Stats sind meist die größten Abstriche am Bauetat gemacht worden. (Hört, hört! bei den Nationalsozialisten.) Ausgerechnet das Zentrum hat Millionen und aber Millionen an den Bauetats streichen lassen und die Streichungen erzwungen. Hier aber geht man her und erklärt mit einer frommen Bocke, der Baumarkt müsse belebt werden. Es ist unehelich, auf der einen Seite unverbindliche Entschließungen vorzuschlagen, die die Möglichkeit geben, ins Land zu gehen und zu sagen: Wir haben den Willen, Arbeit zu beschaffen, wenn man auf der anderen Seite die Möglichkeit der Arbeitsbeschaffung brutal unterbindet. Wir Nationalsozialisten erklären: diese Möglichkeit liegt auf anderem Gebiete. Warum wehren Sie sich dagegen, daß einmal eine Arbeitsdienstpflicht eingeführt wird? Arbeit hat noch keinem jungen Menschen geschadet. (Zuruf links: Das muß Du in Erwerbslosenversammlungen sagen!) Allerdings, meine Herren, solange Sie die Erfüllungspolitik weiter treiben, denken wir nicht daran, das Arbeitsdienstjahr einzuführen, weil es dann nur dazu dienen würde, ein Sklavenjahr zu werden. Aber wir Nationalsozialisten erklären: Genau wie früher der junge deutsche Mensch stolz darauf war, Soldat werden zu können (Beifall bei den Nationalsozialisten), genau so, glauben wir, kann im kommenden Reich durch die Einführung einer Arbeitspflicht der junge Mensch zur Volksgemeinschaft erzogen werden. (Zuruf des Abgeordneten Dunder: Zum Kadavergehorsam!) Damit könnten dem Volk und der Wirtschaft ungeheure Werte geschaffen werden. Hier kann der moralische Untergrund für die Einstellung unserer Jugend gelegt werden. Sie, meine Herren vom Zentrum, zwingen die Jugend zum Faulenzen; wir wollen die Jugend wieder auf den Weg führen, die Arbeit als eine Ehre anzusehen, die Arbeit als das Wertvolle im Leben zu betrachten. (Beifall bei den Nationalsozialisten. Zuruf des Abgeordneten Renner: Wo haben Sie eigentlich aktiv gedient?) Ich bin mit 16 Jahren Soldat geworden. (Zuruf des Abgeordneten Renner: Da haben Sie ja noch in die Hose gefaßt!) Ob Sie so jung Soldat geworden sind, ist eine andere Frage. Ihr seid ja ausgekniffen. Andauernde Zurufe links und rechts.)

Vorsitzender Dr. Farres: Das Wort hat Herr Abgeordneter Dr. Weingarten. Ich bitte um Ruhe für den Redner.

Abgeordneter Dr. Weingarten: Meine Damen und Herren! Namens meiner Freunde muß ich erklären,

daß wir der vorgelegten Entschließung der Zentrums- partei nicht zustimmen können. Es ist richtig und von mir auch bereits hier ausgeführt worden, daß der Baumarkt belebt werden muß. Aber mit derartigen Entschließungen, die eigentlich nur von einer platonischen Liebe gegenüber dem Baumarkt zeugen, ist uns praktisch nicht geholfen. (Sehr gut! rechts.) So lange sich gerade die Zentrums- partei nicht dazu aufschwingen kann, das Uebel an der Wurzel zu packen und mit uns für die Aufhebung der gesamten Wohnungszwangsgesetze einzutreten (Zuruf des Abgeordneten Dr. Stein: Sehr richtig!), ohne die eine Belebung des Baumarktes nicht möglich ist, so lange haben diese Entschließungen keinen praktischen Wert, und die Zustimmung ist vollständig zwecklos. Meine Damen und Herren, darüber sind wir uns mittlerweile alle klar geworden, daß der Baumarkt anderes verlangt als Entschließungen, die eine praktische Förderung nicht bedeuten. Die Ursachen des Daniederliegens des Baumarktes müssen beseitigt werden.

Es sei mir auch an dieser Stelle gestattet, einmal ein anderes Wort zu sagen, und zwar von dem Daniederliegen und dem immer weiteren Zugrundegehen des Altwohnraums. Sie wollen den Baumarkt mit Entschließungen fördern und lassen, indem Sie die Ursache des Daniederliegens, die Zwangswirtschaft, nicht aufheben, den noch vorhandenen Altwohnraum ebenfalls restlos verkommen.

Gewundert haben wir uns allerdings über eins: einen gefunden Gedanken, der in der Entschließung der Zentrumsfraktion niedergelegt war, nämlich, den Absatz von Pfandbriefen durch Aufhebung der Kapitalertragssteuer zu fördern, haben sich die Herren vom Zentrum aus der Hand winden lassen, weil einige andere Parteien im Ausschuß für diesen Gedanken nicht zu haben waren, das heißt, erklärten: wenn Ihr den an sich gefunden Gedanken in der Entschließung haben wollt, können wir nicht zustimmen, und die Herren vom Zentrum, die doch vor allem Gelder und Privatmittel für den Baumarkt flüssig machen wollten, haben darin eingewilligt, diesen letzten Absatz ganz zu streichen.

Meine Damen und Herren! Wir können aus den angeführten Gründen dieser Entschließung nicht zustimmen.

Vorsitzender Dr. Farres: Das Wort hat Herr Abgeordneter Nohl.

Abgeordneter Nohl: Wir Kommunisten schätzen die Entschließung der Zentrumsfraktion so ein, wie sie eingeschätzt werden muß, als ein parlamentarisches Manöver, als eine Geste, die nur dazu dienen soll, vor den Augen der christlichen Arbeiter die Tatsache zu verbergen, daß es gerade die Zentrumsfraktion ist, die mit allen Mitteln bestrebt ist, den kommunalen Baumarkt, also denjenigen Baumarkt, der bisher die Arbeiter am meisten beschäftigt hat, zu droffeln. Das

Zentrum hat durch die Zustimmung zu den Finanzausgleichsgesetzen und durch die Zustimmung zum Young-Plan die Voraussetzung für die Drosselung des Baumarktes in den Kommunen geschaffen.

Wir sprechen aber auch den Vertretern der Nazis das Recht ab, hier dermaßen gegen die sogenannte „Erfüllungspolitik“ eine Attacke zu reiten. Man denkt da unwillkürlich an einen schönen Aufsatz in der „Weltbühne“ über die Protestkundgebung der Faschisten vor dem Teutoburger Hermanns-Denkmal gegen den Young-Plan. Da heißt es in schönem lyrischem Stil:

„Nachts um die zwölfte Stunde verläßt der Tambour sein Grab und steigt die bewaldeten Höhen von Teutoburg hinan, um Revanche zu trommeln wider Quintilianus Young und jene unwürdigen Deutschen, die sich feigen Sinns der Tributpflicht unterwerfen wollen.“

Diese Revanchetrommlei hat aber sehr schlecht gezogen, denn der Tambour steht allein da, und die Offiziere haben es wieder einmal so gemacht, wie es die Herrschaften von der Nazzi-Front im Weltkrieg gemacht haben, denn der Hauptmann Eugenberger ist bei Teutoburg desertiert und ins Lager derjenigen gegangen, die bei Young & Co. stehen. (Ironisches Bravo! des Abgeordneten Dr. Ley.) Wir haben von den Leuten nichts anderes erwartet. Gerade diejenigen von den Nazis, die sich bei der Debatte über die Entschließung der Zentrumsfraktion zur Lage des Baumarktes so in die Brust geworfen und erklärt haben: „Wir standen 1914 an der Front“, diese Ihre Männer, Herr Dr. Ley, die „Deutschen“ von 1914, waren dazu außerforen, dem Ritter von Charleville die Steigbügel zu halten (Ironisches Hurra! des Abgeordneten Dr. Ley). Ich brauche nichts darüber zu sagen, welche Rolle der Ritter von Charleville gespielt hat, das ist jedem bekannt. Man kann eine Parallele ziehen zwischen der Tätigkeit des Ritters von Charleville und der Tätigkeit der Leute, die in Köln ihre Vergnügungen suchen.

Wenn hier aber gesagt wird, man wolle den Kampf gegen den Young-Plan führen, um Gelder für den Baumarkt frei zu bekommen, so wollen wir doch daran erinnern, daß aus berufenem Munde der Nationalfaschisten (Zuruf rechts: Ihr Wolga-Faschisten!) die Erklärung abgegeben wurde: „Wenn wir zur verantwortlichen Mitarbeit — siehe Fric — herangezogen werden, sind wir auch bereit, die Erfüllungspolitik und den Young-Plan durchzuführen.“ Es ist das kein Zufall, daß, wie bereits ein Vorredner erwähnt hat, zur Drosselung des Baumarktes und des Wohlfahrtssetats Herr Fric einen Zwangsetat über Gotha verhängt hat (Zuruf des Abgeordneten Dr. Ley: Der Fric liegt Euch im Magen!), aber dabei im Auge behielt, daß die Gelder für seine Pension sichergestellt wurden. Hätte die Nazi-Fraktion einen Ergänzungsantrag zur Entschließung des Zentrums eingebracht, daß die Gelder, die der Nazi-Fric in Thüringen für sich sicherstellt, dazu gebraucht werden sollen, um Gelder für den Bau-

markt frei zu bekommen, so hätte man diese schöne Geste anders kommentieren können. Aber so stellen wir fest, daß die Nazis nur den Versuch gemacht haben, die durch eine 2000jährige Praxis erprobte Demagogie der Zentrumspartei noch zu übertreffen. (Sehr gut! bei den Kommunisten.)

Vorsitzender Dr. Jarres: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Der Herr Berichterstatter hat das Schlußwort.

Abgeordneter Dr. Sagen: Meine Damen und Herren! Es kann gar keine Rede davon sein, daß die Zentrumsfraktion diesen Antrag nur eingebracht hat, um eine schöne Geste zu machen. Es war ihr mit diesem Antrag durchaus ernst gemeint.

Der Antrag, wie er vorliegt, hat aber in der I. Fachkommission einige Veränderungen erfahren müssen. Es geht nicht an, daß man dazu auffordert, daß eine Reihe von Sparkassen vorübergehend von der Anlegungspflicht bezüglich der Reichs- und Staatsanleihen befreit wird. Darin würde ich eine sehr große Gefahr für die Zukunft sehen. Wir haben in Preußen 800 bis 1000 Sparkassen. Jeder dieser Sparkassen die Möglichkeit zu bieten, ihre Anlagen so zu gestalten, wie es ihr für den Augenblick gerade paßt, das würde außerordentlich gefährlich sein. Wir müssen vor allen Dingen darauf sehen — das ist mindestens ebenso wichtig wie der Wohnungsbau —, daß die absolute Sicherheit der Sparkasse unangetastet bleibt.

Außerdem ist es nicht möglich, den Absatz von Pfandbriefen durch die Aufhebung der Kapitalertragssteuer zu fördern. Die Kapitalertragssteuer ist eine an und für sich unsinnige Steuer; sie muß auf dem ganzen Gebiete, wo sie vorhanden ist, beseitigt werden. Das wird aber schwieriger, wenn man sie nur für eine einzige Ausnahme zu beseitigen versucht. Infolgedessen ist im I. Sachausschuß die Entschließung der Zentrumsfraktion in ihrem zweiten Absatz von da ab, wo es heißt: „Insbesondere erscheint es notwendig“, wie folgt geändert worden: „Insbesondere erscheint es notwendig, den preußischen Ausgleichsstock für die Hauszinssteuer schon jetzt im Anfang des Haushaltsjahres durch Zwischenkredite flüssig zu machen.“ Aus diesem Ersatz-Satz werden Sie am deutlichsten ersehen, daß es der Zentrumsfraktion nicht nur um eine Geste zu tun war. (Bravo!)

Vorsitzender Dr. Jarres: Die Besprechung ist geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung.

Ich bitte diejenigen Mitglieder des Hauses, welche für die Annahme des Antrages des I. Sachausschusses und für die Annahme des Antrages der Zentrumsfraktion in der abgeänderten Form sind, sich zu erheben. Das ist die Mehrheit. Es ist so beschlossen.

Wir kommen zu Nr. 35. Wünscht der Herr Berichterstatter das Wort? Das ist nicht der Fall.

Wir treten in die Besprechung ein. Das Wort hat Herr Abgeordneter Terboven. (Nicht da!) Dann Herr Abgeordneter Rahmann.

Abgeordneter Rahmann: Meine Damen und Herren! Ich verweise auf unseren Antrag (Drucksache 125), wonach die Vertreter der Provinz gebeten werden, im Aufsichtsrat und in der Generalversammlung des RWG, mit allem Nachdruck darauf hinzuwirken, daß die geschäftsschädigende Handlungsweise des RWG. gegenüber den selbständigen Gewerbetreibenden unter allen Umständen unterbleibt. Im Ausschuß ist es z. B. so dargestellt worden, wie wenn die Geschäftsschädigung nicht in dem Maße bestände, wie sie vom Handwerk zum größten Teil behauptet wird. Ich habe hier Unterlagen, wonach in dem kleinen Kreise Solingen der Verkauf von Heißwasserspeichern und elektrischen Herden im Zeitraum von 3 Monaten die Zahl von 67 erreicht hat. Wenn das letzten Endes keine Schädigung des gewerblichen Mittelstandes ist, weiß ich wirklich nicht, wo denn nun die Grenze ist, wo die Schädigung des gewerblichen Mittelstandes anfängt. Meine Damen und Herren, die Vertreter der Provinz werden dem Handwerk einen außerordentlich großen Dienst erweisen und seinen Dank erwerben, wenn sie darauf hinwirken, daß diese Geschäftsschädigungen des RWG. aufhören. Da in diesem hohen Hause auch viele Vertreter der Kommunen sind, die ebenfalls zum Teil im Aufsichtsrat des RWG. sitzen, so richten wir auch an sie die dringende Bitte, in dem Sinne zu wirken, daß die Geschäftsschädigung aufhört. Sie können von einem Handwerksmeister und einem Gewerbetreibenden nicht verlangen, daß er sich durch die geschäftliche Betätigung des RWG. letzten Endes zum Handlanger des RWG. stempeln läßt. (Zuruf des Abgeordneten Hoffmann: Ihr seid ja Kurpfuscher!) Herr Kollege Hoffmann, daß wir in diesen Dingen nicht einig gehen, ist wohl erklärlich. Ihre grundsätzliche Einstellung weicht ja sehr weit von der unsrigen ab. Wir bedauern auch gar nicht, wenn Sie uns in dieser Sache Ihre Zustimmung nicht geben. Von den Vertretern der Provinz erbittet aber das gesamte Handwerk, und damit auch meine Fraktion, daß die Schädigungen, die durch das RWG. dem gesamten gewerblichen Mittelstand zugefügt werden, aufhören. (Zuruf des Abgeordneten Dr. Stein: Bravo!)

Vorsitzender Dr. Farres: Das Wort hat Herr Abgeordneter Steinbüchel.

Abgeordneter Steinbüchel: Meine Damen und Herren! Es handelt sich hier um einen der vielen Agitationsanträge, wie sie von fast allen Parteien uns hier die ganze Woche hindurch beschäftigt haben. Eine Schädigung des Mittelstandes durch die Einrichtungen des RWG. liegt nicht im geringsten vor. Im Gegenteil, ich bin sogar der Ansicht, daß eine Förderung des Mittelstandes darin liegt, weil die Installateure und Handwerker dadurch noch Kapital ersparen und einen

besonderen Zwischengewinn erzielen können. Das RWG. hat in Essen eine zentrale Einrichtung, das sogenannte Elektrohaus, das eine gemeinsame Einrichtung des RWG. und der beteiligten Installateure ist. Dieses Haus hat 9 Prozent Gewinn zum Jahresluß verteilt, wovon die beteiligten Installateure auch ihren Anteil bekommen haben. (Zuruf des Abgeordneten Hoffmann: Hört, hört!) Außerdem haben die Installateure, die kein Geschäft haben, dasselbe Recht, da sie meistens selbst nicht die Kapitalkien haben, die Apparate zu verkaufen. Sie können, trotzdem sie gar kein Kapital aufzuwenden brauchen, den Zwischengewinn zwischen Ein- und Verkaufspreis einziehen. Wenn darin keine Förderung des Mittelstandes liegt, dann verstehe ich das nicht. Wenn diese Einrichtung nicht bestände, hätte das Handwerk gegebenenfalls monatelang solche Apparate in seinem Hause stehen, die dann die Zinsen fressen. So trägt aber das RWG. das Risiko, und der Handwerker hat den Zwischengewinn. Augenblicklich hat man doch meistens auch ähnliche Einrichtungen bei den Kommunen, auf die sich die Handwerker eingestellt haben. Ich glaube, daß das eine Zwischenform ist, die beiden Teilen durchaus dient. Außerdem liegt die Sache so, daß die Handwerker gar nicht die zum Teil sehr komplizierten Apparate kennen, weil ihr Kundenkreis nicht so vielseitig ist. Sie müssen sich vielfach bei der Zentrale Instruktionen geben lassen, wie diese Apparate überhaupt bedient werden, um sie weitergeben zu können.

Meines Erachtens — das zeigt sich in Essen aus der Praxis — liegt keine Schädigung, sondern im Gegenteil eine Förderung des Handwerks in dieser Einrichtung. (Zuruf von der Wirtschaftspartei: Eigenartige Auffassung!)

Vorsitzender Dr. Farres: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Beck.

Abgeordneter Beck: Die ungeheure Arbeitslosigkeit, das Elend und die Not innerhalb der Arbeiterkreise wirkt sich auch auf die mittelständischen Schichten aus. Nun glaubt die Wirtschaftspartei, durch nichts sagende Anträge ihren eigenen Niedergang aufhalten zu können. Wir stellen fest, daß alle diese Maßnahmen, die von der Wirtschaftspartei gefordert werden, daß alle diese Vorschläge, die sie in ihren Kreisen unterbreitet, den Mittelstand nicht aus diesem Elend herausführen werden. (Zuruf des Abgeordneten Kohl: Sehr richtig!) Die Wirtschaftspartei wird eines schönen Tages ebenfalls von den von ihr irreführten Schichten zum Teufel gejagt werden. Wir sagen diesen Schichten ganz klar, daß Sie (zur Wirtschaftspartei) Schindluder treiben mit denen, die Sie ins Parlament geschickt haben (Erregte Zurufe von der Wirtschaftspartei: Frechheit! Unverschämtheit! Ein frecher Bursche!), daß Sie hinaus gehen und eine Propaganda treiben, die nicht mehr zu überbieten ist. Wir stellen hier fest, daß Sie nunmehr glauben, durch derartig kleinliche Anträge Ihren eigenen Niedergang aufhalten zu

können. Wir sagen Ihnen aber auch auf der anderen Seite, daß Sie es sind, die in jeder Hinsicht . . .

Vorsitzender Dr. Jarres: Herr Abgeordneter Lessenich hat eben den Ausdruck „Freiheit“ zugerufen. Ich rufe ihn deshalb zur Ordnung. (Zuruf des Abgeordneten Kolaf: „Frecher Bursche“ hat er gesagt! — Große Unruhe.)

Abgeordneter Lessenich: Hat der Herr Vorsitzende nicht gehört, daß der kommunistische Redner gesagt hat, wir trieben Schindluder mit unseren Wählern? Hat der Herr Vorsitzende das überhört?

Vorsitzender Dr. Jarres: Ähnliches habe ich wohl gehört (Zuruf des Abgeordneten Lessenich: Danke schön!), habe mich aber nicht veranlaßt gesehen, einzuschreiten. (Aha!-Rufe bei der Wirtschaftspartei.)

Abgeordneter Beck (fortfahrend): Ich weise darauf hin, daß es ausgerechnet die Vertreter der Mittelstandspartei sind, die draußen bei ihren Wählern immer und immer wieder gegen die hohen Gehälter losziehen, die immer und immer wieder fordern, daß abgebaut werden muß. Wenn Sie aber hineinblicken in den Reichstag, den Landtag und in die vielen Kommunen, so sehen Sie, daß es gerade die Wirtschaftspartei ist, die gemeinsam mit dem Zentrum, den Deutschnationalen und den übrigen kapitalistischen Vertretern eine Sache macht und gegen die Arbeiterschaft losgeht. Wir stellen fest, daß auch in dieser Frage wiederum ein billiges Agitationsmittel geschaffen werden soll, um die Wähler zu betören. Den Untergang, dem Sie (zur Wirtschaftspartei) geweiht sind, die starke Verelendung, die auch bei Ihnen Platz greifen wird, werden Sie mit derartigen Maßnahmen nicht aufhalten. Karl Marx hat ganz klar aufgezeigt, daß auch Sie eines Tages herabgewürdigt, herabgestoßen werden ins Proletariat. Sie glauben, durch derartige Maßnahmen nunmehr dem goldenen Mittelstand, der ebenfalls vor dem Ruin steht, helfen zu können. Ich brauche Ihnen nicht aufzuzeigen, wieviel hunderte und tausende Existenzen durch unsere „göttliche“ republikanische Ordnung tagtäglich dem Untergang geweiht sind. Sie wissen das so gut wie wir. Sie glauben dadurch, daß Sie in der Mitte laborieren, Ihren eigenen Untergang aufhalten zu können. Die Schichten, die Sie heute mit derartigen Mäxchen irreführen, werden eines Tages begreifen, daß ihr Loß nicht durch derartige kleinliche Anträge gebessert wird; sie werden begreifen, daß sie Front machen müssen gegen die Vertreter, mit denen Sie in den letzten 8 Tagen gemeinsame Sache gemacht haben, daß sie Front machen müssen gegen die Kapitalisten, gegen die Herren von den Deutschnationalen, vom Zentrum usw., daß sie sich darauf einstellen müssen, gemeinsam mit dem revolutionären Proletariat zu kämpfen; denn nur dadurch wird ihre Lage gebessert werden. (Zurufe von der Wirtschaftspartei.)

Vorsitzender Dr. Jarres: Zur Geschäftsordnung, Herr Abgeordneter Dr. Ley.

Abgeordneter Dr. Ley: In dem Ältestenausschuß wurde vorgestern von Herrn Dr. Jarres gesagt: „Herr Abgeordneter Dunder, wenn alle so wären wie Sie, bräuchten wir eine Geschäftsordnung nicht.“ Ich möchte das feststellen zur Illustration für den heutigen Tag. (Zurufe von den Kommunisten: Das ist ja gar nicht wahr! — Unruhe.)

Vorsitzender Dr. Jarres: Die Bemerkung des Herrn Abgeordneten Dr. Ley gehörte nicht zur Geschäftsordnung. Im übrigen entsprach sie in keiner Silbe der Wahrheit. (Stürmische Hört!-Hört!-Rufe. — Abgeordneter Dr. Ley: Zur Geschäftsordnung!)

Zu dieser Sache gebe ich Ihnen das Wort zur Geschäftsordnung nicht:

Abgeordneter Dr. Ley: Dann zu einer persönlichen Bemerkung!

Vorsitzender Dr. Jarres: Zu einer persönlichen Bemerkung, Herr Abgeordneter Dr. Ley.

Abgeordneter Dr. Ley: Ich stelle fest, daß diese Worte genau so von dem Herrn Präsidenten Dr. Jarres gefallen sind. (Lebhafte Zustimmung bei den Nationalsozialisten. — Zuruf des Abgeordneten Gerlach: Nein! — Zuruf von den Kommunisten: Das ist eine Lüge!)

Vorsitzender Dr. Jarres: Ich stelle fest, daß das der Wahrheit nicht entspricht. Die Worte sind von einem anderen gesprochen worden, aber nicht von mir. (Zuruf des Abgeordneten Dr. Ley: Sie haben „Ja, ja“ gesagt! — Lachen bei den Sozialdemokraten. — Zuruf des Abgeordneten Hoffmann: Sie sind ein netter Zitatens-Künstler! — Weiterer Zuruf des Abgeordneten Dr. Ley: „Sehr richtig!“ haben Sie gesagt!)

Wir kommen zur Abstimmung. Ich bitte diejenigen sich zu erheben, die zu Nr. 35, dem Antrag des I. Ausschusses, zustimmen wollen. — Das ist die Mehrheit. Es ist so beschlossen.

Im übrigen muß ich zu der Bemerkung des Herrn Abgeordneten Beck, der der Wirtschaftspartei zugerufen hat, sie triebe Schindluder mit ihren Wählern, bemerken: Ich habe den Zuruf in diesem Ton und in diesem Wortlaut nicht verstanden. Würde ich ihn verstanden haben, so würde ich den Abgeordneten Beck darauf aufmerksam gemacht haben, daß er damit die parlamentarische Grenze verletzt hätte. (Zuruf des Abgeordneten Hoffmann: Dann hat sie aber auch der Zurufer überschritten! — Zuruf des Abgeordneten Dr. Ley zum Vorsitzenden: Das sind Ihre Freunde!)

Wir kommen zu den folgenden Punkten der Tagesordnung. Es sind verbunden die Nummern 36, 38 bis 43. Wünschen die Herren Berichterstatter dazu das Wort? (Abgeordneter Dr. Knust: Zur Geschäftsordnung!)

Zur Geschäftsordnung Herr Abgeordneter Dr. Knust.

Abgeordneter Dr. Knust: Nachdem wir uns acht Tage lang in der Form hier unterhalten haben, wie es den Abgeordneten und auch der Tribüne nicht weiter

auseinandergesetzt werden braucht — auch die Presse hat sich ja schon eingehend damit beschäftigt —, wird jetzt einer der wichtigsten Punkte der ganzen Verhandlungen in Angriff genommen, und zwar mit einer Redezeit von 10 Minuten. In diesen 10 Minuten Redezeit für jede Partei soll jetzt der Etat in der Weise verändert werden, daß die Sparmaßnahmen, von denen der Herr Landeshauptmann und auch die Parteien hier so viel Worte gemacht haben, nun dadurch in die Tat umgesetzt werden, daß der ordentliche Etat auf 135,1 Millionen, womit er schon um 2,1 Millionen das vorhergehende Jahr überschreitet, festgesetzt und der außerordentliche Haushalt von 7,4 auf 8,9 Millionen erhöht werden soll. (Zuruf des Abgeordneten Gerlach: Das ist doch nicht zur Geschäftsordnung!) Wir sind zur Geschäftsordnung der Meinung, daß es nicht möglich ist, in 10 Minuten Klarheit darüber zu schaffen, wie die einzelnen Parteien darüber denken bzw. wie sie ihre Sparsamkeitsausführungen, die sie hier gemacht haben, verwirklichen wollen, indem sie den außerordentlichen Haushalt jetzt um 1,5 Millionen in 10 Minuten erhöhen. (Sehr gut! bei der Wirtschaftspartei.) Wir sind der Meinung, daß die 35 000 Mark, die an Diäten hier ausgezahlt werden . . .

Vorsitzender Dr. Farres: Herr Abgeordneter, Sie haben zur Geschäftsordnung das Wort. Sie sprechen aber zur Sache. Das ist gegen die Geschäftsordnung.

Abgeordneter Dr. Knust (fortfahrend): Daß diese Diäten dafür benutzt werden sollten, ganze Arbeit zu machen, indem wir uns über die Sparsamkeitsprinzipien, wie sie jetzt hier angewandt werden sollen, etwas länger unterhalten. Wir stellen den Antrag, die Redezeit von 10 auf 20 Minuten zu erhöhen. (Zuruf des Abgeordneten Renner: Wenn Sie zuviel Diäten bekommen, dann geben Sie sie bei uns ab. Wir können sie verwerten! — Heiterkeit.)

Vorsitzender Dr. Farres: Der Ältestenrat hat Ihnen heute morgen vorgeschlagen und Sie haben beschlossen, zu Nr. 36, 38 bis 43 die Redezeit auf 10 Minuten festzulegen. Die Wirtschaftsfraktion stellt den Antrag, diese Redezeit mit Rücksicht auf die Wichtigkeit gerade dieses Gegenstandes auf 20 Minuten zu erhöhen. Ich lasse darüber abstimmen und bitte diejenigen, die dem Antrage der Wirtschaftspartei entsprechen wollen, sich zu erheben. (Zuruf des Abgeordneten Haake: Wo bleibt die Arbeitsgemeinschaft? — Antwort des Abgeordneten Gerlach, auf Wirtschaftsbund und Nationalsozialistenweisend: Da ist sie ja!) — Das ist nicht die erforderliche Mehrheit. (Zuruf des Abgeordneten Dr. Ley: Die KPD. geht immer mit den Bürgerlichen! — Lachen in der Mitte und links. — Erneuter Zuruf des Abgeordneten Dr. Ley: Das sind Ihre Freunde!)

Herr Abgeordneter Dr. Ley, wollen Sie nicht immer die Verhandlungen unterbrechen durch überflüssige Zwischenrufe.

Ich erteile zunächst das Wort dem Herrn Dr. Boden als Berichterstatter zu Nr. 40.

Abgeordneter Dr. Boden: Meine Damen und Herren! Ich habe namens des I. Sachausschusses zu Nr. 40 lediglich eine Erklärung abzugeben. Sie finden in dem Haushaltsplan „Verschiedenes“ unter Titel 15 zum erstenmal einen Ansatz für die Landesplanung. Der I. Sachausschuß hat mich beauftragt, seiner Meinung hier dahin Ausdruck zu geben, daß er diese Materie als eine Aufgabe der Selbstverwaltung betrachtet und daß er im Interesse einer einheitlichen Regelung dieser Materie für die Provinz eine provinziale Selbstverwaltungsaufgabe darin erblickt.

Vorsitzender Dr. Farres: Ich stelle fest, daß die übrigen Herren Berichterstatter das Wort nicht wünschen.

Wir treten in die Besprechung ein. Zunächst hat das Wort Herr Abgeordneter Hansen.

Abgeordneter Hansen: Meine Damen und Herren! In der Drucksache 127 heißt es wörtlich: „Die Provinzialverwaltung wird beauftragt, sofort geeignete Schritte zu unternehmen, um die vorhandenen Mißstände beim Deichbau Neuwied in bezug auf Ueberstundenwesen, untertarifliche Entlohnung, Nichteinhaltung der Unfallverhütungsvorschriften, Vermittlung und Unterbringung der Arbeiter usw. zu beseitigen.“ Ich wäre in der Lage gewesen, aus meiner Zugehörigkeit zum Deichausschuß Neuwied diese Unterstellungen zu widerlegen, habe es aber für meine Pflicht gehalten, diese Angelegenheit sofort dem Bürgermeister in Neuwied und ebenso dem Leiter des Deichbauamtes zu Neuwied zu unterbreiten. Darauf habe ich die Erklärung bekommen, die hier schriftlich vorliegt, daß den berufenen Stellen von Mißständen beim Deichbau Neuwied in bezug auf Ueberstundenwesen, untertariflicher Entlohnung, Nichteinhaltung der Unfallverhütungsvorschriften, Vermittlung und Unterbringung der Arbeiter nichts bekannt sei. Wohl sei es einige Male vorgekommen, daß Arbeiter, die von den Deichbauunternehmen wegen Pflichtverletzung entlassen worden seien, sich über angebliche Mißstände, wie sie in dem kommunistischen Antrag erwähnt seien, beklagt hätten. Die Ermittlungen hätten jedoch jedesmal ergeben, daß von Mißständen keine Rede sein könnte und daß die Beschwerden nur vorgebracht worden seien, um sich an der betreffenden Firma wegen der Entlassung zu rächen. Im übrigen bemerkt der Herr Bürgermeister weiter, daß die Kontrolle über die Deichbauarbeiten, die das Deichbauamt im eigenen Interesse ausübe, eine so weitgehende und scharfe sei, daß die in dem Antrag behaupteten Mißstände überhaupt nicht aufkommen könnten.

Ich freue mich, daß die Unterlagen der Regierung in Koblenz zur Prüfung überreicht sind, weil sich gerade die Regierung in Koblenz fortlaufend über die

tatsächlichen Verhältnisse unterrichtet und sich davon überzeugt hat, daß alles in Ordnung ist.

Meine Herren! Wir in Neuwied haben ein abschreckendes Beispiel in allernächster Nähe, den Mürburgring, und werden schon darauf achten, daß es nicht zu einem zweiten Mürburgring kommt.

Bei dieser Gelegenheit möchte ich aber die Landesverwaltung bitten, der Aggertalsperre-Angelegenheit erneute Aufmerksamkeit zu widmen, damit es hier nicht zu einem zweiten Mürburgring kommt.

Vorsitzender Dr. J a r r e s : Das Wort hat der Herr Abgeordnete Dr. Boden.

Abgeordneter Dr. B o d e n : Meine Damen! Meine Herren! Die Ausführungen, die der Herr Abgeordnete Dr. Knust zur Begründung des Antrages auf Verlängerung der Redezeit gemacht hat, zwingen mich doch, zu dieser Sache kurz Stellung zu nehmen.

Es ist richtig und auch im I. Sachausschuß sehr deutlich zum Ausdruck gebracht worden, daß man über die Art dieser Umetatisierung sehr streiten kann. (Hört, hört! bei der Wirtschaftspartei.) Sie müssen aber bedenken, daß es sich hier um eine Aufgabe handelt, die die Provinz seit Jahren und Jahrzehnten als ihr ureigenstes Gebiet betrachtet hat und daß die Senkung in diesem Aufgabengebiet gegenüber dem Vorjahr 40 Prozent beträgt und damit den höchsten Prozentsatz erreicht hat, der überhaupt gekürzt worden ist. Ich darf vergleichsweise darauf hinweisen, daß im Hochbauetat die nächsthöchste Kürzung mit 38 Prozent und die dann folgende Kürzung mit 22 Prozent bei den Provinzialerziehungsheimen erfolgt ist. Wenn Sie das zugrunde legen und bedenken, daß die Gemeinden und kleinen Landkreise sehr wesentlich auf die Unterstützung der Provinz zur Aufrechterhaltung ihrer Straßen angewiesen sind, dann werden Sie mir wohl recht geben und mich unterstützen, wenn ich Sie bitte, dem Antrage, wie er Ihnen vorgelegt ist, Ihre Zustimmung zu erteilen.

Vorsitzender Dr. J a r r e s : Das Wort hat der Herr Abgeordnete Meurer.

Abgeordneter M e u e r : Zunächst liegt Ihnen ein Antrag der kommunistischen Fraktion vor, in dem verlangt wird, der Noten Hilfe einen Zuschuß in Höhe von 50 000 Mark zu gewähren. (Zuruf des Abgeordneten Terboven: Das ist zu wenig!) Der Ausschuß empfiehlt Ablehnung. Wir sind uns auch darüber klar, daß die Mehrheit dieses Hauses diesen Antrag ablehnen wird, weil von dieser Stelle aus grundsätzlich nur Mittel entweder für die schwarze oder für die blaue oder für die rosarote Hilfe bewilligt werden.

Dann liegt ein Antrag unserer Fraktion vor, die Summe für Kinderspeisung von 150 000 auf 500 000 RM zu erhöhen. Wir sind gewiß, daß die Mehrheit dieses Hauses auch diesen Antrag ablehnen wird.

Weiter liegt ein Antrag vor, die beabsichtigte Anleihe von 7,5 Millionen RM für den Straßenbau in der Provinz auf 15 Millionen RM zu erhöhen. Ein weiterer Antrag unserer Fraktion fordert, daß von diesen 15 Millionen RM 8 Millionen RM für den Gemeinde- und Kreiswegebau zur Verfügung gestellt werden. Sie werden diese Anträge naturgemäß ablehnen; aber mit der Ablehnung dokumentieren Sie, daß die ganzen Reden, die Sie von Montag bis heute über die schlechten Wegeverhältnisse in der Eifel, auf dem Hunsrück und überall gehalten haben, nichts anderes sind, als leere Phrasen.

Herr Hansen als Vertreter der Zentrumsparlei erklärt hier: Bei dem Deichbau Neuwied sind keine Mißstände vorhanden; es ist alles in bester Butter. Wenn das so wäre, Herr Hansen, hätten wir gar keine Veranlassung gehabt, diesen Antrag hier einzubringen. Als vor zwei Jahren die Bewilligung der ersten Mittel für den Deichbau Neuwied hier zur Beratung stand, stand ebenfalls ein Antrag unserer Fraktion zur Diskussion, in dem von der Verwaltung gefordert wurde, daß sie bei der Herausgabe und Verteilung der Gelder eine sehr strenge Kontrolle durchführen sollte. Wir stellen heute fest, daß diese Anträge abgelehnt worden sind, weil die Verwaltung erklärte: Der Antrag ist nicht notwendig; wir werden auch ohne diesen Antrag irgendwelche Mißstände bei diesen Arbeiten zu unterbinden wissen. Heute stellen wir fest, daß bei den Deichbauarbeiten in Neuwied ein Akkordsystem herrscht, das ein ausgesprochenes Mordsystem ist. Ich frage Sie, Herr Hansen: Wenn bereits bis heute beim Deichbau 5 Todesfälle und weit über 50 Schwere- und Leichtverletzte zu verzeichnen sind, ob das nach Ihrer Ansicht keine Mißstände sind. Wir sagen: Weil die Verwaltung solche Mißstände deckt, ist sie 100prozentig mit verantwortlich für dieses Abschlagen der Proletarier. (Zuruf von den Kommunisten: Sie sagt, es wäre alles in Butter!) Natürlich, alles in Butter. Wenn wir zum Beispiel heute feststellen, daß Tausende von Tagewerken nur durch das Schufken von Ueberstunden eingespart worden sind, nur deshalb, weil die Firmen Ueberstunden auf Ueberstunden verlangen, so sind das schon einige Mißstände. Wenn wir weiter feststellen, daß bei den meisten Firmen beim Deichbau die Tariflöhne nicht eingehalten werden, sondern daß die Arbeiter unter Tarif entlohnt werden, so sind das ebenfalls Mißstände. Wenn bei der Vermittlung von Arbeitskräften durch das Arbeitsamt Neuwied nach dem Deichbau zu verzeichnen ist, daß die Ausgesteuerten im Kreise Neuwied selbst keine Beschäftigung beim Deichbau finden, daß dafür Arbeitslose mit 36 und 37 RM Unterstützung aus den Landkreisen Koblenz, Mayen und Altenkirchen beschäftigt sind, nur um die Unterstützungsempfänger, die auf Grund ihrer Leistungen hohe Unterstützungssätze beziehen, aus der

Arbeitslosenfürsorge herauszuwickeln, so sind das auch Mißstände. Wir stellen fest, daß bei aller Akkordarbeit der beste Wochenlohn im Durchschnitt 37, 38 RM, im allergünstigsten Falle 40 RM beträgt. Die Leute, die aus dem Kreise Altenkirchen vom hohen Westerwald für 36, 37 und 38 RM die Woche schaffen müssen, die dann noch ihre Jahrgelder und sonstigen Abgaben zahlen müssen, gehen mit einem Wochenlohn von 23 und 24 RM nach Hause. Das sind doch sicherlich Mißstände, Herr Hansen.

Heute steht die Frage zur Diskussion, ob 280 000 RM wiederum als Zuschuß zum Deichbau gegeben werden sollen. Wir verbinden damit unsere Forderung, daß die Verwaltung in Zukunft mehr als bisher auf die Einhaltung der tariflichen Bestimmungen achtet. Wenn uns nachher erklärt wird, daß dafür die Gewerkschaften und die Parteien da sind, so erklären wir Ihnen, daß dieselben Parteien, die hier unsere Anträge ablehnen, dort die Gewerkschaften, das Arbeitsamt, das Bürgermeisteramt und die Kreisleitung darstellen. Bei einer solchen Verwaltung und bei solchen Leuten ist absolut nicht zu erwarten, daß sie auch das allergeringste Interesse den Werk tätigen entgegenbringen. Im Gegenteil, wir werden feststellen können, daß nach Bewilligung dieses Zuschusses von 280 000 RM die dortigen Firmen erneut den Augenblick für gekommen halten, durch ein gesteigertes Mordsystem diese 280 000 RM ebenfalls in aller kürzester Zeit zu verschlingen.

Wenn Herr Hansen sagt, daß die Deichbaukommission darauf achtet, daß der Deichbau Neuwied kein zweiter Nürnberg gibt, so können wir Ihnen verraten, daß das Nürnbergdrama in Neuwied beim Deichbau seine Wiederholung finden wird. Sie haben heute selbst zugegeben, daß der Nürnberg ein Fiasko ist für die Verwaltung und für die Rheinprovinz. Sie dürfen allerdings nicht vergessen, daß Sie diejenigen sind, die die Mittel für den Nürnbergring bewilligt haben. Gerade beim Etat für Straßen- und Wegebau stellen wir fest, daß Jahr um Jahr die Mittel für den Ausbau der Gemeinde- und Kreiswege beschnitten werden, daß aber auf der anderen Seite das Millionendefizit bei diesem Nürnbergring gedeckt wird. Aus all diesen Dingen ersehen wir, daß Sie gar kein Interesse daran haben, und aus Ihren Ausführungen konnten wir bereits entnehmen, daß Sie gar nicht daran denken, diese hier aufgezeigten Mißstände beim Deichbau Neuwied auch nur in etwa abzustellen. Wir sind der Auffassung, daß Sie das auch niemals tun werden. Deshalb sagen wir, daß diese Instanz, dieses Parlament und diese Verwaltung nicht dafür eintreten und sorgen werden, daß diese Mißstände, daß dieses Mordsystem beim Deichbau Neuwied beseitigt wird, sondern wir beim Deichbau Neuwied weitergeführt und beibehalten wird. Deshalb sagen wir den Proletariern draußen, daß nicht durch Beschlüsse dieses Parlaments auch nur

in etwa Hilfe zu erwarten ist, daß die Verwaltung ein Bestandteil des kapitalistischen Systems ist und daß die Arbeiterschaft von diesem Bestandteil eines kapitalistischen Ausbeutersystems gar nichts anderes erwarten kann.

Wir sagen deshalb den Arbeitern, daß es gilt, im Kampf diese Gesellschaftsordnung samt ihrer Verwaltung und ihren Stützen zu beseitigen. Die Zustände beim Deichbau Neuwied werden dazu beitragen, vielleicht Hunderten und Tausenden von Proleten in dem dortigen Gebiet die Augen zu öffnen.

Vorsitzender Dr. Farves: Das Wort hat der Herr Abgeordnete von Detten.

Abgeordneter von Detten: Meine Damen und Herren! Zu Punkt 41 der heutigen Tagesordnung liegt ein Antrag des IV. und I. Sachausschusses vor zu dem Antrag der Zentrumsfraktion auf Erhöhung der für Uebernahmestrafen und für Unterstützung des Kreis- und Gemeindewegebaues vorgesehenen Mittel, ferner ein Antrag der Wirtschaftspartei zu diesem Antrag der Zentrumsfraktion Nr. 66. In diesem Antrag der Zentrumsfraktion wird folgendes verlangt:

Seit dem Jahre 1926 sind für Kreis- und Gemeindewegebauten 1,7 Millionen RM verlangt worden, ferner für den Ausbau der Provinzialstraßen 1 Million RM, im ganzen also 2,7 Millionen RM. Im Jahre 1930 ist der Etat von der Provinzialverwaltung so aufgestellt worden, daß für Kreis- und Gemeinden 1 Million RM und für den Ausbau 500 000 RM angefordert werden. Es besteht also gegenüber den Vorjahren eine Differenz von 1,2 Millionen RM. Das Zentrum verlangt aber eine Erhöhung dieser Position um 1,5 Millionen RM, geht also noch um 300 000 RM über die Etats der Jahre von 1926 an hinaus, obwohl sich seitdem die Schwierigkeiten und die Not des deutschen Volkes über alle Maßen vergrößert haben. (Zuruf des Abgeordneten Dr. Knust: Sehr richtig! Das ist die Sparsamkeit!)

Meine Damen und Herren! Die Wirtschaftspartei hat nun durch ihren Antrag versucht, diesem Vorgehen des Zentrums die Sparsamkeitsmöglichkeit entgegenzustellen (Sehr richtig! bei der Wirtschaftspartei.) und hat verlangt, daß diese Mehranforderung von 1,5 Millionen dadurch gedeckt wird, daß der Endbetrag des ordentlichen Haushaltsvoranschlages für 1930, der in der Schlußsumme mit rund 2,1 Millionen RM überstiegen wird, zur Deckung benutzt werden soll. Es ist im Ausschuß gesagt worden, daß es für uns sehr leicht wäre, solche Vorschläge zu machen. (Sehr richtig! im Zentrum.) Ich höre eben auch aus dem Zentrum die Bemerkung: Sehr richtig. Ja, meine Damen und Herren, ist es denn für die Provinzialverwaltung nicht noch viel leichter, eine solche Erklärung, daß dies leicht sei, abzugeben? Wir haben von der Provinzialverwaltung allerdings einen Sparerlaß zu Händen bekommen, über den wir uns bis zu einem gewissen

Grade freuen könnten; denn wir glaubten darin ein langsames Erkennen zu sehen, daß auch die Provinzialverwaltung endlich dazu übergeht, konsequente Maßnahmen zur Ersparung der Steuergelder und der Umlage durchzuführen. Wir haben uns schon gewundert, daß nicht von anderer Seite aus gegen diesen Sparerlaß losgezogen worden ist, denn es würde doch den Anschauungen der Linken nicht entsprechen, daß man nun wirklich und energisch irgendwelche Sparmaßnahmen verlangt.

Meine Damen und Herren! Das Zentrum bringt es nun fertig, über die Summen der Jahre hinauszugehen, in denen es glaubte, daß wir noch besser standen. Die Wirtschaftspartei hatte aber schon damals dauernd gemahnt, des Endes einzugedenken, das uns bei dieser Wirtschaft, wie sie in Reich, Ländern und Kommunen getrieben wurde, bevorstehe. Die Wirtschaftspartei hat gemahnt, der Folgen eingedenk zu sein, wenn die Radikalisierung des Volkes und das Auseinanderfallen der Volksschichten weiter fortschreite. Ein Spiegelbild davon waren die gesamten Verhandlungen hier, in denen fast täglich Links und Rechts in einer Schärfe aufeinanderprallten, wie wir das in der Vergangenheit noch nicht gesehen haben. Das alles zeigt nur die scharf abgehende Kurve unserer Wirtschaft. Deshalb ist es auch nicht verständlich, daß man von derjenigen Partei, die 10 Jahre lang diese Wirtschaftspolitik maßgebend und ausschlaggebend trotz bürgerlicher Mehrheiten beeinflusst hat (Hört, hört-Rufe bei der Wirtschaftspartei), über die Etatsansätze viel besserer Jahre der Vergangenheit in der heutigen Not um diese außerordentliche Summe hinausgeht. (Sehr gut! bei der Wirtschaftspartei.) Glaubt man wirklich, bevor noch das Desastre kommt, möglichst viele seiner gegebenen Versprechungen in Kreisen, Gemeinden und in der Provinz in die Scheune hineinbringen zu müssen? Denken Sie daran, daß diese Scheune eines Tages brennen wird und daß alles, was Sie dort hineingesteckt haben, vernichtet werden wird. (Sehr gut! bei der Wirtschaftspartei. Zuruf des Abgeordneten Dr. Ley: Sehr richtig!)

Meine Damen und Herren! Der Sparerlaß ist gut, aber wir vermissen trotzdem den großen Zug in den Etats, daß wirklich mit ernster Rücksichtslosigkeit und Konsequenz gespart wird. (Sehr richtig! bei der Wirtschaftspartei.) Wenn es heißt, es wäre für uns sehr leicht, solche Vorschläge zu machen, dann muß man der Provinz doch entgegenhalten, daß wir schon vor Jahren im Reichstag und in anderen Parlamenten verlangt haben, 10 Prozent der gesamten Etats abzustreichen. (Zuruf des Abgeordneten Dunder: Um die Hungerpeitsche noch mehr schwingen zu können!) Nein, um sparsam zu sein und dafür zu sorgen, daß die Arbeiter noch Lohn bekommen können; denn das wird eines Tages aufhören, und Sie (zu den Kommunisten) haben uns noch nicht bewiesen, daß es möglich ist, Geld

zu bezahlen, wenn keins mehr da ist. Wenn Sie den Beweis einmal erbracht haben, dann können Sie wiederkommen. (Erregte Zurufe bei den Kommunisten.) Meine Damen und Herren! Wir wundern uns auch darüber, daß unser Antrag von der Provinzialverwaltung im Ausschuß so leicht genommen wurde, indem man erklärt hat, es wäre leicht, sich so zu äußern. Ich möchte einmal fragen, ob die Provinzialverwaltung auch dem Herrn Finanzminister, der einen Erlaß herausgegeben hat, daß 10 Prozent bei allen Etats zu sparen sind, gesagt hat: Ja, lieber Finanzminister. Das ist alles sehr leicht und sehr schön. Sage aber mal, wo, wie und wann ich diese 10 Prozent einsparen soll. Ich glaube, daß diese Entgegnung durchschlagend ist für die Stellungnahme der Provinz im Ausschuß uns gegenüber.

Meine Damen und Herren! Noch etwas über die Anleihepolitik und darüber, daß die Provinz es heute fertigbringt, Mittel aus dem außerordentlichen Etat im ordentlichen Haushalt zu verwenden. Das scheint mir ein bißchen an Hexerei zu grenzen. Wir haben uns aber bei Aufstellung der Etats, die in Preußen nach etwa 70 Schemata stattfinden, an vieles gewöhnen müssen und sind überzeugt, daß der Fokuspotus bei der Aufstellung der Etats an vielen Stellen nicht mehr überboten werden kann. (Sehr gut! bei der Wirtschaftspartei.)

Meine Herren! Die Sparsamkeit ist in aller Munde, aber diejenigen, die darüber sprechen, sind in der Regel nicht dafür, daß sie selbst sparen, sondern daß andere sparen. Wir hoffen und erwarten, daß der nächstjährige Etat auch hier in der Provinz in ganz anderer Weise aufgestellt wird, ohne daß die Not Sie dazu zwingt. Das sollte vielmehr aus Klugheit und aus Rücksicht auf die gesamten Verhältnisse geschehen, damit wir nicht in ein unerträgliches Maß von Radikalisierung versinken. Der Etat muß aufgestellt werden im Sinne des Sparsamkeitserlasses der Provinz im Kleinen, im nächsten Jahr dann aber auch im ganz Großen. (Zuruf des Abgeordneten Dunder: Zur Geschäftsordnung!)

Vorsitzender Dr. Jarres: Zur Geschäftsordnung Herr Abgeordneter Dunder.

Abgeordneter Dunder: Der Nazi-Abgeordnete Ley hat vorhin in meiner Abwesenheit in Verbindung mit der Geschäftsordnung über mich etwas geäußert, was der Vorsitzende bereits richtiggestellt hat.

Vorsitzender Dr. Jarres: Ich kann Ihnen hierfür das Wort zur Geschäftsordnung nicht geben. Das ist eine persönliche Bemerkung.

Abgeordneter Dunder: Zur Geschäftsordnung. Im Ältestenausschuß wurde gestern angekündigt, daß in den letzten Tagen der Landtagsitzung von der Geschäftsordnung schärfer Gebrauch gemacht werden sollte. Gerade unser Fraktionsfreund Nohl ist es gewesen...

Vorsitzender Dr. Jarres: Herr Abgeordneter Dunder, ich kann Ihnen hierzu das Wort zur Geschäftsordnung nicht geben. Das ist eine persönliche Bemerkung, die Sie nachher machen können. (Zuruf des Abgeordneten Dr. Ley: Tun Sie ihm bitte nicht weh, Herr Dr. Jarres! Das ist ein lieber Mann!)

Abgeordneter Dunder: Dann bitte ich um eine persönliche Bemerkung nach der Aussprache.

Vorsitzender Dr. Jarres: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Simon.

Abgeordneter Simon: Es ist bezeichnend, daß kein einziger von sämtlichen Vorrednern es der Mühe für wert gehalten hat, bei dem jetzt zur Debatte stehenden Punkt ein Wort über die Anleihewirtschaft dieser Provinz zu sagen. Das ist ein Kennzeichen dafür, wie weit die Verzögerung der einzelnen Parteien mit dem Finanzkapital vorgeschritten ist. Wir Nationalsozialisten lehnen jedenfalls diese Anleihen ab, und zwar einmal aus Gründen der allgemeinen Wirtschaftsmoral (Zuruf des Abgeordneten Dunder), die heute noch teilweise bei einigen Kreisen des deutschen Volkes — bei Ihnen ja nicht, Herr Dunder — vorhanden ist. (Abgeordneter Dr. Ley: Sehr gut!) Es entspricht nicht den Gepflogenheiten eines ordentlichen Kaufmanns, daß er zu einem Zeitpunkt Geld aufnimmt, wenn er nicht weiß, ob er es zurückzahlen kann, ja sogar, wenn er überzeugt ist, daß er es niemals zurückzahlen kann. (Sehr richtig! bei den Nationalsozialisten.) Das angewandt auf die Provinz heißt, daß es auch den Grundsätzen einer anständigen öffentlichen Wirtschaftsgebarung nicht entsprechen kann, wenn Anleihen aufgenommen werden zu einem Zeitpunkt, wo die Verwaltung nicht weiß, ob sie in den kommenden Jahren oder Jahrzehnten auf Grund dieser Verhältnisse und des jetzigen Systems jemals in die Lage kommen wird, auch nur einen Teil dieser Anleihen zurückzahlen zu können. (Sehr gut! bei den Nationalsozialisten.)

Wir Nationalsozialisten lehnen die Anleihen aber auch aus politischen Gründen ab. Wir sind nicht so töricht, zu glauben, daß die Aufnahme einer Anleihe lediglich eine rein wirtschaftliche Angelegenheit ist. Wir sehen vor allen Dingen nicht ein, daß wir dem Finanzkapital etwa noch zu Dank verpflichtet sein sollen, weil wir eine Anleihe zu einem einigermaßen tragbaren Zinsfuß bekommen. Wir sehen darin vielmehr ein trauriges Zeichen des gegenwärtigen Systems, daß die gesamten öffentlichen Körperschaften, daß Gemeinden, Städte, Kreise, Provinzen, Staaten und Reich und selbst die Kirchen, daß diese Wirtschaften im großen wie im kleinen allesamt gezwungen sind, heute vor den Türen der Finanzkapitalisten zu stehen und sich das Geld besorgen, das sie für die Produktion brauchen. (Zuruf des Abgeordneten Dr. Ley: Sehr gut!) Die Nationalsozialisten erblicken gerade in dieser Tatsache eine Bestätigung für die alte Wahrheit, daß die Demo-

kratie als Regierungsform niemals ein Zeichen für eine Volksherrschaft, sondern ein Zeichen dafür ist, daß das Finanzkapital, daß die Ausbeutung des schaffenden Menschen zur Macht gelangt. (Zuruf des Abgeordneten Dunder: Siehe Mussolini!) Die Tatsache, daß die Provinz Rheinland Anleihen aufnehmen muß, um überhaupt die Produktion wenigstens für die öffentliche Wirtschaft noch einigermaßen in Gang zu halten, beweist, daß wir in Deutschland, sowohl in der Provinz, als auch im Staat und im Reich restlos in der Herrschaft des Finanzkapitalismus stehen, daß wir nicht einen Volksstaat haben, sondern einen Staat, den ich hier nicht bezeichnen darf, weil ich nach dem Republikenschutzgesetz dabei mit einer entsprechenden Strafe belegt würde. (Lachen in der Mitte und links.)

Wir Nationalsozialisten lehnen die Anleihen auch aus wirtschaftlichen Gründen ab. Ich bin mir vollkommen darüber klar, daß der größte Teil dieses Hauses unsere wirtschaftlichen Gründe entweder nicht einsehen kann oder nicht einsehen will, weil eben diese Parteien viel zu sehr an das Finanzkapital gebunden sind. (Zuruf des Abgeordneten Dr. Ley: Sehr richtig!) Eine Anleihe ist wirtschaftlich nichts anderes als der vorausgenommene papierne Ausdruck eines später zu schaffenden realen Wertes, und es dreht sich darum, ob dieser papierne Ausdruck des realen Wertes durch die Privatwirtschaft und das Bankkapital geschaffen wird oder durch einen Staat, der die Finanzhoheit selbst in der Hand hat. Wir Nationalsozialisten verlangen, daß jeder Ausdruck eines später zu schaffenden realen Wertes nicht durch die Banken und das Privatkapital geschaffen wird, sondern durch den Staat, daß also der Staat die Finanzhoheit zuriückerhält. (Sehr gut! bei den Nationalsozialisten.) Dann ist die Provinz Rheinland auch nicht mehr gezwungen, um Anleihen zu einem hohen Zinsfuß betteln zu gehen.

Weil diese Tatsache gegenwärtig besteht, sind wir Nationalsozialisten nicht geneigt, den diesjährigen Etat anzunehmen. Wir lehnen diesen Etat ab als Ausdruck unserer Gesinnung dafür, daß wir dem Finanzkapital in Deutschland nicht zu Willen sein wollen. (Zuruf des Abgeordneten Dr. Ley: Sehr gut!)

Auf der Tagesordnung steht noch ein Punkt, wonach die Herren Kommunisten eine besondere Unterstützung für ihre Rote Hilfe verlangen. Diese Unterstützung könnte ja gegeben werden, wenn eine Voraussetzung erfüllt wäre. Es müßte genau wie bei anderen Organisationen die Voraussetzung vorhanden sein, daß bei Ihrer Roten Hilfe die Verwaltung so sauber ist, daß man weiß, daß die Kinder die Unterstützung auch bekommen. (Sehr gut! bei den Nationalsozialisten.) Aber für diese Tatsache bietet gerade die kommunistische Partei keine genügende Garantie.

Vorsitzender Dr. Jarres: Das Wort hat der Herr Landeshauptmann.

Landeshauptmann Dr. Sorion: Meine Damen und Herren! Der Herr Abgeordnete von Detten hat der Provinzialverwaltung Sparsamkeitsvorschläge gemacht, zu denen ich doch ein kurzes Wort sagen muß. Es sind jetzt sämtliche Haushaltspläne der Provinzialverwaltung angenommen, bis auf den Haushaltsplan „Verschiedenes“. Zu diesen sämtlichen Haushaltsplänen hat die Wirtschaftspartei einen einzigen Sparsamkeitsvorschlag gemacht, nämlich die Reisekosten um 25 Prozent zu ermäßigen, woraus sie eine Ersparnis von 100 000 RM errechnet. (Zuruf aus der Wirtschaftspartei: Und die Landesratsstelle?) Jetzt soll nun eine weitere Ersparnis dadurch stattfinden, daß einfach gerechnet wird, um wieviel der Gesamthaushaltsplan in diesem Jahr höher ist als im vorigen Jahr. Das sind 2 Millionen. Folglich sollen diese 2 Millionen an irgendwelchen Haushaltsplänen abgestrichen werden. Das sind eben die Sparsamkeitsvorschläge, die sich genau mit denen decken: es sollen 10 Prozent, 15 Prozent oder 20 Prozent eingespart werden. Es ist ja ein Mundauswurf, ob Sie 2 Millionen sagen oder 4 Millionen oder 6 Millionen. Für alles ist genau dieselbe Unterlage vorhanden. Das sind die Sparsamkeitsvorschläge, mit denen wir in der öffentlichen Verwaltung auch keinen Schritt weiterkommen. (Sehr gut! in der Mitte.) Wir kommen nur weiter mit Sparsamkeitsvorschlägen, die praktischen Inhalt und praktische Bedeutung haben. Wenn mir solche Sparsamkeitsvorschläge von der Wirtschaftspartei gemacht würden, so würde ich dafür sehr dankbar sein. Ich bin dann gerne bereit, sie, soweit es irgend möglich ist, zur Durchführung zu bringen. (Beifall im Zentrum. Zuruf des Abgeordneten Dr. Knust: Herr Landeshauptmann, 50 Prozent an Pensionen! Zuruf des Abgeordneten Dunder.)

Vorsitzender Dr. Jarres: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Hansen.

Abgeordneter Hansen: Ich möchte gegenüber den Ausführungen des Herrn Meurer lediglich feststellen, daß sämtlichen Unternehmerverträgen die Bestimmung zugrunde liegt, daß die tarifmäßigen Löhne bezahlt werden müssen. Verschiedentlich sind von kommunistischer Seite Mängel gerügt worden. Es wurde aber jedesmal festgestellt, daß die Klagen unberechtigt waren.

Vorsitzender Dr. Jarres: Zur Geschäftsordnung Herr Abgeordneter Heuser.

Abgeordneter Heuser: Meine Damen und Herren! Ich beantrage Schluß der Besprechung.

Vorsitzender Dr. Jarres: Es sind keine Redner mehr gemeldet. (Seiterkeit. Zuruf des Abgeordneten Heuser: Gott sei Dank! Man muß ja auf alles gefaßt sein!)

Zu einer persönlichen Bemerkung Herr Abgeordneter Dunder.

Abgeordneter Dunder: Ich habe eben bereits darauf hinweisen wollen, daß der Nazi-Abgeordnete Ley (Zuruf des Abgeordneten Dr. Ley: Der Nazi-Taschist Ley, heißt das!) hier eine Behauptung aufgestellt hat, die mich betrifft, wonach gestern in einer Ältestenausschußsitzung der Vorsitzende gesagt haben soll: Wenn alle Abgeordneten dieses Hauses so wären wie der Abgeordnete Dunder, dann bräuchten wir keine Geschäftsordnung. (Zuruf des Abgeordneten Simon: Das ist aber auch wirklich wahr!)

Ich darf dazu zunächst bemerken, daß gestern in der Ältestenratsitzung angekündigt wurde, in den letzten Tagen die Geschäftsordnung fester zu handhaben. Gerade mein Freund Kahl und ich sind es gewesen, die erklärt haben, daß wir trotzdem von allen Mitteln der Geschäftsordnung Gebrauch machen werden, daß wir uns aber dagegen verwahren, uns die Anpöbeleien der Nazis länger gefallen zu lassen. Wir haben erklärt, daß wir sonst zur Selbsthilfe greifen würden, auch wenn es hier im Saale wäre; das ist uns ganz gleichgültig. Im übrigen lassen wir uns weder von den Nazis noch von irgendeiner anderen Partei beschreiben, wann und wie wir Obstruktion treiben. (Zuruf des Abgeordneten Kahl: Sehr richtig!) Wir lehnen es aber ab, mit dreifachen persönlichen Mitteln Obstruktion zu treiben wie Sie (zu den Nationalsozialisten. — Zuruf des Abgeordneten Dr. Ley: Das macht Ihr ja bloß allein!), sondern wir treiben politische Obstruktion gegen das Parlament.

Dann möchte ich Ihnen (zum Abgeordneten Dr. Ley) noch eins ins Stammbuch schreiben bezüglich Ihrer Sparsamkeit. Bei der Wahl im Jahre 1928 haben Sie für 3 Versammlungen 100 RM liquidiert und 30 Liter Benzin. Wieviel Liter Steinhäger oder Kirchwasser dazu gekommen sind, das weiß ich nicht. (Große Seiterkeit.)

Vorsitzender Dr. Jarres: Zu einer persönlichen Bemerkung Herr Abgeordneter Dr. Ley.

Abgeordneter Dr. Ley: Der Herr Abgeordnete Dunder hat soeben erklärt, daß sie die vornehmsten Leute seien, die in diesem Hause sind. Gerade am Schluß hat er dann wieder einen seiner kommunistischen Drecksprüche gemacht (Zuruf des Abgeordneten Dunder: Das sind Tatsachen!), indem er in der übelsten Weise Ausführungen gemacht hat. (Zuruf des Abgeordneten Dunder: Nächste Woche können Sie die Photographien in der Zeitung sehen.) Was er gesagt hat, trifft mich absolut nicht.

Ich möchte aber noch einmal feststellen: Es ist gestern im Ältestenausschuß — um das noch einmal ganz klar zu sagen — gesagt worden: „Wenn Sie alle so wären wie der Abgeordnete Dunder, bräuchten wir eine Geschäftsordnung nicht.“ Darauf sagte der Herr Präsident Dr. Jarres, der den Vorsitz im Ältestenausschuß hatte: „Natürlich, wenn Sie alle so wären wie Herr Dunder, dann wäre es in Ordnung.“

Dann möchte ich weiter sagen zur Geschäftsordnung: Ich war leider bei dem russischen Gesandten in Berlin noch nicht eingeladen. Selt und Kaviar kenne ich vorläufig noch nicht. (Große Unruhe. Fortgesetzte Zurufe zwischen Kommunisten und Nationalsozialisten. Glocke des Präsidenten.)

Vorsitzender Dr. Farres: Ich stelle noch einmal endgültig fest und berufe mich auf das Zeugnis der Mitglieder des Nestfeuertages, daß diese Bemerkung von mir nicht gefallen ist. (Zuruf des Abgeordneten Dr. Ley: Zuerst ist sie nicht von Ihnen gefallen, aber nachher.) Sie ist nicht von mir gefallen. (Zuruf des Abgeordneten Dr. Ley: Zuerst ist sie von Herrn Eltes gefallen, und dann haben Sie gesagt: Ja, ja, sehr richtig!)

Die Erörterung ist geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung. Wird getrennte Abstimmung verlangt? — Das ist nicht der Fall. (Fortgesetzte Zurufe und große Unruhe. Glocke des Vorsitzenden.)

Dann bitte ich diejenigen, welche für die Anträge, die zu 36, 38 bis 43 von den Sachausschüssen gestellt worden sind, stimmen wollen, sich zu erheben. (Geschicht.)

Die Punkte sind nach den Vorschlägen der Sachausschüsse angenommen.

Wir kommen zu 44 bis 47, die verbunden sind. Berichterstatter Herr Dr. Bracht verzichtet. Berichterstatter zu 46, Herr Vielhaber.

Berichterstatter Abgeordneter Vielhaber: Meine Damen und Herren! Zu dem Punkt 45 hat mich die Mehrheit des I. Sachausschusses gebeten, hier zum Ausdruck zu bringen, daß die Verwaltung der Provinz erfreulicherweise davon abgesehen hat, eine Erhöhung der Umlage zu beantragen. Der I. Sachausschuß hat davon mit Befriedigung Kenntnis genommen und daran die Hoffnung geknüpft, daß das auch in künftigen Jahren so sein möge. Der Herr Landeshauptmann hat das in Aussicht gestellt mit dem Vorbehalt, daß der Finanzausgleich in den künftigen Jahren keine Verschlechterung der Einkünfte der Provinz bringt.

Zu Punkt 46 ist zu sagen, daß der I. Sachausschuß die Annahme der Entschließung des Zentrums und der Arbeitsgemeinschaft befürwortet mit der Maßgabe, daß der Absatz 2 gestrichen und durch den Absatz ersetzt wird, der in der Drucksache 156 enthalten ist.

Zu Punkt 47 wird Ihnen empfohlen, den Antrag des I. Sachausschusses anzunehmen, was bedeutet, daß der Antrag der Verwaltung angenommen wird mit der Maßgabe, daß in Nr. 1 des Vorberichts die Worte „gemäß Vorlage“ ersetzt werden durch die Worte „mit Ausnahme der in dem außerordentlichen Haushalt vorgenommenen Änderungen“.

Vorsitzender Dr. Farres: Das Wort hat der Herr Landeshauptmann.

Landeshauptmann Dr. Sorion: Meine Damen und Herren! Es steht jetzt zur Abstimmung der Haupthaushaltsplan, der die sämtlichen Haushaltspläne zusammenfaßt und damit den Schlußstrich unter die Haushaltspläne und die Anträge des Provinzialausschusses setzt, die dem Provinziallandtag vorgelegt worden sind. Ich möchte diesen Augenblick aber nicht vorübergehen lassen, ohne meinerseits noch eine Erklärung abzugeben.

Die Provinzialverwaltung ist an den diesjährigen Verhandlungen des Provinziallandtages, soweit sie sich im Plenum des Hauses abgespielt haben, nur in ganz geringem Maße beteiligt gewesen. Aber auch in denjenigen Fällen, in denen die Abgeordneten sich mit den Angelegenheiten der Verwaltung beschäftigt haben, haben Inhalt und Form der Ausführungen einzelner Abgeordneter es mir und meinen Beamten unmöglich gemacht, in eine sachliche Verhandlung über die vorgebrachten Punkte einzutreten. (Hört, hört! in der Mitte und links.) Wenn ich insolgedessen darauf verzichtet habe, hier vorgebrachte Beschuldigungen zurückzuweisen, so muß ich mich aber doch gegen die Annahme verwahren, daß etwa die Verwaltung damit die Beschuldigungen oder die hier behaupteten Tatsachen auch nur in etwa als richtig zugeben wollte. (Lebhafte Zustimmung im Zentrum und bei den Sozialdemokraten.)

Vorsitzender Dr. Farres: Wortmeldungen liegen nicht vor. Wir kommen zur Abstimmung. Wird getrennte Abstimmung gewünscht? — Das ist nicht der Fall.

Dann bitte ich diejenigen Mitglieder des Hauses, die zu 44 bis 47 für die Anträge des I. Sachausschusses stimmen wollen, sich zu erheben. (Geschicht.) — Das ist die Mehrheit.

Punkt 48. Wird von den Herren Berichterstattern das Wort gewünscht? — Das ist nicht der Fall. Wortmeldungen liegen auch nicht vor. Ich lasse dann abstimmen.

Ich bitte diejenigen, die dem Entlastungsantrag zustimmen wollen, und zwar bei allen 5 Sachausschüssen, sich zu erheben. (Geschicht.) — Das ist die Mehrheit.

Dann kommt der Nachtrag zur Tagesordnung: Antrag des I. Sachausschusses zu dem Antrag der Wirtschaftspartei betr. Aufwertung der Sparguthaben, Drucksache Nr. 150, Berichterstatter Herr Abgeordneter Koenzgen.

Berichterstatter Abgeordneter Koenzgen: Der I. Sachausschuß glaubte, ohne besonders in die Materie einzutreten, die außerordentlich schwierig ist, dem Hause vorzuschlagen zu müssen, den Antrag der Wirtschaftspartei, betreffend Aufwertung der Sparguthaben, deshalb abzulehnen, weil die Zuständigkeit des Reiches und der Staatsregierung hier gegeben sei. Der I. Sachausschuß hat damit nicht sagen wollen, daß die Frage als solche nicht der Mühe wert wäre, erörtert zu

werden, sondern er wollte sie nur nicht hier behandeln, weil damit wieder ein Kompetenzfall für die Zuständigkeit dieses Hauses geschaffen worden wäre.

Vorsitzender Dr. Jarres: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Hense.

Abgeordneter Hense: Meine verehrten Damen und Herren! Wir in unserer Partei sind anderer Ansicht. Wir sind der Meinung, daß es wohl zur Zuständigkeit dieses Hauses gehört, hier über einen derartigen Antrag abzustimmen. Wenn der Herr Berichterstatter eben sagt, das gehöre nur zur Zuständigkeit des Reiches oder der Staatsregierung, so will der Antrag ja doch nur, daß die preussische Regierung ersucht wird, die von ihr erlassenen Verordnungen zur Durchführung der Aufwertung der Sparguthaben in der Weise abzuändern, daß erstens die Bildung von Teilungsmasse unter Bestellung von Treuhändern erfolgt und die Teilungsmasse unbeschränkt zur Verwertung kommt, und zweitens, daß die Bildung eines Sparkassenausgleichsstocks nicht für ganz Preußen, sondern provinzweise erfolgen soll, was auch der Wunsch der Sparkassenverbände ist. Gerade das scheint man hier wohl nicht gern erörtern zu wollen. Unsere Partei hält es aber für ihre Pflicht, gerade darauf hinzuweisen, daß es von Wichtigkeit ist, daß diese Sache . . . (Unruhe. Glocke des Vorsitzenden.)

Meine Damen und Herren! Ich möchte Sie bitten, ein klein wenig Ruhe zu halten. Sie sind sonst ruhig gewesen, dann können Sie es auch jetzt wohl sein.

Meine Damen und Herren! Unsere Partei steht auf dem Standpunkt, daß es von größter Wichtigkeit ist, daß die Verteilung provinzweise erfolgt. Die Einwohnererschaft jeder Provinz hat ein Anrecht darauf, insbesondere die Rheinprovinz. Wenn Sie sich gegenwärtigen, daß 1913 die gesamten Spareinlagen der Provinzen Westfalen, Pommern, Ost- und Westpreußen nicht größer waren als die der Rheinprovinz, so ist es doch nicht mehr als recht und billig, daß das Ersparte den Sparern der Rheinprovinz auch wieder zugute kommt. Das gerade von den kleinen Sparern, dem Arbeiter, dem Mittelstand und dem Kleinrentner zusammengetragene Kapital, das doch ein Privatvermögen der Rheinprovinz darstellt, darf nicht, oder wenigstens nicht zum großen Teil, in die Kanäle fließen, in die auch so manches von uns sonst fließt. Das Privatvermögen der Rheinprovinz darf also nicht nach Osten wandern.

Meine Damen und Herren! Wir haben deshalb das größte Interesse daran, daß die früher von unseren Rheinländern sauer ersparten Gelder, die zum Teil Notpfennige sein sollten, nicht denselben Weg wandern, wie die Kraftfahrzeugsteuer, von der der Herr Landeshauptmann schon gesagt hat, daß sie nicht zu dem Teile, wie es der Rheinprovinz zukommt, in der Rheinprovinz bleibt. (Sehr gut! rechts.)

Wir möchten Sie deshalb bitten, den Antrag nicht, wie es vorgeschlagen wird, abzulehnen, sondern ihn anzunehmen, damit der Rheinprovinz das Recht wird, das ihr gebührt. (Bravo!)

Vorsitzender Dr. Jarres: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Wir kommen zur Abstimmung. Ich bitte diejenigen, die für den Antrag des I. Ausschusses sind, sich zu erheben. Das ist die Mehrheit. Es ist so beschloffen.

Ich habe dann noch Mitteilung zu machen von dem Ergebnis der Wahl zum Jugendamt.

Es sind 147 gültige Stimmzettel abgegeben worden. Davon entfielen auf den Wahlvorschlag der Fraktionen des Zentrums, der Arbeitsgemeinschaft, der Wirtschaftspartei und des Christlichen Volksdienstes nebst Bauernpartei, beginnend mit dem Namen des Kanonikus Janfen, 97 Stimmen, auf den Wahlvorschlag der SPD., mit dem Namen Hohmann beginnend, 23 Stimmen, auf den Wahlvorschlag der kommunistischen Fraktion, beginnend mit dem Namen Fräulein Otto, 21 Stimmen, und auf den Wahlvorschlag der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei, beginnend mit dem Namen Dr. Leh, 6 Stimmen.

Es sind demnach folgende Damen und Herren gewählt. Ich rufe die Namen auf; damit ich sie aber nicht doppelt aufzurufen brauche, bitte ich jetzt schon die anwesenden Gewählten, durch Ja oder Nein zu erkennen zu geben, ob sie die Wahl annehmen. Diese Feststellung muß heute geschehen.

Es sind also gewählt als Mitglieder: Kanonikus Janfen (nicht da), Beigeordneter Reintges, Beigeordneter Dr. Schwing, Direktor Dr. Avemarie, Landgerichtsdirektor Volkering — alle nicht hier.

Als Stellvertreter: Fräulein Klara Timmermans (Ja!), Arbeitersekretär Daams (Ja!), Rektor Küppers, Arzt Dr. Schüller (Ja!), Frau Blumberg (Ja!);

dann als Ersatzmitglieder: Landrat Dr. Weil, Parteisekretär Zimmermann (Ja!), Frau Schumacher-Röhl (Ja!), Gewerkschaftssekretär Büchenschütz (Ja!), Fräulein Dahm.

Aus dem Vorschlage der sozialdemokratischen Fraktion: als Mitglied Rektor Hohmann (Ja!), als Stellvertreter Frau Elli Becker (Ja!), und als Ersatzmann Parteisekretär Kolaß (Ja!).

Aus dem Wahlvorschlag der kommunistischen Fraktion: Lehrerin Otto (Ja!), Metalldrücker Beck (Ja!), und Reisender Krämer als Ersatzmann.

Damit ist das Ergebnis dieser Wahl mitgeteilt. Ich habe endlich noch mitzuteilen das Ergebnis der Wahl des stellvertretenden Vorsitzenden des Provinzialausschusses.

Es sind abgegeben worden 127 Stimmen, von denen 16 ungültig waren, weil sie teilweise unbeschrieben, teilweise auf Namen von Personen ausgestellt waren,

die nicht Mitglieder des Provinzialausschusses sind. Gültig waren: 88 Stimmen für Steinbüchel, 21 Stimmen für Dunder, 2 Stimmen für Pikard. Von den ungültigen Stimmen lauteten 13 auf Dr. Ley und 1 auf Görlinger. Herr Steinbüchel ist damit zum stellvertretenden Vorsitzenden des Provinzialausschusses gewählt. Ich darf ihn fragen, ob er die Wahl annimmt. (Abgeordneter Steinbüchel: Jawohl!)

Meine Damen und Herren! Bei dieser Gelegenheit haben wir davon Kenntnis zu nehmen, daß der bisherige stellvertretende Vorsitzende des Provinzialausschusses, Herr Abgeordneter Haas, von uns scheidet. Herr Haas hat 10 Jahre lang in prominenter Stellung mit uns gearbeitet als der Führer einer großen Fraktion. Ich glaube, auch alle, die politisch mit ihm nicht immer derselben Meinung waren, werden bekennen, daß er wertvolle und hoch geschätzte Arbeit hier verrichtet hat. Deshalb darf ich wohl im Namen des Hauses sprechen, wenn ich beim Abschied von hier ihm die besten Wünsche des Provinziallandtages (Zuruf links: Nicht der kommunistischen Fraktion!) zur Uebernahme des neuen hohen Staatsamtes ausspreche. (Bravo! Zuruf des Abgeordneten Dr. Ley: Wir denken gar nicht daran! In Hessen findet er ja auch Nationalsozialisten! Heiterkeit.) Er ist deshalb besonders willkommen.

Dann habe ich noch das Ergebnis der Wahl zu den Provinzialkommissionen mitzuteilen. Auch hier bitte ich, mir beim Namensaufruf — es sind natürlich sehr viele Namen — mitzuteilen, ob die Damen und Herren die Wahl annehmen.

Für die Provinzialkommission für die Provinzial-Taubstummen-, Blinden- und Hebammenlehranstalten sind abgegeben 144 Stimmzettel, von denen 142 gültig waren. Auf den Wahlvorschlag mit dem Kennwort „Einheitsliste“ entfielen 98 Stimmen, auf den Wahlvorschlag mit dem Kennwort „Sozialdemokratische Partei“ 23 Stimmen und auf den Wahlvorschlag mit dem Kennwort „Kommunistische Partei“ 21 Stimmen. Für diese Kommission sind gewählt die Herren Dr. Dichgans (Ja!), Henry (nicht hier), Frau Blumberg (Ja!), Herr Koenzgen (Ja!), Herr Hennes (Ja!), und Fräulein Künning (Ja!), als Stellvertreter Herr Kranz, Herr Dr. Weiß (Ja!), Herr Rosenkranz (Ja!), Herr Winand (Ja!), Herr Lohmeyer (Ja!), und Fräulein Timmermans (Ja!).

Daselbe Stärkeverhältnis war bei der Wahl zu den Provinzial-Erziehungsheimen (Zuruf des Abgeordneten Gerlach: Und die anderen Mitglieder, Liste 2 und 3?)

Für die vorgenannte Kommission sind ferner aus der sozialdemokratischen Liste gewählt Herr Kurth (Ja!), und Herr Hoffmann (Ja!), und aus der Liste der kommunistischen Fraktion Frau Esser (Ja!), und Frau Staubes (Ja!).

In die Kommission für die Erziehungsheime sind gewählt Herr Daams (Ja!), Herr Kranz, Frau Neben Du Mont, Frau Schumacher-Köhl (Ja!), Dr. Goldschmidt (Ja!), Herr Ruderödorf (Ja!);

als Vertreter: Herr Wilhelm Dörr (Ja!), Herr Adolf Ley (Ja!), Dr. Hartmann, Fräulein Brog (Ja!), Herr Steinmeyer (Ja!), Herr Schroer;

von der SPD. Frau Becker (Ja!), und Herr Hohmann (Ja!);

von der KPD. Herr Selbmann (Ja!), und Herr Kiegel (Ja!).

Ferner zur Kommission für die Provinzial-Heil- und Pflgeanstalten und Brauweiler sind gewählt: Herr Eichmann (Ja!), Herr von Itter (Ja!), Herr Büchschütz (Ja!), Fräulein Timmermans (Ja!), Dr. Lembke, Herr Huhstems (Ja!);

als Vertreter: Herr Pohlmann (Ja!), Herr Breuer, Herr Dr. Wolters, Fräulein Künning, Dr. Bockamp (Ja!), Herr Rath;

von der SPD. Herr Hauf (Ja!), Herr Ruhnen (Ja!);

von der KPD. Herr Beck (Ja!), und als Stellvertreter Herr Engels (Ja!).

Zur Kommission für das Provinzial-Straßenwesen sind gewählt: Herr von Salis-Soglio, Herr Lenze, Herr Gerhard (Ja!), Herr Junglas (Ja!), Herr Dr. Anust (Ja!), Herr Zimmermann (Ja!);

als Vertreter: Herr Gessinger, Herr Dr. Bessel, Herr Dr. Dechamps (Ja!), Herr Schamberg (Ja!), Herr Lessenich (Ja!), Herr Baumann (Huisberden);

von der SPD. Herr Lenz (Ja), als Stellvertreter Herr Böhler;

von der KPD. Herr Deppe (Ja!), als Stellvertreter Herr Zimmer (Ja!).

Zur Provinzialkommission für Landwirtschaft und Weinbau sind gewählt: Herr Dr. Gilles (Ja!), Herr Tenhaeff (Ja!), Herr Andres (Ja!), Herr Körner (Ja!), Herr Schroer, Herr von Detten (Ja!);

als Stellvertreter: Herr Dr. Boden (Ja!), Herr Bergweiler, Herr von Stedman, Herr Müller, Herr Latten, Herr Droß;

von der SPD. Herr Pikard (nicht da), als Stellvertreter Herr Dötisch;

von der KPD. Herr Nohl (Ja!), als Stellvertreter Herr Schmitz.

Damit ist auch diese Sache erledigt.

Wir sind damit am Ende unserer Beratungen.

Meine Damen und Herren! Gestatten Sie mir, noch zwei Erklärungen und Bemerkungen zu machen. Ich bin jetzt 20 Jahre Mitglied des Provinziallandtages (Zuruf des Abgeordneten Dunder: Eigentlich ein Jubiläum!), aber ich muß sagen, noch niemals habe ich eine Tagung so enttäuscht verlassen wie die diesmalige. (Sehr wahr! und Sehr richtig! im Zen-

trum und bei der Arbeitsgemeinschaft.) Ich glaube, vielen Mitgliedern des Hauses wird es gehen wie mir. (Zuruf des Abgeordneten Dr. Ley: Bleiben Sie nächstes Mal zu Hause!) Die so wichtigen kulturellen, geistigen und wirtschaftlichen Aufgaben, welche die Provinz zu betreten hat, sind in diesen Verhandlungen zu kurz gekommen und unbillig zurückgetreten angesichts des kleinlichen Parteigeplänckels und Parteistreitens, das wir hier beobachten mußten und das sehr häufig über die Grenzen aller parlamentarischen Gesittung hinausging. (Zustimmung bei den Sozialdemokraten und im Zentrum.) Ich glaube, ich spreche im Sinne der Mehrheit, der überwiegenden Mehrheit dieses Hauses (Zuruf des Abgeordneten Gerlach: Der anständigen Leute! Zuruf des Abgeordneten Haake: Zurück, Du rettest den Freund nicht mehr!), wenn ich der Hoffnung Ausdruck gebe, daß diese Vorkommnisse sich nicht wiederholen (Zuruf des Abgeordneten Dr. Ley: Wir lassen uns nicht einlullen!) und daß die späteren Tagungen des Provinziallandtages der Rheinprovinz auch in seiner heutigen Zusammensetzung wieder das Bild eines geachteten, die Selbstverwaltung mit Selbstzucht vertretenden Organes und Parlaments darstellen, wie es in der Vergangenheit der Ruhm des Rheinischen Provinziallandtages immer gewesen ist. (Zuruf des Abgeordneten Dunder: Das war der Grabesfang des Parlamentarismus. Zuruf des Abgeordneten Dr. Ley: Ein Museum war das früher!)

Mein Damen und Herren! Dann noch ein letztes Wort: Wir gehen jetzt auseinander, und wenn wir das nächste Mal zusammentreten, dann wird nach menschlichem Ermessen so, wie es uns jetzt völkerrechtlich verbrieft ist, der letzte Besatzungssoldat das Rheinland verlassen haben. (Zuruf des Abgeordneten Dr. Ley: Dafür wird die Internationale Bank da sein!) Wir haben in den 10 Jahren, wo wir hier auch für die Befreiung der Rheinlande gekämpft und gearbeitet haben (Zuruf des Abgeordneten Simon: Gekämpft?), viele schwere und trübe Stunden erleben müssen, und wir haben mit herzlicher Anteilnahme an dem Geschick all der Gebiete teilgenommen, die durch die Besatzung bedrängt waren. (Zuruf des Abgeordneten Nohl: Versackungspolitik!)

So geht angesichts der endlichen Befreiung des Rheinlandes unser herzlicher Gruß an das Gebiet, das seiner Befreiung nunmehr mit Bestimmtheit entgegen sehen kann. (Zuruf des Abgeordneten Haake: Gar nichts ist befreit!) Namentlich aber denken wir heute nicht ohne schwere Sorgen an das Saargebiet, das ja noch unter besonderem Ausnahmerecht steht und wo die Verhältnisse zur Zeit noch allzu wenig geklärt sind. Wir hoffen, daß es der deutschen Vertretung möglich sein wird, das deutsche Recht — und an der Saar besteht unanfechtbares deutsches Recht (Zuruf: Auf dem Papier! Zustimmung bei der Arbeitsgemeinschaft) — unter Wahrung auch aller wirtschaftlichen

Interessen, insbesondere auch der schwer kämpfenden und bedrohten Landwirtschaft an der Grenze, standhaft und mit Erfolg zu vertreten. (Lebhaftes Bravo!) In dieser Hoffnung schicken wir auch hier aus dem Ständehaus in Düsseldorf unseren Brüdern und Schwestern im Saargebiet unseren herzlichen Gruß. (Starker Beifall.)

Ich gebe nunmehr das Wort dem Herrn Abgeordneten Heuser.

Abgeordneter Heuser: Meine Damen und Herren! Im Auftrage aller Fraktionen dieses Hauses, mit der selbstverständlichen und üblichen Ausnahme der Kommunisten und Nationalsozialisten (Zuruf des Abgeordneten Dr. Ley: Ihr habt uns ja gar nicht gefragt!), habe ich dem Herrn Vorsitzenden und dem Herrn stellvertretenden Vorsitzenden Dank und Anerkennung zu sagen für die umsichtige und gerechte Führung der Geschäfte in dieser Tagung. (Beifall. Zuruf des Abgeordneten Dr. Ley: Gerecht war das nicht!) Wir fühlen uns am Ende dieser Tagung zu besonderem Dank verpflichtet angesichts der unnötigen Erschwerung einer geordneten, prompten und sachlichen Erledigung unserer Arbeiten, die hier während dieser Tagung in die Erscheinung getreten ist. (Bravo!)

Vorsitzender Dr. Farres: Ich danke dem Herrn Abgeordneten Heuser für seine freundlichen Worte und darf das wohl auch im Namen meines verehrten Herrn Kollegen Eberle tun. Ich übermittle diesen Dank aber auch den verehrten Beisitzern hier im Vorstände, die ein sehr schweres Amt auszufüllen hatten. Ich darf Ihres Beifalls sicher sein, wenn ich diese Herren bitte, unseren Dank und unsere Anerkennung entgegenzunehmen. (Bravo!)

Ganz besondere Anerkennung aber muß ich den Herren der Provinzialverwaltung, dem Büro, an seiner Spitze Herrn Verwaltungsdirektor Wierß, und all seinen Mitarbeitern aussprechen. (Sehr richtig! Bravo!) Es ist für denjenigen, der nicht mitten im Betriebe ist, schwer, sich vorzustellen, welche Ansprüche an Zeit, Geduld und Nerven, sowie an die Arbeitskraft dieser Herren gestellt worden sind. Ich danke Ihnen (zu Herrn Verwaltungsdirektor Wierß gewandt) für Ihre Arbeit und bitte Sie, meinen Dank dem Büro zu übermitteln. (Bravo.)

Nunmehr habe ich dem Herrn Oberpräsidenten als Staatskommissar zu berichten, daß unsere Arbeit beendet ist.

Oberpräsident Dr. Fuchs: Meine Damen und Herren! Die Tagung ist zu Ende. Wenn es gelungen ist, das sehr umfangreiche Arbeitspensum in der vorgesehenen Zeit zu erledigen, so haben wir dieses zunächst der ausgezeichneten Vorbereitung der Vorlagen durch die Provinzialverwaltung zu danken. Wir haben es aber weiter auch der überaus zähen, pflichtbewußten und fleißigen Arbeit zu verdanken, die in

den Ausschüssen geleistet worden ist. Und wir haben es nicht zuletzt der umsichtigen Leitung des bewährten Herrn Vorsitzenden und seines Stellvertreters zu verdanken. Namens der preussischen Staatsregierung habe ich für diese Tätigkeit aufrichtigen Dank zu sagen.

Ich füge daran den Wunsch, daß Ihre Entschlüsse unserer lieben Heimatprovinz und unserem Vaterlande zum Segen gereichen mögen.

Damit schließe ich den 77. Rheinischen Provinziallandtag. (Beifall.)

(Schluß: 15 Uhr 30 Minuten.)